

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

57291

July - December

1921

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 1. Juli 1921.

.....
Die Medaille für Wien als Bundeshauptstadt. In der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattgehabten Sitzung des Preisgerichtes, dem von Seiten der Künstlerschaft die Herren Bacher, Barwig, Hegenbarth Hellmer, Hohenberger, Seidl und Wollek angehören, ist einhellig beschlossen worden, von einer Prämierung abzusehen, da keiner der eingereichten Entwürfe den gestellten Anforderungen voll entspricht. Dagegen wird allen Einsendern für ihre Mühewaltung der Betrag von je 2000 Kronen zugesprochen. Von einer Öffnung der Kuverts mit den Kennworten wurde Abstand genommen. Die Entwürfe werden vom 6. Juli an durch acht Tage im Rathaus in einem Nebenraum des Festsaales (Zugang Stiege IV, I. Stock) öffentlich ausgestellt. Nach Schluß der Ausstellung können die Entwürfe bei der Direktion der städtischen Sammlungen (Rathaus, IV. Stiege, I. Stock) von den Einsendern abgeholt werden. Es besteht die Absicht, ein neues Preisausschreiben für die Medaille allenfalls auf anderer Grundlage zu veranstalten.

.....
Anerkennung für Feuerwehrleute. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Neustift am Walde Stefan Rath, Franz Zeiler, Adolf Bonholzer, Josef Bachmeier und Franz Rosenmeyer für ihre mehr als 20jährige verdienstvolle Tätigkeit im Feuer- und Rettungsdienste den Dank und die Anerkennung, den Mitgliedern Josef Hromadka, Karl Rath (I), Ferdinand Rath, Leopold Hromadka, Michael Gregory, Johann Rosenmeyer, Karl Rath (II) und Alois Rath für ihre langjährige verdienstvolle Tätigkeit im Feuer- und Rettungsdienste den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen.

.....
Für Kleingärtner. Im Reservegarten Kagran werden zirka 30 - 40.000 Stück Kohlrabi- und Porreesetzlinge abgegeben.

21
GR. Feldmann (deutschnational) bespricht die Verhältnisse auf den Märkten und in den Markthallen und meint, dass man bei der Vergebung der Stände einigermaßen Rücksicht nehmen sollte, daß man sie nur an solche Geschäftsleute vergibt, die in der Lage sind, den Konsumenten etwas zu bieten und die andererseits entsprechend hohe Mietpreise zahlen können, daß der Gemeinde nicht ein Defizit daraus resultiere. Weiters spricht der Redner den Wunsch aus, daß in Vergessenheit geratene Lebensmittelverordnungen erst nach Erfolg der Verwarnung wieder streng gehandhabt werden.

Bgm. Reumann: Das geschieht. Wir bringen immer die Verordnungen erst in Erinnerung.

GR. Feldmann: Dafür bin ich dem Herrn Bürgermeister dankbar. Weiters meint Redner es wäre auch im Interesse der Bevölkerung Wiens, wenn die Gemeinde auf die Zuckerstelle Einfluss nehme, daß der Zuckerpreis im Detailhandel sich mehr dem Weltmarktpreise nähere. Es scheint fast als ob die Zuckerstelle ein Interesse daran habe, den Preis in der Höhe zu erhalten. Redner urteilt die Rechnungsabschlüsse bei den bestandenen Bezirkswirtschaftsstellen.

GR. Strohl (chr.-soz.) bespricht Posten, die mit der Schulfrage in Zusammenhange stehen und wünscht Abhilfe in verschiedenen Dingen wie in der Einstellung des Stauböles, der Umänderung der Stampiglien u.s.

In seinem Schlussworte sagt der Referent die möglichste Abhilfe in den/der ⁱⁿ Debatte zum Ausdruck gebrachten Wünschen zu. Die heutige Debatte bezüglich der Brot und Meherversorgung ist, möchte ich sagen, ein Ausklingen der staatlichen Bewirtschaftung. Ich persönlich sage ganz offen heraus, dass ich es begrüßen würde, wenn man von einer staatlichen Bewirtschaftung überhaupt nichts mehr reden müsste. Es ist aber gerade bezüglich des Brotes und Mehles im Auge zu behalten, wenn wir auch alle übereinstimmend der Überzeugung wären, dass die staatliche Bewirtschaftung zu entfallen habe, könnten wir die Verantwortung für die Konsequenzen nicht übernehmen. Es ist auch auf diesem Gebiete kein Geheimnis, dass es eine Reihe Valutaforderungen ist, und wenn der Staat sagen würde, ich gebe die Mehl- und Brotbewirtschaftung auf, so bin ich überzeugt, dass wir in 14 Tagen ein vollständiges Chaos in dieser Stadt hätten. Wenn wir einmal über genügend Mehl verfügen, was ja hoffentlich bald der Fall sein wird, dann werden sicher auch wir das Weissgebäck keine Minute länger vermiesen brauchen.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe VI angenommen und die Anträge Wielach der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Nächste Sitzung Montag 9 Uhr früh.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 1. Juli 1921.

Abendausgabe.

Nachmittags fand

Wien für die Kinder der Kriegsoffer.

Heute nachmittags fand im Gemeinderatssaale eine Versammlung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die verschiedenen grossen Veranstaltungen beim sonntägigen Rathausfeste statt. Frau Bürgermeister Reumann, die mit Frau Vizebürgermeister Emmerling und Frau Vizebürgermeister Hoss erschienen waren, begrüßte die Erschienenen und erörterte kurz die ihrer am Sonntag harrenden Aufgabe, wobei sie besonders hervorhob, dass der Tag des grossen Rathausfestes für die Kinder der Kriegsoffer immer näher heranrücke. Alle organisatorischen Vorbereitungen seien bereits getroffen und in allen Bezirken Mühe sich ein grosser Stab von Frauen und Männern, von Mädchen und jungen Herrn im Dienste dieser schönen Sache. Schon sehe man das weiss-rote „Mascherl“ überall auftauchen und die Berichte über die einlaufenden Spenden lauten erfreulicherweise recht günstig. Nun gelte es für den Festtag selbst die letzten Vorbereitungen zu treffen. Unsere lieben Wiener Mädchen sollen an diesem Tage überall mit Hand anlegen. Sie sollen noch einmal von Tisch zu Tisch gehen und für das Wohl der Kinder Spenden sammeln. Sie sollen in den Verkaufsstellen für Zigarren und Zigaretten diese seltene Ware anbieten. Sie sollen in einem Wiener gemütlichen Kaffee den echten Wiener Trank kredenzen, sollen Tisch für Tisch mit Blumen schmücken, Ansichtskarten verkaufen, und überall mit dabei sein, wo man eine ordnende und fleissige Frauenhand brauchen kann.

StR. Speiser erörterte nun in großen Zügen die näheren Einzelheiten des sonntägigen Festes, die verschiedenen Darbietungen im Arkadenhof und in der Volkshalle, am Rathaus- und Friedrich Schmidplatz, sowie im grossen Festsaale des Rathauses, teilte weiters noch mit, dass punkt 8 Uhr abends als Beginn der Johann Strauß-Gedenkfeier auf der grossen Freitreppe vor dem Rathause der Wiener Männergesangverein unter Leitung seines Dirigenten Viktor Keldorfer und unter Begleitung des Symphonieorchesters den Walzer „An der schönen blauen Donau“ zum Vortrage bringen werde.

Es werde weiters versucht werden, den um das Rathaus hoffentlich zahlreich versammelten Wienern, von Stunde zu Stunde das wachsende Ertragnis des Festes sichtbar zu machen. Um 10 Uhr vormittags wird vor dem Rathause zum ersten Male eine Fanfare ertönen und auf einer Totalisateurs tafel, die diesmal eben Zwecken dient, wird der Stand

des Festertrages „Aufgezogen“ werden, was von Stunde zu Stunde sich wiederholen wird.

Der Obmannstellvertreter des Arbeitsausschusses St.R. Rumelhardt schloss sich mit einem Apell zur freudigen Mitarbeit diesen Ausführungen an.

Mit der Einteilung der Erschienenen in die verschiedenen Arbeitskomitees schloss die Versammlung.

+ +

Das städtische Museum bleibt am Sonntag wegen der grossen Rathausfestes geschlossen.

+ + +

Für die Heimbeförderung der Festbesucher hat die Direktion der städtischen Strassenbahnen die Bereitstellung von Nachtsonderzügen veranlasst. Es wird je ein Dreiwagenzug auf der Ringstrasse gegenüber dem Burgtheater aufgestellt sein, und von da um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr nachts abgehen. Nachstehende elf Linien werden befahren: Pötzleinsdorf (41) Grinzing (38), Floridsdorf (31), Landstrasse-Hauptstrasse-Simmering (F), Praterstern & Reichsbrücke (B), Favoritenstrasse (66), Lainz (59), Margaretenplatz & Meidling-Südbahnhof (61), Märzstrasse-Hütteldorf (49), Thaliastrasse (46), Hernals-Neuwaldegg (43).

Löbliche Redaktion!

In der Notiz „Anerkennung für Feuerwehrleute“ in der heutigen Nachmittagsausgabe ist an erster Stelle „Ehrenhauptmann Franz Bauer für mehr als 40jährige“ einzufügen.

Geehrte Redaktion! Wir bitten zu der Notiz „Wien für die Kinder der Kriegsoffer“ noch einzuschalten:

Das Zentralkomitee zur Veranstaltung des Kriegsofferfestes richtet an Mädchen und Herren, die sich am Sonntag in den Dienst der grossen Aktion im Rathause stellen wollen, die herzliche Bitte, dass sie sich heute Samstag zwischen acht Uhr früh und zwei Uhr nachmittags bei dem Bezirksvorsteher ihres Wohnbezirkes (Bezirksamtsgebäude) melden mögen.

GR. Dr. Grün (Soz.-dem.) weist auf die Not an Spitalsbetten hin, die oft das Hindernis für die Gesundung von Kranken sind. Er bespricht weiter das Krankenanstaltengesetz, das er vom Standpunkte der Stadt Wien aus als unmöglich bezeichnet und beantragt, dass der Gemeinderat an der Stadt herantrete, um eine Aenderung des Gesetzes zu veranlassen.

GR. Dr. Haas (chr.-soz.) pflichtet den Ausführungen des GR. Dr. Grün bei. Er verspricht sich von der Unterstützung der Hauskrankenpflege eine kräftige Mitwirkung im Interesse der Kranken. Redner spricht den Angestellten von Steinklam anlässlich ihres tatkräftigen Verhaltens bei der Hochwasserkatastrophe den Dank aus.

GR. Dr. Furtmüller (Soz.-Dem.) führt aus, dass keine Institution der Welt ausreichend sein könne, die Folgeerscheinung des Krieges zu beseitigen und alles, was auf diesem Gebiete geschehe, immer nur Stückwerk bleiben müsse. Wenn von der privaten Fürsorge gesprochen worden sei, müsse man sagen, dass diese in einer grossen Stadt, wie Wien, dem vorhandenen Elend keineswegs gewachsen sei, sondern sehr leicht in Wohlthäterei ausarte. Wenn Frak. GR. ^{Dr.} Motzko gesagt hat, wir sollenarger sein in der Bewilligung der Mittel und ireimütiger in der Heranziehung privater Organisationen, dann kann ich nur erwidern: Seien Sie objektiv und duldsam! und treten Sie uns nicht gerade auf diesen Gebieten mit dem unlauteeren Mittel der Verleumdung entgegen. Wollen Sie mit uns arbeiten, dann arbeiten Sie eben wirklich mit und nicht gegen uns.

GR. Freyer (chr.-soz.) stellt einen Antrag dahingehend, dass der Gemeinderat beschliessen möge, den Bediensteten in Steinklam, die anlässlich der Hochwasserkatastrophe Schaden an Kleider und Wäsche gelitten haben, dieser Schaden entweder in natura oder durch eine angemessene Entschädigung vergütet wird.

Nach einem eingehenden Schlusswort des Referenten wird die Gruppe genehmigt und die gestellten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Erzeugung des Elektr. Werkes beläuft sich derzeit auf 40 Mill. Kilowattstunden Kraft- und 80 Mill. Lichtstrom, die Straßenbahnen brauchen 50 Mill. KW-tunden, circa 10 Mill. entfallen auf Eisenverbrauch etc. Sie kann wesentlich gehoben werden, sowie wir beim Gaswerk anstatt 170 Mill. Kubikm. Gas leicht 2-300 Mill. Kubikm. erzeugen könnten. Ebenso erfolgreich arbeitet die Ueberlandzentrale Ebenfuhr und die damit in Verbindung stehende Braunkohlegewerkschaft Zillingdorf. Aus letzterer ist in den verflissenen 1½ Jahren ein ganz bedeutendes Bergwerk geworden, die Förderung von 80 bis 90 Tonnens auf 150 bis 160 Waggons täglich gestiegen. Eine solche Steigerung bedingt natürlich auch eine wesentlich andere Betriebsführung die Singleisige Bergwerkbahn genügt jetzt nicht mehr, die Förderrichtungen müssen ausgestaltet werden u.s.w. Aber auch dort sind wir von den Valutaverhältnissen abhängig, da wir, wie die Herren wissen, die Löhne an die Bergarbeiter in ungarischer Währung bezahlen.

Hier wären auch einige Worte über die Beteiligungen der Gemeinde Wien zu sprechen. Wir sind, wie dem Gemeinderate bekannt ist, an dem Kohlenwerke de Majo beteiligt. Die Kohle, die dort gefördert wird, hat dieselbe Beschaffenheit wie die Rossäcker-Schmiedekohle ist somit eine hochwertige Kohle. Der Aufschluss hat ergeben, daß ziemlich günstig gelegene Kohlenlager vorhanden sind, und ich kann mit Beruhigung mitteilen, dass die Arbeit, die bisher in diesem Kohlenwerke vorgenommen wurde, ergeben hat, daß dieser Betrieb heute schon als ein finanziell günstiger bezeichnet werden kann, selbst wenn wir in Betracht ziehen, dass diese Kohle nicht unseren Werken zugeführt wird, sondern ^{auf} dem Markt kommt. Wir erzielen einen sehr günstigen Preis. Ueber die Zukunft dieses Werkes wird in der nächsten Zeit im Gemeinderate besprochen werden müssen, da dieses Geschäft schon nunmehr auf ganz andere Grundlage aufbaut.

Wir sind ferner beteiligt gemeinsam mit der Depositenbank und der Bohr- und Schurfgesellschaft an einer Reihe von Bohrungen. Ich will eine Bohrung besonders herausheben, weil sie ganz außerordentliche Ergebnisse aufweist. Wir bohren in der Nähe Wiens auf Kohle und haben in verschiedenen Lagen Kohle gefunden von derselben Qualität wie in Zillingdorf, allerdings in einer Tiefe, die einen Tagbau ausschliesst. Dann haben wir eine Bohrung bei Maria Lanzendorf, die man schon als ergebnislos betrachtete. Plötzlich

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Samstag, den 2. Juli 1921. - Abendausgabe.

Das Grosse Rathausfest.

Wien für die Kinder Kriegsoffer.

Das Wiener Rathaus war schon Samstag festlich geschmückt. Überall waren Draperien angebracht, die das grosse Gebäude prächtig verschönten. Die Stadtgardendirektion hat ihren ganzen prächtigen Schmuck an Tierbüumen und Blumen zur Verfügung gestellt und die abends abgehaltene Probeleuchtung hat sowohl das Rathaus als die Rathausplätze in einem Meer von Licht gezeigt. In ganz Wien wird bereits die weisserote Masche getragen. Die Wiener werden zum Rathause strömen, um nach langen Jahren wieder einmal einen Tag in Festesfreude zu erleben. Die Vertreter der auswärtigen Staaten haben bereits ihr Erscheinen bei diesem Feste zugesagt. Um 8 Uhr abends wird am Sonntag nicht nur Wien sondern ganz Oesterreich an der Johann Strauss Huldigung für die Kinder der Kriegsoffer teilnehmen. Wir bringen einen kurzen Auszug aus dem Programm der heutigen Rathausveranstaltungen:

9 Uhr vormittag, Absperrung der Plätze um das Rathaus.

10 Uhr vormittag, Beginn des Festes mit Bekanntgabe des bis zu dieser Stunde festgestellten Spendeneinlaufes; zwei grosse Platzmusiken; Eröffnung des Alt-Wiener Kaffeehauses mit Damenbedienung, Eröffnung der Verkaufsstände für Zigarren und Zigaretten, Ansichtskarten, Spielwaren u.s.w. Buschenschänken und Restaurants auf dem Rathaus- und Friedrich Schmid-Platze.

10 bis 12 Uhr vormittags, Führung durch die Repräsentations- und Sitzungsräume des Rathauses, Zugang Lichtenfelsgasse, Stiege 5.

12 Uhr mittags, Mittagessen in den Restaurants auf dem Rathausplatze und den Terrassen, Rathauskellerwirt Nagl und Retsurateur Pertl.

2 Uhr nachmittags, Konzert zweier Reichswehrkapellen und des Invalidenorchesters, Eröffnung sämtlicher Verkaufsstellen, Heurigenmusik, Führung durch die Repräsentationsräume des Rathauses

2 Uhr nachmittags, grosses Volkskonzert der Gesangsvereine Schubertbund und Freie Typographie und des Stiegler-Quartetts im Arkadenhof (Bier- und Würstelvuffet).

5 Uhr nachmittags, in der Volkshalle Alt Wiener Gemütlichkeit Auftreten der ersten Wiener Bühnenlieblinge.

6 Uhr abends, Akademie im grossen Festsale, Auftreten der bedeutendsten Wiener Bühnenkünstler und Künstlerinnen.

8 Uhr abends, grosse Johann Strauss Huldigungsfeier des Wiener Männergesangvereines und des Sinfonie Orchesters unter Leitung des Dirigenten Chorleiters Keldorfer, Aufführung des Walzerliedes „An der schönen blauen Donau“; Grosses Konzert von Straussliedern.

10 Uhr abends, Bunte Akademie im grossen Festsale, Auftreten von hervorragenden Bühnenkünstlern, heiteres Programm, Buffet.

1/2 Uhr nachts Sonderwagen der Strassenbahn nach allen Richtungen.

Während des ganzen Tages konzertieren ausserdem mehrere Kapellen. Musik auch im Alt Wiener Kaffeehaus unter den Arkaden. Auf dem grossen Rathausplatze werden auch Wiener Bühnenkünstler Vorträge halten. Auf dem Friedrich Schmidplatz konzertiert Heurigenmusik. Von Stunde zu Stunde werden die jeweiligen Festerträge auf dem Spendentotalisateur am Rathaussturne angezeigt. In allen Wiener Vergnügungsetablissemments, Kinos u.s.w. werden Sammlungen durchgeföhrt, deren Ertrag noch am Abend durch Boten beim Zentralkomitee im Rathaus abgeliefert wird und durch den Spendentotalisateur bekannt gemacht wird.

Im Laufe der letzten Tage sind grosse Spenden eingelangt, die nach dem Feste zu Veröffentlichung gelangen

let und dass wir einen Auslauf dieses Domes angeboirt haben. Es ist gar nicht ~~unmöglich~~ ausgeschlossen, dass wir vielleicht auch auf Öl kommen. Was das bedeuten würde, wenn wir im Stande wären, in der unmittelbaren Nähe Wiens eine Ölquelle zu erschliessen, bedarf nicht besonderer Ausführungen.

Ich komme nun zum Vortrage der Strassenbahnen. Diesen liegt zugrunde eine Leistung von 52 Millionen Waggonkilometer und eine Beförderung von 255 Millionen Fahrgästen. In der Kriegszeit konnte auf den Ausbau der Strassenbahnen keine Rücksicht genommen werden, wie es im allgemeinen Interesse gelegen wäre. Sie haben im Jahre 1913/19 die grösste Leistung mit 560 Millionen Fahrgästen erbracht und im Jahre 1916/17 die grösste Anzahl Wagenkilometer mit 108 Millionen. Auch der Stromverbrauch auf diesen Wagenkilometer ist geringer geworden, was besagt, dass man sich nicht nur bemüht hat, Menschen und Güter zu befördern, sondern auch darauf bedacht war sie möglichst billig zu befördern. Seit dem Jahre 1917 ist der Stromverbrauch ganz bedeutend zurückgegangen. Er ist noch weiter zurückgegangen als eine Reihe von Haltestellen, die im genannten Jahre aufgelassen wurden, wieder aufgemacht wurden. Durch die Auflassung von Haltestellen wurden einige Millionen Kilowattstunden Strom im Jahre ~~part~~. Und wenn die Strassenbahn nur K 1.20 für eine Kilowattstunde Strom dem Elektrizitätswerk zahlt, so sind auch durch Ersparungen erzielt worden. Wenn daher allen Wünschen nach Wiedereröffnung und nach Neuschaffung von Haltestellen nicht entsprochen werden konnte, so hat dies seinen Grund darin, dass sich die Strassenbahn den Luxus der Befahrung kurzer Strecken nicht leisten kann. Bei diesem Unternehmen spielen die Personalkosten eine ungeheure Rolle. Sie sind von 30 Millionen Kronen im Jahre 1913/14 auf 2000 Millionen Kronen in diesem Jahr gestiegen. Wenn man in Betracht zieht, dass auch die Materialkosten um das 200fache gestiegen sind, so muss man sagen, dass der Tagesfahrpreis, der nur um das 35fache gestiegen ist, sich nicht auf derselben Bahn der Entwicklung befindet, wie die Ausgaben. Es erscheint daher ein Gebärungsabgang von 46 Millionen Kronen. Es sind Anträge im Voranschlag enthalten, die auf die Verbesserung des Betriebes hinzielen und es ermöglichen Millionen zu ersparen. Dank der unermüdliehen Arbeit der Ingenieure und Arbeiter war es möglich, dass heute die grösste Zahl an Wagen in Verkehr steht. Diese betrug im Jahre 1913 2132 Träbe- und Beiwagen im Jahre 1913/19 1963 und heute beträgt sie 2360.

Margarineausgabe. Vom 3. bis 9. Juli werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Margarine zum Preise von K 16.90 gegen Altrennung des Abschnittes 251 der Mehl- und Fettkarte aus gegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 18.90.

Kleinhandelspreis für Infantina. Der Magistrat Wien als politische Landesbehörde hat den Kleinhandelspreis für das Kindermehlmehl Dr. Theinhardt's Infantina pro Dose zu 400 g Nettogewichtsinhalt mit K 37.- für Wien festgesetzt. Der Preis tritt sofort in Kraft.

Ausstellung der Hörmannstiftung. Das Kuratorium der Hörmannstiftung hat der Gemeinde Wien eine Auswahl von Gemälden, die im Verlaufe der Jahre von der Stiftung angekauft wurden, mit der Bestimmung übergeben, dass diese der Besichtigung zugänglich gemacht werden. Am 1. Juli erfolgte die Uebergabe der Sammlung durch die Vertretung des Kuratoriums akadem. Maler Professor Friedrich, akadem. Maler Stolbe und Sekretär Lechner. Sie wurde in Vertretung des Bürgermeisters von StR. Richter in die Obhut der Gemeinde übernommen. Die Gemälde sind in der Villa Wertheimstein, XIX., Döblinger Hauptstrasse im Anhang zu den Gedenkzimmern im 1. Stock täglich bis zum Eintritt der Dunkelheit nach Meldung beim Hausaufseher zu besichtigen.

Für Kleingärtner. Montag, den 4. Juli bleibt die Materialabgabestelle XIV., Zollernsperggasse 3 gesperrt. Ab Dienstag, den 5. Juli ist die Abgabestelle wieder geöffnet.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Dienstag vormittags eine Sitzung ab.

Wiener Feuerungszahlen. Das heute ausgegebene Amtsblatt der Stadt Wien enthält einen von Obermagistratsrat/^{Dr.}Jamöck geschriebenen Aufsatz, der in übersichtlicher Weise die Gestaltung der Lebensmittelpreise von 1914 bis 1921 aufzeigt.

Von den Kraftstellwagen. Ab Montag, den 4. ds. verkehren zwischen Stefansplatz und Praterstern die Kraftstellwagen nur mehr über die Strecke Rotenurmstrasse-Kai.

strates und der Unternehmungen auch die Ziele, die die heutige Zeit stellt, eingegangen sind. Hierbei müsse auf die Tätigkeit des Magistratsdirektors hingewiesen werden, der mit all seiner Kraft darauf hinwirkt, die Reform zum Ziele zu führen. Auch der Mitarbeit vieler Oberbeamten des Magistrates und der Unternehmungen sowie der Organisationen der Angestellten, ist es zu danken, daß die Verwaltungsreform klaglos vor sich geht und zu dem erwünschten Ziele führen wird.

Wenn das Budget überblickt wird, so kann man sehen, daß/ ^{es} seh bedeuteade Teile umfasst, die einer eingehenden Aufmerksamkeit ^{es} sind. Die Ansätze für die Bedienstetenbezüge können nicht das le te Wort sein, das in dieser Frage gesprochen worden ist. Es er gibt sich, daß das erste Jahr intensiver Arbeit große Erfolge ge zeigtigt hat und die Vervielfachung der Ansätze zeigt, daß den An gestellten jene Fürsorge zuteil wurde, die nur möglich war, es ergibt sich aber auch, dass auf diesem Gebiete noch außerordent liches geleistet werden muß. In diesem Sinne richtet der Referent an den Gemeinderat die Bitte, daß er den Personalreferenten in seinen Arbeiten auf der einen Seite durch Kritik, auf der an deren Seite durch freudige Mitarbeit unterstütze.

GR. Doppler (chr. soz.): Die Verwaltung braucht zur Durch führung der Geschäfte Organe und es ist ganz bergreiflich dass die Kosten hierfür ak eine wichtige Rolle in den Auslagen b deuten. Diese Posten werden im Budget gerne als nicht produktiv Ausgabsposten bezeichnet und in der Oeffentlichkeit hat es den An schein als wären diese Ausgaben so groß, daß die Angestellten ein glückliches Dasein führen können. Es ist unrichtig, wenn ma diese Ausgabsposten als unproduktiv bezeichnet, denn sie werden für die Sicherheit und Regelmässigkeit der Verwaltung gegeben u das ist die Voraussetzung, dass produktive Arbeit überhaupt mög ist. Die Organe müssen eine entsprechende Sicherheit haben und dieser Beziehung ist der Kampf noch ein außerordentlicher. Die Angestellten sind noch nicht auf dem Standpunkt angelangt, daß man sagen könnte, sie können ihre tägliche Aufgabe erfüllen ohn schwer bedrückt zu sein. Wir wissen, dass seitens des Bundes in aller kürzester Zeit die neue Besoldungsreform durchgeführt wird und daß dann das System der monatlichen Zuschüsse aufhört und e wäre ganz natürlich gewesen, dass auch seitens der Gemeindeverw tung diesem Umstande bei Herstellung des Budgets Rechnung getra worden wäre. Ich glaube, dass diese monatlichen Zuschüsse in ein gebundenes System übergehen müsse. Es ist ferner unbedingt netw dig, dass der Geante in Ausübung seines Berufes vollkommen frei

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Samstag, den 2. Juli 1921. - Abendausgabe.

Das Grosse Rathausfest.

Wien für die Kinder Kriegsoffer.

Das Wiener Rathaus war schon Samstag festlich geschmückt. Überall waren Draperien angebracht, die das grosse Gebäude prächtig verschönten. Die Stadtgardendirektion hat ihren ganz prächtigen Schmuck an Tierbäumen und Blumen zur Verfügung gestellt und die abends abgehaltene Probebeleuchtung hat sowohl Rathaus als die Rathausplätze in einem Meer von Licht gezeigt. In ganz Wien wird bereits die weissrote Masche getragen. Die Wiener werden zum Rathause strömen. In nach langen Jahren wird einmal einen Tag in Festesfreude zu erleben. Die Vertreter der auswärtigen Staaten haben bereits ihr Erscheinen bei diesem zugesagt. Um 8 Uhr abends wird am Sonntag nicht nur Wien sondern ganz Oesterreich an der Johann Strauss Widmung für die Kinder Kriegsoffer teilnehmen. Wir bringen einen kurzen Auszug dem Programm der heutigen Rathausveranstaltungen:

9 Uhr vormittag, Absperrung der Plätze um das Rathaus.

10 Uhr vormittag, Beginn des Festes mit Bekanntgabe des zu dieser Stunde festgestellten Spendeneinlaufes; zwei grosse Platzmusiken; Eröffnung des Alt-Wiener Kaffeehauses mit Damebedienung, Eröffnung der Verkaufsstände für Zigarren und Zigaretten, Ansichtskarten, Spielwaren u. s. w. Buschenschänken und Restaurants auf dem Rathaus- und Friedrich Schmid-Platze.

10 bis 12 Uhr vormittags, Führung durch die Repräsentations- und Sitzungsräume des Rathauses, Zugang Lichtenfelsgasse, St. 5.

12 Uhr mittags, Mittagessen in den Restaurants auf dem Rathausplatze und den Terrassen, Rathauskellerwirt Nagl und Restaurant Pertl.

2 Uhr nachmittags, Konzert zweier Reichswehrkapellen und des Invalidenorchesters, Eröffnung sämtlicher Verkaufsstellen, Heurigenmusik, Führung durch die Repräsentationsräume des Rathauses

2 Uhr nachmittags, grosses Volkskonzert der Gesangsvereine Schubertbund und Freie Typographia und des Stiegler-Quartett Arkadenhof (Bier- und Würstelvuffet)

5 Uhr nachmittags, in der Volkshalle Alt Wiener Gemütlich Auftreten der ersten Wiener Bühnenliebhaber.

8 Uhr abends, Akademie im grossen Festsalle, Auftreten bedeutendsten Wiener Bühnenkünstler und -Künstlerinnen.

Das grosse Rathausfest.

Wien für die Kinder der Kriegsoffer.

Die Veranstaltung, die unter dem Ehrenschatze des Bürgermeisters gestern früh 10 Uhr ihren Anfang genommen hat, gelangte heute erst um 2 Uhr morgens zum Abschlusse. Auf dem Platze vor dem Rathause hielten jedoch die Teilnehmer noch bis halb fünf Uhr früh aus. Eine derartiges Unternehmen hat es in Wien vielleicht noch nie gegeben. Das Fest von mehr als 300.000 Personen besucht dürfte für den wohltätigen Zweck eine enorme Summe ergeben haben. In dem Augenblicke, da die Rechnungen noch nicht vorliegen, da das Spendenverzeichnis noch nicht abgeschlossen ist, da eine ganze Reihe von Beiträgen noch zu erwarten steht, lässt sich das Gesamtergebnis noch nicht mit aller Genauigkeit konstatieren. Man schätzt die Gesamteinnahmen mit ungefähr 12 Millionen Kronen. Doch wie bemerkt, ist das nur eine Vermutung und erst im Verlaufe der nächsten Tage wird man genau erfahren, was Wien für die Kinder Kriegsoffer gespendet hat. Die Bevölkerung der Stadt Wien ist dem Rufe des Bürgermeisters und des um ihn versammelten vom Stadtrate Speiser energisch geführten Arbeitskomitees mit Freuden gefolgt. Bei diesem grossartigen Wohltätigkeitsunternehmen haben alle Parteiunterschiede geschwiegen und hat Stadtrat Rummelhardt ebenfalls seine Kräfte eifervoll in den Dienst des edlen Werkes gestellt. Nur mit diesem begeisterten Arbeitsausschusse, nur mit der zur Hilfe aufgebotenen kleinen Armee von Helfern und Helferinnen aus allen Kreisen des Publikums konnte zustande gebracht werden, was eben geschehen ist.

Wir beschränken uns im nachstehenden auf einen Vorbericht und verzeichnen die beifallsunrauschten Erfolge Produktionen der Wiener Künstlerinnen und Künstler von Rang, der Wiener Gesangsvereine von Niveau, des Sinfonieorchesters, der drei Reichswachtapellen und den Invalidenorchesters. Dichtungsleiter waren die Chorvorträge der Gesangsvereine: Freie Typographen des Schubertbund und des Wiener Männergesangsvereines, dessen Johann Strausshuldigung auf dem Platze vor dem Rathause um 8 Uhr abends wohl der Höhepunkt des Festes bedeutete. Über alles Lob erhaben waren die Vorträge der Künstler und Künstlerinnen bei der Akademie und bei dem bunten Abend im grossen Festsaal, dann bei Kabarett (Als Wiener Gemütlichkeit) in der Volkshalle. So wirkte alles zusammen, um den gestrigen Sonntag zu einem denkwürdigen zu gestalten. Alle Mitwirkenden Persönlichkeiten haben ihr Bestes geboten, alle Teilnehmerwaren bemüht zu spenden, um die Aermsten der Wiener Kinder, den en der Krieg den Ernährer geraubt hat, Lebenserhaltung zu schaffen. Zu dem Feste waren viele hervorragende Persönlichkeiten gekommen: Bundespräsident Hainisch, Bundeskanzler Dr. Schober, Vizekanzler Dr. Breyski, Leiter der Polizeidirektion Dr. Walldorf, Präsident des Nationalrates Dr. Weiskirchner, fast alle Minister, zahlreiche Mitglieder des Nationalrates und des Gemeinderates. Die Stimmung auf dem Festplatze, dann im Festsaal, und in der Volkshalle war während des ganzen Tages eine freudig bewegte und war erfreulicher Weise trotz des enormen, stellenweise beängstigenden Antrages und des Gewühles im Innern des Rathauses kein Unglücksfall zu verzeichnen. Es wurde musterhafte Disziplin bewahrt und das schöne Rathausfest, das der Stadt und ihren Vertretern zu ehrendem Ruhme gefeiert, wurde durch keinen Missstand gestört.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Montag, den 4. Juli 1921. - Abendausgabe.

Entfallende Sprechstunde. Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei Stadtrat Prof. Dr. Wandler.

Die neuen Gas- und Strompreise. Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat heute die neuen Preise für den Bezug von elektrischem Strom und Gas festgesetzt. Während der Preis eines Kubikmeter Gas, der ^{von} 10.50 K auf 12 K erhöht wurde, erst für die am 1. Juli beginnende Ablesperiode eingehoben wird, tritt die Preissteigerung beim elektrischen Strom rückwirkend für die Zeit von Mitte Mai bis Ende Juni in Wirksamkeit. Für diese Zeit ist für die Hektowattstunde Lichtstrom ein Betrag von 2.90 K und für die Hektowattstunde Kraftstrom ein Betrag von 2.10 K zu bezahlen. Die zuletzt in Geltung stehenden Preise waren für Lichtstrom 2.25 K und Kraftstrom 1.80 K pro Hektowattstunde.

Die Direktion der Gaswerke teilte dem Ausschusse mit, dass sie durch die kaufmännische Verwertung der Nebenprodukte in der Lage sei, ^{mit} dieser verhältnismässig geringen Erhöhung des Gaspreises das Auslangen zu finden. Auf Vorschlag der Direktionen der beiden Werke wurde beschlossen, die Vorlage über die neuen Preise am Dienstag vom Stadtsenat genehmigen zu lassen. Ein Antrag der Minderheit diese Erhöhung durch den Gemeinderat beschliessen zu lassen, wurde abgelehnt.

Das voraussichtliche Erträgnis des Kriegspopfertages. Im Rathaus wird an der Fertigstellung der Abrechnung über das Ergebnis des sonntägigen Festes fieberhaft gearbeitet. Die in den einzelnen Bezirken eingegangenen Spenden und Einnahmen aus dem Verkauf der Festabzeichen sind in dem Ergebnissumme, die am Sonntag auf dem Rathhausturm kundgemacht wurde, enthalten. Dieses Ergebnis wird allerdings durch noch ständig einlaufende Spenden und durch jenen Teil der Abrechnung, der noch vollzogen wird, sich erhöhen. Es dürfte sich also tatsächlich eine Gesamteinnahme von rund 12 Millionen Kronen ergeben, der allerdings die grossen Ausgaben für die Herstellung einer halben Million Festabzeichen, die Ausgaben für den Druck, Plakate u. s. w. und für die Kosten des Festes und die damit verbundenen künstlerischen Veranstaltungen gegenüberstehen. Wenn die Zusicherungen, dass in den nächsten Tagen von grossen Unternehmungen und aus dem Kreise der Besitzenden noch bedeutendere Spenden einlaufen sollen, in Erfüllung gehen, so dürfte das Festerträgnis, wenn es auch voraussichtlich mit 15 Millionen Kronen, von denen in einigen Blättern gesprochen wurde, zu hoch angegeben ist, wohl eine bedeutende und früher nie erreichte Gesamtsumme ergeben. Der Arbeitsausschuss wird die genaue Höhe des erzielten Reinerträgnisses so bald als möglich mitteilen.

WIENER RAUHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang. Wien, Montag, den 4. Juli 1921. 2. Ausgabe.

Das grosse Rathausfest:

Wien für die Kinder der Kriegsoffer.

Die Chronik der Stadt Wien ist reich an Festen und Unternehmungen, deren Ertragnisse Werken der Menschlichkeit und der Nächstenliebe zugeflossen sind. Der Wiener hat immer freigebig gespendet, wenn es galt, Tränen zu trocknen, Not zu lindern, den Witwen und Waisen zu helfen. Es war deshalb voraussehen, dass die Veranstaltung, die vom Rathause in Szene gesetzt wurde, um die Möglichkeit eines Landaufenthaltes zu verschaffen, eine bedeutende Ernte bringen werde. Die Erwartungen des Komitees wurden aber am Sonntag nicht bloss erfüllt, sie wurden auch noch übertroffen durch die fast beispiellose Freudigkeit der Wiener, den Aermsten der Armen unter den Kindern Tage des Behagens herbeizuführen, die geschwächte Körper zu stärken in frischer Luft, ferne vom Staube der Grosstadt. Es wurde bereits der volle Erfolg des Rathausfestes konstatiert und es erbringt nur mehr, eine Nachlese zu halten. Bevor dies geschieht, sei eine Pflicht der Dankbarkeit erfüllt gegenüber dem Arbeitsausschusse, der vom Bürgermeister Reumann einberufen aus folgenden Persönlichkeiten gebildet wurde: Obmann Stadtrat Paul Speiser, Obmann stellvertreter Stadtrat Karl Rummelhardt, Präsident Maximilian Brandesig, Schriftführer Gemeinderätin Adelheid Popp und Gemeinderätin Gabriele Walter, Kassiere Chefarzt Dr. Aigner, Sekretär Julius Schmidt, cand. jur. Walter Glückel, Mitglieder: Magistratsrat Jiresch, Magistratsrat Dr. Kierer, Bauinspektor Ing. Fürst, Dr. Honigmann, Präsident-Stellvertreter Johann Perguen, Kommissär Pulsch, Pressleitung: Redakteur Basch, Landtagsabgeordneter Honay, Chefredakteur Michen. Dem Arbeitsausschusse zur Seite stand eine kleine Armee von freiwilligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die während des ganzen Tages bis spät in die Nacht hinein auf dem Festplatze und im Innern des Rathauses durch den Verkauf von Ansichtskarten, Blumen, Zigarren und Zigaretten und Backwerk, den Ertrag des Festes zu mehren, eifervoll bemüht waren. Die „Maschinel-Zentrale“ und der Stand der Leitung der Frau Direktor Heindl und besonders dankend muss anerkannt werden, dass ein Stab von städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeiterinnen uneigennützig und hervorragend mitarbeitete.

Mehr als 150.000 Menschen waren dem Rufe des Bürgermeisters gefolgt und hielten den Festplatz dicht besetzt. Ein Blick von der Loggia

auf dem Platze vor dem Rathause bot einen unvergesslichen Anblick. Kopf an Kopf stand die Menge, dazwischen Tische mit Frauen und Männern und Kindern, die an Speise und Trank erlabten. Im großen Rathausesturm war auch ein Apparat angebracht, der dem Zwecke diente, die fortwährend einlaufenden Spenden, und Ertragnisse, und das schuf der Menge immer ein besonderes Vergnügen, wenn eine mehrstellige Zahl sichtbar wurde, wenn die Summe der einlaufenden Spenden sich zu Millionen steigerte. Auf dem Platze vor dem Rathause fand auch die Johann Strauß Guldigungsfeier durch den Wiener Männergesangsverein statt. Das Meisterte eine Höhepunkt des Festes. Der Wiener Männergesangsverein unter der Leitung seines Chormeisters Viktor Keldorfer und unterstützt vom Symphonieorchester (Kapellmeister Spörr) brachten um 8 Uhr abends den Walzer „Ander schönen blauen Donau zu gehör“ der mit großem Jubel aufgenommen wurde. Es wurden dann noch vier weitere Walzer von Johann Strauß gesungen, und das Konzert, dem nicht endenwollender Beifall zuteil wurde, mit dem Marsch aus der Operette „Der lustige Krieg“ geschlossen. Sturmischen Jubel weckten besonders auch die Vorträge des Schubertbund (Dirigent Ferdinand Grossmann), ferner des Gesangsvereines „Ereis Typographia“ (Chormeister Heinrich Schoof) und des Stiegler Bläserquartetts. An den Platzmusikern, die Applausalven hervorriefen, beteiligten sich drei Reichwehrcapellen (Dirigenten Richter, Mader und Wojacek). Der Grosse Festsaal war um 6 Uhr abends der Schauplatz einer Künstlerakademie, deren Programm mit großem Geschmack zusammengestellt auf die starke Teilnahme des Publikums, das den Riesenraum füllte, traf. Es hatten ihre Kunst in den Dienst der wohltätigen Sache gestellt: Das Stiegler Quartett der Staatsoper, die Damen Claire Born und Hermine Mittel von der Staatsoper, Erika Wagner vom Deutschen Volkstheater, dann die Herren Franz Mainau (Volksoper), Erik Schmeder (Staatsoper) der Violinvirtuose Hugo Gottesmann, der Cellovirtuose Professor Friedrich Buxbaum und Viktor Heim. Die Klavierbegleitung besorgte in mustergültiger Weise Erich Meller von der Staatsoper. Um 10 Uhr abends gab es im Festsaal einen bunten Abend. Hier trafen sich wieder Künstler von Rang zusammen, die Wiener Humor und fidele Laune in den Saal trugen, der von Gelächter wiederhallte. Im nachstehenden die Namen der Mitwirkenden: Altwiener-Kammerquartett, Bruno Hardt-Warden, Josef Sulzer, Cellovirtuose, Dr. Bergauer, Lona und Edmund Folterwayer, Karl Meister, Ida Ruszka, Direktor Gustav Müller und Elly Kreith, Albin Bitterheim, Franki Ressel, Hilde Raimann, Christl Mardayn und Fris. Imhoff, Josef König und Eugen Günther, Opernsängerin Lilly Ebert und Opernsängerin Rita Ruttner. Frau Lilly Ebert war im Verlaufe des Abends auch auf dem grossen Rathausplatze auf, wo sie in Begleitung des Militärorchesters Wiener Lieder von Heinrich Strecker

unter großem Beifall zum Vortrage brachte. In der Volkshalle baute der Wiener Humor ebenfalls ein unfideles Heim auf. Unter dem Titel „All Wiener Gemütlichkeit“ wurde dort ein Kabarettabend abgehalten, der das Publikum in die fröhlichste Stimmung versetzte. Hier liess sich hören: Charles Jirka, Lona und Edmund Folterwayer, Viktor Heim, Dr. Bergauer, Carlo Böhm, Dolesch und Zielbauer, das Stepanow-Duo, das Kongressquartett (früher Udelquartett), das Meistersänger-Duo von Bürgertheater, Franki Ressel, Polly Janisch, Turl Wiener, Rudolf Kump, Polly Koss und Oberregisseur Emil Guttman, Polly Koss und Turl Wiener, Rudi Merstallinger, Christl Mardayn und Fris. Imhoff. Am Klavier-Kapellmeister Thann. Staren und anhaltenden Interesse begegneten die Hundkänge durch die Festkumme des Rathauses unter sachverständiger Führung. Die Beamten des Gemeinderatspräsidiums und der Hausverwaltung sowie einflussreiche Aemter stellten sich mit grosser Bereitwilligkeit zur Verfügung.

Ein genauer Ertragnisausweis ist gleich der Veröffentlichung grosser Spenden, von denen noch eine Anzahl erwartet wird, erst in den nächsten Tagen möglich. Schon jetzt muss dankend erwähnt werden, dass Bundeskanzler Dr. Schober über Antrag des Leiters der Polizeidirektion Vizepräsidenten Walldorf im Interesse des wohltätigen Zweckes der Veranstaltung, die durch den umfangreichen polizeilichen Ordnungsdienst aufgelaufenen Kosten auf den Staatsschatz übernommen hat.

Der Dank des Bürgermeisters. Die Rathausfestlichkeiten, die am gestrigen Tage im Zeichen der Fürsorge für die Kinder der Kriegsoffer gestanden sind, haben einen über alle Erwartungen glänzenden Verlauf genommen und neuerdings den Beweis geliefert, dass die Wiener wohl durch ein hartes Schicksal in Kummer und Not gebeugt werden können, dass aber die Liebe, die sie im Herzen tragen und der nach Aufwärts gerichtete Sinn, der sie mit allem Edlen und Schönen verbindet, durch die Leiden der vergangenen Jahre nicht gezwungen wurde. Der 3. Juli 1921 war ein Ehrentag für die Wiener Bevölkerung und die Gaben, die für die unschuldigen Kinder in so reichlicher Masse geflossen sind, erfüllen uns mit Genugtuung und dem Bewusstsein, dass wir aus eigener Kraft mitbauen wollen an der Gestaltung unserer Zukunft. Ich bringe der Wiener Bevölkerung für ihr Liebeswerk vom gestrigen Tage und für die opferwillige Mitwirkung, mit der die Veranstalter der Festlichkeiten in vorbildlicher Weise unterstützte, im Namen der Wiener Gemeindevertretung den herzlichsten Dank zum Ausdruck.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 5. Juli 1921.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu

Von der Tätigkeit des Wohnungsamtes im Jahre 1920. Im Jahre 1920 betrug die Zahl der erfolgten Wohnungsanforderungen 8342. Davon wurden 3956 rechtskräftig. Zugewiesen wurden 3860 Wohnungen. An Flüchtlingswohnungen wurden 1072 angefordert. Die Zahl der Miet-
amtsverhandlungen über Zinssteigerungen betrug 86.270. Die zuerkannten Erhöhungen der Mietsreichten in 29.110 Fällen bis zu 25%, in 39.913 Fällen 25 bis 50% und in 14.452 Fällen über 50% des Jahreszinses. Die übrigen beabsichtigten Zinserhöhungen wurden zur Gänze abgelehnt. Um Wohnungsänderungen wurde in 720 Fällen an-
gesucht. Davon wurden jedoch nur 367 bewilligt. Durch diese bewilligten Wohnungsänderungen erfolgte keine Einbuße in der Zahl der Wohnungen, da für die bewilligten Geschäftsräume anderweitige gleichwertige Wohnräume beige-
stellt werden mussten. Die Zahl der neuerstellten Wohnungen im Jahre 1920 betrug 878. Für das Jahr 1921 ist vorläufig die Erstellung von 327 Notwohnungen vorgesehen, während ungefähr 1100 Dauerwohnungen hergestellt werden sollen.

Die neuen Gas- und Strompreise. Der Stadtsenat genehmigte heute die vom Gemeinderatsausschuss beschlossenen Preise für elektrischen Strom, K 2.90 für Lichtstrom und K 2.10 für Kraftstrom pro Hektowattstunde. Die Erhöhung des Gaspreises auf 12 K pro Kubikmeter, die bekanntlich erst ab 1. Juli, also für die laufende Ablöseperiode in Wirksamkeit treten soll, wurde, da in der Kohlenklausel nur die Ermächtigung für rückwirkende Preiserstellungen durch den Stadtsenat enthalten ist, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates gestellt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Micheu.

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 6. Juli 1921.

Edle Spenden für den Kriegsofertag. Bgm. Reumann hat heute ein Los der 6. österreichischen Staatslotterie erhalten, das folgende Zeilen begleiteten: Bitte, nehmen Sie meine kleine Gabe auch entgegen. Als Lehrjunge besitze ich nicht mehr. Doch bin ich ein Neujahrssonntagskind und der Volksmund sagt, dass ich einmal auf ein gross s Glück hoffen darf. Ich wünsche dieses Glück Ihren Kriegerwaisen recht herzlich. Mit aller Hochschätzung: Oskar Zeitlhuber, Spänglerlehrling. Der Bürgermeister hat das Los dem Komitee für die Veranstaltung des Kriegsofertages übergeben.

Ebenso edel ist die Unterstützung, die der Schrebergartenverein „Mariabrunnerwiese“ dem Kriegsofertag zuteil werden liess. Der Verein überbrachte am 3. Juli prächtige Blumen aus seinen Gärten, die an die Festgäste verkauft wurden und einen Erlös von über 4000 Kronen brachten.

Goldene Hochzeiter. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte StR. Speiser am Dinstag folgenden goldenen Hochzeitspaaren die Ehrengabe der Gemeinde: Karl und Leopoldine Hertlein, Wien, II., Abraham und Malchen Berliner, Wien, II., Adolf und Marie Appellus, Wien, III., Franz und Marie Zahradnik, Wien, III., Franz und Franziska Deim, Wien, IV., Franz und Josefa Fuchs, Ober St. Veit, Josef und Therese Lindner, Wien, XIV., Wilhelm und Berta Löbisch, Wien, XIV., Johann und Anna Malek, Wien, XIV., Josef und Antonie Spoula, Wien, XVI. und Andreas und Josefa Drogenik, Wien, XX.

Schulschlussfeier. Der Bezirksverband der Elternvereine und der Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung in Meidling veranstalteten am Sonntag um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachmittags im Fasengarten eine Schulschlussfeier. Eintrittskarten à 20 K in der Bezirksvorstehung, Meidling erhältlich.

Pensionierung. Der Leiter der Hauptregistratur der Stadt Wien Direktionsadjunkt Otto Anstadt wurde über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt. Anstadt diente 25 Jahre in der Registratur, darunter 12 Jahre als Leiter des Amtes und hat vielen Schriftstellern, die in der Geschichte der Stadt Wien forschen, wertvolle Mit Hilfe bei der Auffindung alter historischer Schriften, die sich bis auf die Josefinische Zeit zurück in der Registratur befinden, geleistet.

Wien für die Kinder der Kriegsoffer. Der Festausschuss dieser Aktion ersucht alle Sammler für diese, insbesondere die, welche die Johann Straussfeier zu Sammlungen benützten, die gesammelten Beträge bis spätestens Freitag, den 8. ds. entweder in der Zentrale, I, Rathaus, Komiteelokal oder bei den Bezirksvorstehern zu erlegen.

begab sich ein ganz merkwürdiges Resultat. Es wurde am 2. des Tages die im Bohrloche stehende Menge Wassers mit einer ungeheuren Gewalt durch den Bohrturm getrieben und es strömte Gas aus, das seiner Beschaffenheit nach ein Gas eines Oelvorkommens ist. Dasselbe hatte einen Heizwert von über 9000 Kalorien und wenn wir es hätten einfassen können, wäre es möglich gewesen, es ohne besondere Schwierigkeiten in unser Netz zu leiten. Wir müssen das grösste Interesse daran haben, dieses Gasvorkommen festzustellen, dass wir unter Umständen auf längere Zeit damit rechnen können. Es wurden Gutachten eingeholt, die besagen, dass sich dort zweifellos ein Gasdom befindet und dass wir einen Ausläufer dieses Domes angebohrt haben. Es ist gar nicht ausgeschlossen, dass wir vielleicht auch auf Oel kommen. Was das bedeuten würde, wenn wir im Stande wären, in der unmittelbaren Nähe Wiens eine Oelquelle zu erschliessen, bedarf nicht besonderer Ausführungen.

Ich komme nun zum Vortrage der Strassenbahnen. Diesen liegt zugrunde eine Leistung von 52 Millionen Waggonkilometer und eine Beförderung von 255 Millionen Fahrgästen. In der Kriegszeit konnte auf den Ausbau der Strassenbahnen keine Rücksicht genommen werden, wie es im allgemeinen Interesse gelegen wäre. Sie haben im Jahre 1913/14 die grösste Leistung mit 560 Millionen Fahrgästen erbracht und im Jahre 1916/17 die grösste Anzahl Wagenkilometer mit 108 Millionen. Auch der Stromverbrauch auf den Wagenkilometer ist geringer geworden, was besagt, dass man sich nicht nur bemüht hat, Menschen und Güter zu befördern, sondern auch darauf bedacht war sie möglichst billig zu befördern. Seit dem Jahre 1917 ist der Stromverbrauch ganz bedeutend zurückgegangen. Er ist noch weiter zurückgegangen als eine Reihe von Haltestellen, die im genannten Jahre aufgelassen wurden, wieder aufgemacht wurden. Durch die Aufhebung von Haltestellen wurden einige Millionen Kilowattstunden Strom im Jahre erspart. Und wenn die Strassenbahn nur K 1.20 für eine Kilowattstunde Strom dem Elektrizitätswerk zahlt, so sind doch dadurch Ersparungen erzielt worden. Wenn daher allen Wünschen nach Wiedereröffnung und nach Neuschaffung von Haltestellen nicht entgegengetroffen werden konnte, so hat dies seinen Grund darin, dass doch die Strassenbahn den Luxus der Befahrung kurzer Strecken nicht leisten kann. Bei diesem Unternehmen spielen die Personalkosten eine ungeheure Rolle. Sie sind von 30 Millionen Kronen im Jahre 1913/14 auf 2000 Millionen Kronen in diesem Jahr gestiegen. Wenn man in Betracht zieht, dass auch die Materialkosten um das 200fache gestiegen sind, so muss man sagen, dass der Tagesfahrpreis, der um das 35fache gestiegen ist, sich nicht auf derselben Bahn Entwicklung befindet, wie die Ausgaben. Es erscheint daher ein Sparungsabgang von 46 Millionen Kronen. Es sind Anträge im Vortrage enthalten, die auf die Verbesserung des Betriebes hinzielen und es ermöglichen Millionen zu ersparen. Dank der unermüdeten Arbeit der Ingenieure und Arbeiter war es möglich, dass heute die grösste Zahl an Wagen in Verkehr steht. Diese betrug im Jahre 1913 2360. Im Jahre 1918/19 1963 und heute beträgt 2360.

GRin. Marie Wielsch (chr. soz.) bespricht die einzelnen Punkte des Warenanhanges zum Gesetzentwurfe und fasst ihre Ausführungen in Anträgen zusammen, die dahin gehen, daß Bett-, Tisch- und Leibwäsche, wenn sie nicht aus Seide, Halbseide, Batist, Damast und Leinen-Lyon hergestellt sind, abgabefrei bleiben und dass Handarbeiten, Verzierungen, Stickereien sowie Koppel-, Häckel- und Stickereispitzen auf allen Stoffgeweben mit Ausnahme der genannten Seidenstoffe abgabefrei bleiben.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) erklärt, er sei kein Gegner der Luxusabgabe, aber diese Luxusabgabe bedeute eine Falschmeldung, denn sie trage vielmehr den Charakter einer Umsatzsteuer an sich. Gegen eine Vorlage, die nur Luxusgegenstände enthält wäre nichts einzuwenden, aber die Liste enthalte auch Gegenstände, die man nicht als Luxusgegenstände betrachten kann.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 7. Juli 1921.

.....

Heute keine Ausgabe !

Der Herr Bürgermeister hat es als Ruhmestitel bezeichnet, dass er die Erhöhung des Brotpreises verhindert hätte. Das ist ein billiger Ruhm. Die Bäcker gehilfen haben ihre Lohnerhöhung und die Meister ihre Regieerhöhung durchgesetzt und weil der Bürgermeister die Preiserhöhung verhindert hat, muss der Bund aus seinen Mitteln zahlen. Und weil wir alle Mitglieder des Bundesstaates sind, müssen wir dafür auf eine andere Weise aufkommen. Die Bäckergehilfen haben wieder eine Lohnerhöhung durchgesetzt und der Bund wird wieder die Erhöhung auf sich nehmen und wenn sich das noch ein paarmal abspielt, werden wir es erleben, dass die Bäckergehilfen eigentlich Angestellte des Bundes sind. Damit kann nur aufgeräumt werden, wenn die Brotpreise auf die Bevölkerungsgeschichten nach ihrer Tragfähigkeit übertragen werden. Aber auch dieser Weg dürfte nicht zum Ziele führen. Gewiss man muss die Reichen zum Zahlen heranziehen, aber es hat auch seine Grenzen. Der Reiche wird dann eben seine Brotkarte nicht heben und dem Staate das teurere Brot überlassen. Es muss nicht nur eine Preisstaffelung durchgeführt werden, sondern man muss auch die staatliche Belieferung mit Brot begrenzen und muss den anderen sagen, sorgt euch um euer Brot, wie Ihr wollt!

Es wurde wieder der Zwischenruf von dem berühmten 6 K-Mehl geacht. Ich hätte nicht erwartet, dass in einer Versammlung, die aus Männern und Frauen besteht, die eine gewisse Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit haben, wenigstens solange sie in diesem Saale sind, und die wie ich voraussetze, in die tatsächlichen Verhältnisse Einblick haben, eine solche Agitation, einen Wiederhall finden könnte. Ich erkläre Ihnen hier, dass derjenige, der die Behauptung aufgestellt hat, dass ich 6 K-Mehl versprochen habe, ein elender Lügner ist, und wenn er seinen Namen nennt, so bin ich bereit ist, ihn ausserhalb dieses Saales und unter Verzicht meiner Immunität dasselbe zu sagen. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: In der Reichspost ist es gestanden)

Ich sehe den Beweis und der Vorlage der Zeitung ruhig entgegen. Ich habe im Juni 1920 davon gesprochen, Organe der ungarischen Regierung hätten mir mitgeteilt, dass die ungarische Regierung bereit wäre, Getreide um 6 K.-- ungar. Währung zu liefern. Sie wissen sehr genau, dass aus 10 Kronen-Getreide noch lange kein 6 K.-Mehl resultiert. (GR. Taubler: Ungarische Kronen!) Die ungarische Krone stand damals im Kurse mit 94, war also unter der österreichischen. Ob die Mitteilungen der ungarischen Regierungsorgane fundiert waren, diese Entscheidung herbeiführen war natürlich nicht in meiner Möglichkeit. Damit ist festgestellt, dass ich nie ein 6 K.-Mehl versprochen habe. Ich habe von 6 K.-Getreide gesprochen.

Es handelt sich in der ganzen Angelegenheit um ein Wahlmanöver und ich erkläre, dass diejenigen, die behaupten, dass ich vom 6 K-Mehl gesprochen habe, als Lügner und die, welche nicht Lügner sein wollen, sollen erklären, dass es sich um einen Wahlschwindel handelt. (Lebhafte Bravorufe bei den Christl.-Sozialen).

GR. Forstner (Soz.-Dem.): GR. Kunschak hat jeden als Lügner bezeichnet, der sagt, dass GR. Kunschak von Mehl um 6 K gesprochen hätte. Die Wiener Stimmen vom 9. Juli vor. Jahres berichten, dass Kunschak in einer Versammlung abends von Getreide gesprochen hat und dass er gesagt hat, dass die Gelegenheit bestünde, billiges Getreide zu bekommen auf Grund von Verhandlungen mit Organen der ungarischen Regierung, die erklärt hätten, dass Ungarn in der Lage sei, uns 2 Millionen Meterzentner zur Verfügung zu stellen zu einem Preise, der billiger ist als das Inlandgetreide und 6 K beträgt. Die Absicht dieser ganzen Sache war die, den Boykott zu diskreditieren, der sich auch gegen die Ermordung christlicher Arbeiter richtete. Es muss festgestellt werden, dass Ungarn im Vorjahre gerade so wie Oesterreich Getreide aus Amerika bezogen hat. Aus diesen Darlegungen geht hervor, dass, wenn jemand von 6 K-Mehl spricht, gar nicht so sehr gelogen hat. Von den Versprechungen des GR. Kunschak vom Juli des vorigen Jahres ist keine in Erfüllung gegangen. Mit dem Getreide schaut es noch sehr schlecht aus und man soll der Bevölkerung nicht Dinge vorsprechen, von denen sie nichts anderes hat als Hunger. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Kunschak (chr.-soz.) sagt, dass er dem GR. Forstner dafür dankbar sei, dass er mit seinem Beweismaterial so schnell publiziert ist, denn er hat jetzt auch nur von Getreide gesprochen. Das ist so, wenn man draussen in "ernale" sagt, "Zwischen Kuhreck und Butter ist kein Unterschied"

Dieselben Verhandlungen die ich mit den ungar. Regierungsvertretern gehabt habe, sind auch später zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei geführt worden. Ich habe keine Verantwortung dafür zu übernehmen, ob das wahr ist, was die ungarischen Regierungsorgane sagen. Es besteht aber die volle Tatsache, dass die Ungarn hochwertiges Mehl erzeugt und an das Ausland verkauft haben. Ich bitte daher mit Unterstützung Forstners einmal endgültig richtigzustellen, dass ich niemals von einem 6 K-Mehl gesprochen habe.

GR. Josef Müller (chr.-soz.) spricht über die Gruppeneinteilung beim Magistrat, welche Abänderungsbedürftig sei, da es

Jetzt vorname, dass ein Akt mehrere Gruppen durchwandern müsse. Der Refektor bringt eine Menge Wünsche des Bezirks vor na entlich bezüglich des Marktes und des Schlachthauses in

Meinung, die entsprechend ausgestellt werden sollten. Dass das Besondere der Gruppe der Arbeiter des Bezirks ist, denn es im Vorschlag ein Refektortrag desselben von 1 Millionen veranschlagt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Donnerstag, den 7. Juli 1921. - Abendausgabe.

Die Milchpreisregelung für Wien. Mit Verordnung der Landesregierung für Niederösterreich - Land vom 24. VI. 1921 wurde mit Wirksamkeit vom 24. 5. Juli für Niederösterreich mit Ausschluss von Wien ein einheitlicher Milchhöchstpreis von 20 K für den Liter ab Stall festgesetzt.

Der Bürgermeister als Landeshauptmann für Wien hat sich bisher nicht bestimmt gefunden, dieser Verfügung der Landesregierung für Niederösterreich-Land automatisch mit einer Erhöhung der Milchhöchstpreise für Wien zu folgen, weil eine so exorbitante Erhöhung des Stallpreises, noch dazu einheitlich für das ganze Land, umso befremdender erscheinen musste, als die Landesregierung für Niederösterreich Land noch Mitte Juni Stallpreise mitgeteilt hat, die in zahlreichen politischen Bezirken sich erheblich unter 10 K hielten und in ihrem Gesamtdurchschnitte jedenfalls 12 K nicht überstiegen.

Es war somit zu erwarten, dass infolge der niedrigeren tatsächlich bezahlten Stallpreise die Milch nach Wien billiger geliefert werden konnte, als es dem neufestgesetzten Höchstpreise ab Stall von 20 K entspräche, dass somit die Höchstpreisfestsetzung der Landesregierung für Niederösterreich-Land nicht unmittelbar ihre Wirkung zeigen werde. Nun zeigte es sich aber in den letzten Tagen, dass die Molkereien und Milchhändler die bisherigen Wiener Milchhöchstpreise nicht einhalten konnten und zu höheren Preisen zu verkaufen sich gezwungen sahen, weil die ländlichen Milchproduzenten auf der Zahlung der ihnen von der Landesregierung für Niederösterreich-Land bewilligten höheren Preise beharrten und die Gefahr bestanden hätte, dass der grösste Teil der Milchlieferungen an andere Konsumenten verloren gehe, so daß die Milchversorgung Wiens noch schlechter geworden wäre.

Anfolgedessen war der Bürgermeister gezwungen, die Höchstpreise für Milch nunmehr auch für Wien festzusetzen. Es erscheint somit im Landesgesetzblatt für Wien vom heutigen Tage eine Verordnung des Bürgermeisters als Landeshauptmannes, welche die Höchstpreise für Milch in Wien regelt, jedoch nicht auf den Höchstpreis ab Stall von 20 K, wie ihn die Verordnung des Landeshauptmannes von Niederösterreich-Land festsetzt, aufbaut, sondern auf den tatsächlich gezahlten Stallpreis, der ja in jedem einzelnen Falle vom Kriegswuchereramte festgestellt werden kann. Zu diesem Stallpreis werden nunmehr erlaubt für Transport- und sonstige Spesen bei Wien Bahnhof 4 K, als Handelszuschlag für den Grosshandel 10 K bzw. für die Abgabe an Anstalten und Gewerbetreibende 11 K und für den Kleinverschleisser weitere 2 K, ferner für

10
molkereimässig behandelte oder pasteurisierte Milch ausserdem 2 K und für Flaschenmilch überdies 1 K.

Wenn also der höchste zulässige Stallpreis von 20 K bezahlt werden muss, so würden sich für den Verkauf dieser Milch in Wien folgende Höchstpreisrelationen ergeben: Verkauf frachtfrei Bahnhof Wien 24 K, Grosshandelspreis 34 K, Kleinverschleisspreis 36 K, Kleinverschleisspreis für Molkereimässig behandelte oder pasteurisierte Milch 38 K, während bei einem niedrigeren Stallpreis diese Positionen sich auch entsprechend niedriger stellen.

Für die in den Milchmeiereien in Wien erzeugte Vollmilch (Milchmeiermilch) wird ein Preis von 38 K für 1 Liter festgesetzt, da sie unter erschwerten Erzeugungsbedingungen arbeiten. Die Anregung der Handelszuschläge findet ihre Begründung hauptsächlich in den gesteigerten Löhnen sowie in den sonstigen Spesen.

Die letzte Festsetzung beruht nämlich auf der diesbezüglichen Berechnung für Dezember 1920, während die neue Festsetzung den seitherigen Erhöhungen Rechnung tragen musste.

Der Beirat der Milchversorgungsstelle hat sich mit dieser Erhöhung einverstanden erklärt.

.....
Die Einschreibungen in die Sonderschulen für schwerhörige Kinder.

Mit Beginn des Schuljahres 1921/22 werden Sonderklassen für schwerhörige Kinder errichtet: Im 4. Bezirke, Waltergasse 16 für die Bezirke 3, 4, 5, 10 und 11; Im 9. Bezirke, d'Orsaygasse 8 für die Bezirke 1, 2, 8, 9, 16, 17, 18, 19, 20; im 14. Bezirk, Dadlberggasse 16, für die Bezirke 6, 7, 12, 13, 14, 15; im 21. Bezirk Leopold-Ferstlgasse 9, für den 21. Bezirk. Die Einschreibungen finden Montag, den 11. Juli von 8 bis 12 Uhr vormittags statt. Das Lehrziel der Sonderklassen entspricht vollkommen dem der Normalklassen. Ueberdies wird den Schülern durch einen gründlichen „Absehunterricht“ die Verständigungsmöglichkeit mit der Umwelt bedeutend erleichtert werden. Erreicht soll dieses Ziel werden durch eine beschränkte Schülerzahl, die 15 nicht überschreiten soll, und dadurch, dass der Unterricht durch eigene vorgebildete Lehrkräfte erteilt wird. Es können auch jene schwerhörigen Kinder zur Einschreibung angemeldet werden, die bisher noch nicht amtsärztlich untersucht worden sind. Die Untersuchung wird nachgeholt.

.....
Herabsetzung des Rohzuckerpreises. Die Zuckerstelle wurde vom Bundesministerium für Volksernährung ermächtigt, den Verkaufspreis für Rohzucker auf K 73.- für 1 kg, das ist den vor dem 1. Mai d.J. in Geltung gestandenen ~~abgabepreis~~ Abgabepreis herabzusetzen. Gleichzeitig werden auch die Handelssuschläge auf das vor dem 1. Mai d.J. geltende Ausmaß von 15 K für 1 kg verringert, so dass sich der Detailverkaufspreis für 1 kg Rohzucker auf 88 K stellt.

.....
Kommunal Sparkasse Döbling. Eingezahlt wurden von 899 Parteien K 5,899.342.-, rückgezahlt wurden an 482 Parteien K 3,704.654.-. Gesamteinlagenstand am Ende des Monates betrug K 38,572.030.- auf 14.450 Konten. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug K 3,660.343.-, der Stand der aushaftenden Hypothekendarlehen K 14,321.963.-, der Stand der Darlehen auf Wertpapiere K 55.378.- und der Stand der Kontokorrent-Kredite betrug am Ende des Monates Mai K 4,110.495.-.

.....
Anbotsverhandlung. Anlässlich des Ausbaues der Unterstation Rudolfshaus wird wegen Vergebung der Asphaltierer- und Bautischlerarbeiten und Wasserleitungseinrichtungen am 16. Juli 10 Uhr vormittags in der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4 eine öffentliche Anbotsverhandlung abgehalten.

Wien, Samstag, den 9. Juli 1921. - Abendausgabe.

Die Regierung und das Offizierswaiseninstitut in Hirtenberg. Wenn es auch nicht zu den Verpflichtungen der Gemeinde Wien gehört, sittlich gefährdete Kinder der Fürsorgeerziehung zu überantworten und für dieselbe aufzukommen, so hat sich doch die Gemeinde Wien seit längerem freiwillig der schwierigen und äusserst kostspieligen Aufgabe unterzogen. Es entstand zunächst die heilpädagogische Anstalt in Oberhollabrunn in einer Reihe der früher Kriegsflüchtigen zum Aufenthalt dienenden Baracken. Da dieses Provisorium bei den ungeheuren Kosten nicht länger haltbar war, hat die Gemeinde Wien das Versorgungshaus St. Andrä a. d. Traisen geräumt und daselbst eine heilpädagogische Anstalt für 150 gefährdete Knaben und Jünglinge errichtet. Gleichzeitig mit der Auflösung der Anstalt in Oberhollabrunn wurden vom amtsführenden Stadtrat Prof. Dr. Tandler mit dem damaligen Bundesminister Dr. Resch Verhandlungen gepflogen, deren Resultat ein Uebereinkommen war dahingehend, dass das Offizierswaiseninstitut in Hirtenberg, in dem 120 Kinder untergebracht sind, der Stadt Wien zum Betriebe einer heilpädagogischen Anstalt für Mädchen überlassen wird. Bundesminister Dr. Resch hat in vollkommener Einsicht der Schwierigkeiten sich sofort bereit erklärt, dieses Haus der Gemeinde leihweise zu überlassen. Die Verhandlungen waren bereits so weit gediehen, dass die Uebernahmebedingungen, das Uebernahmsdatum 15. Juli, der Pachtzins, die Pachtdauer, kurz alles festgesetzt war. Der Stadtsenat hat am 23. Juni, der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 30. Juni dieses Uebereinkommen gebilligt. Nun hat der Ministerrat durch seinen Beschluss vom 5. Juli erklärt, dass die Anstalt in Hirtenberg für Waisen nach Militärpersonen erhalten bleiben muß, und damit der Gemeinde Wien die Möglichkeit, ein heilpädagogisches Institut für sittlich gefährdete ~~Mädchen~~ Mädchen zu errichten, endgiltig genommen. Bemerket sei noch, dass die 120 in Hirtenberg untergebrachten Kinder bequem in dem ebenfalls dem Staate gehörigen Waisenhaus in Judenau, das halb leer ist, untergebracht werden könnten, ein Vorgang, welcher ja von Bundesminister Dr. Resch bereits gebilligt worden war. Der Staat, welcher eigentlich gesetzlich verpflichtet wäre, Fürsorgeerziehung zu leisten, entzieht sich nicht nur dieser seiner Leistung, sondern macht die freiwillige Uebernahme und kostspielige Durchführung dieser Institute der Gemeinde absolut unmöglich. Unter solchen Umständen wird die Gemeinde Wien demnächst darüber schlüssig werden müssen, ob sie nicht jegliche Art der Heilpädagogik überhaupt ablehnt und die Verantwortung dafür, dass auf diesem Gebiete von Seiten der Stadt nichts mehr geschieht, der Regierung überlassen müsste.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, den 9. Juli 1921.

Mittwoch
Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am 10 Uhr vormit-
tags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat als
Der/Landtag tritt am Freitag um 3 Uhr zu einer
findet
Sitzung zusammen. Daranschliessend/eine Geschäftsitzung des Ge-
meinderates statt.

Fettabgabe. Vom 10. bis 16. Juli werden bei den städtischen Fett-
abgabestellen 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preise von K 18.90
gegen Abtrennung des Abschnittes 252 der Mehl- und Fettbezugskarte
abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum
Preise von K 16.90.--

Die Packung von Margarine. Die Marktamtsdirektion teilt Mit: Es wur-
de seit einiger Zeit die Wahrnehmung gemacht, dass namentlich vom
Auslande bezogene Margarine im Kleinhandel in flachen rechteckigen
Stücken (wie es bei Naturbutter üblich ist), die sich in einer ganz
weissen Papierumhüllung befinden, in den Verkehr kommt. Sowohl die
Form dieser Stücke, als auch die ganz weisse Papierhülle entspre-
chen nicht den hier geltenden Vorschriften. Nach den Bestimmungen
der betreffenden Gesetze (Margarinegesetze) muss die im gewerbsmä-
sigen Kleinhandel oder Einzelverkaufe von Margarine verwendete
Papierumhüllung in der Mitte mit einem mindestens 2 cm breiten ge-
radlinigen roten Streifen versehen sein. Kommt die Margarine im
Gross- oder Kleinhandel in regelmässigen Stücken zum Verkaufe, so
müssen diese in Würfelform sein und auf den Würfeln muss die In-
schrift „Margarine“ eingepresst sein. Diese Vorschriften werden mit
dem Bemerken in Erinnerung gebracht, dass gegen die Verkäufer von
Margarine, welche vorschriftswidrig geformte oder verpackte Ware
abgeben, mit der Strafanzeige vorgegangen werden müsste. Es ist
demnach unbedingt notwendig, dass bei Auslandsbezügen die Erzeuger
bzw. Lieferanten auf die hier geltenden vorher angeführten Vor-
schriften aufmerksam gemacht und nur solche Ware übernommen wird,
welche den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Montag, den 11. Juli 1921.

Heute keine Ausgabe !!

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Dienstag, den 12. Juli 1921. - Abendausgabe 7 1/4 Uhr.

Vermittlung von Hausgehilfinnen. Im Gemeinderatsausschuss für Sozialpolitik referierte heute GRin. Königstetter über die Festsetzung von Normallöhnen für die Hausgehilfinnen. Die Referentin teilte mit, dass auf Grund von Besprechungen, denen Abordnungen des Verbandes der christlichen Hausgehilfinnen, des Vereines arbeitender Frauen, des Hausgehilfinnenverbandes „Einigkeit“, der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, des Wiener Hausfrauenvereines und der Zentralorganisation der katholischen Frauenbewegung Mindestlöhne für Hausgehilfinnen festgesetzt worden sind. Diese betragen für ein Mädchen für Alles ausschliesslich der Zubereitung der Speisen bis zum 16. Lebensjahr 400 und über 16 Jahre 500 K monatlich; einschliesslich der Zubereitung der Mahlzeiten wurde der Mindestlohn mit 800 bis 900 K monatlich festgesetzt. Für Kindermädchen beträgt der Mindestlohn 750 K, für Kinderstubenmädchen 900 K, für eine Kinderfrau, Haushälterin oder Wirtschaftlerin 1000 K, für eine Stütze der Hausfrau 1500 K. Auch für die Bedienerinnen, Reisenden, Wäscherinnen und Büglerinnen wurden eigene Mindestlöhne festgesetzt. Der Gemeinderatsausschuss beschloss, dass die städtischen Dienstvermittlungsstellen bei der Vermittlung von Hausgehilfinnen nur solchen Dienstgebern Arbeitskräfte zuweisen dürfen, die diese Mindestlöhne anbieten. Es ist ferner die auf dem Gebiete der Dienstvermittlung tätigen Privatorganisationen zu ersuchen, den gleichen Vorgang bei ihren Vermittlungen einzuhalten.

Ausbau der Schmelz-Siedlung. Der Gemeinderatsausschuss für Sozialpolitik und Wohnungswesen beschloss heute nach einem Referat des amtsführenden Stadtrates Grünwald den Ausbau der Siedlung auf den Schmelzgründen. Bekanntlich wurden von den ursprünglich geplanten 53 Häusern nur 42 fertiggestellt. Die Errichtung der restlichen 11 Häuser musste wegen der hohen Kosten im Frühjahr zurückgestellt werden. Nunmehr sollen diese Bauten mit geringfügigen Änderungen mit Hilfe des Wohnungs- und Siedlungsfonds in Angriff genommen werden. Dadurch werden 108 Kleinwohnungen geschaffen, wovon 24 aus zwei Zimmern, Kammer und Küche, die übrigen aus Zimmer, Kammer und Küche bestehen. Die Wohnungen werden allen hygienischen Anforderungen entsprechen. Die Kosten einer Wohnung stellen sich auf rund 550.000 K, so dass unter Berücksichtigung der derzeitigen Materialpreise und Arbeitslöhne mit 60 Millionen Kronen Kosten zu rechnen ist. Das Wohnungsamt wurde beauftragt, beim Kuratorium des städtischen Wohnungs- und Siedlungsfonds die Kostengenehmigung zu erwirken und die staatliche Finanzhilfe für die Ausführung in Anspruch zu nehmen.

Fertigstellung von Notstandwohnungen. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Sozialpolitik und Wohnungswesen erstattete Stadtrat Grünwald einen Bericht über den Stand der Arbeiten des Notstandsbauprogrammes der Gemeinde für das Jahr 1921. So wurden im Barackenlager Lauerstrasse an Stelle der ursprünglich geplanten 55 Wohnungen 63 geschaffen, wovon 44 aus Zimmer und Küche und 19 aus einer Wohnküche bestehen. 21 Wohnungen sind bereits

fertiggestellt und ist auch die Zuweisung bereits erfolgt, während die restlichen 42 Wohnungen bis Ende Juli zur Vollendung gelangen. Die Kosten einer solchen Wohnung stellen sich auf ungefähr 60.000 K. Im Simmeringer Barackenlager konnte mit den Arbeiten erst in dieser Woche begonnen werden, da die Hauptstadt für Sachdemobilisierung für den Ankauf der Baracken ohne jede Begründung ein masslos erhöhtes Offert gestellt hat. Einer Intervention des Wohnungsamtes beim Ministerium für soziale Verwaltung ist bisher ergebnislos geblieben. Da aber durch die Verzögerung der Inangriffnahme dieser Wohnbauten die Herstellungskosten unausgesetzt steigen, wurde beschlossen ohne den Kaufabschluss abzuwarten, mit den Umgestaltungsarbeiten zu beginnen. Es dürften bis Ende August 136 Wohnungen der Benützung zugeführt werden können. Weiters wurden in der Baracke des Baumgartherlagers, die Eigentum der Gemeinde Wien ist, die vorgesehenen 12 Wohnungen bereits fertiggestellt und an Wohnungsbedürftige zugewiesen. Das Stadtbauamt hat sich gegen den Ankauf der Baracken in der Jedleseerstrasse mit der Begründung ausgesprochen, dass der für die Erwerbung und Adaptierung der Baracken erforderliche Kostenaufwand mit dem Gewinn an Wohnung nicht im Einklang steht. Das Wohnungsamt steht jedoch auf dem Standpunkt, dass angesichts der gerade in Floridsdorf herrschenden grossen Wohnungsnot diese Baracken adaptiert werden müssten, und wird in der nächsten Sitzung des Kuratoriums des städtischen Wohnungsfonds den Ankauf der Baracken beantragen. Geplant war ferner die Herstellung von 48 Wohnküchen in den angeforderten Arbeiterwohnhäusern in Favoriten. Dieser Plan musste jedoch fallen gelassen werden, da die Wienerberger Ziegelwerke den Eigenbedarf geltend machten. Unmöglich ist auch der Wiederaufbau von sieben Barackenwohnungen in dem städtischen Hause Alleeasse 44. Es müssten nämlich derart kostspielige Deckenverstärkungen vorgenommen werden, dass das Projekt nicht mehr als wirtschaftlich erscheinen würde. In Ausführung befindet sich die Herstellung von zwei Wohnungen in dem städtischen Schulhause Quellenstrasse 78, die Umgestaltung des städt. Hauses Einwaggasse 33 und die Schaffung von Wohnungen im städtischen Bedienstetenwohnhaus Johann Hoffmannplatz und von vier Wohnungen im Bedienstetenwohnhaus Wattgasse. Beendet sind die Arbeiten zur Schaffung von 5 Wohnküchen und einer Verwalterkanzlei in der Kossauerkaserne. Mit der Herstellung der geplanten 21 Wohnungen im Hause Landstrasse Hauostrasse 94 konnte mit Rücksicht auf ein von der Staatsverwaltung anhängig gemachten Verzichtsansuchen, über das noch nicht entschieden wurde, bisher nicht begonnen werden.

Als neuer Notstandsbauprojekt ist bereits die Umgestaltung der Baracke 27 in Grinzing in Arbeit. Dadurch werden mit einem Kostenaufwand von rund 1 Million Kronen 15 Wohnungen hergestellt. In Ausarbeitung ist ferner ein Projekt, das die Umgestaltung des alten Amtshauses in „Lietzing“ in der Baumgasse in ein Wohnhaus versieht. Es sollen dort 15 aus Zimmer, Kabinett und Küche bestehende Wohnungen hergestellt werden. Die Kosten betragen rund 700.000 Kronen.

Der Gemeinderatsausschuss hat die Berichte genehmigend zur Kenntnis genommen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Dienstag, den 12. Juli 1921. - Abendausgabe 1/2 6 U

Freiwerdende Schulen. Aus Zeitungsmeldungen ist zu entnehmen, dass der Obmann des Ortsschulrates für den 8. Bezirk Arnold Hans Schwer in einer Versammlung Erklärungen abgegeben hat, die sich mit der Auflösung von Schulen im 8. Bezirke befassen, die jedoch den Tatsachen keineswegs entsprechen. Richtig ist folgendes: Es wurde behauptet, dass der Bezirksschulrat geflissentlich in einer ebenso kränklichen als auch verletzenden Weise den Ortsschulrat zurücksetze, über dessen Kopf hinweg Verfügungen treffe und ihn so kontinuierlich brüskiere. In welcher Weise dies geschehen sein soll, dafür musste naturgemäß der Beweis schuldig geblieben werden. Zur Charakterisierung dieser Angriffse möge, so weit sie die Auflösungen der beiden Schulen im 8. Bezirk Piaristengasse 43 und Laudongasse 5 - letztere überhaupt nur als provisorische Massnahme gedacht -betreffen, festgestellt werden, dass durch viele Jahre hindurch alljährlich vom Ortsschulrate des 8. Bezirkes und von der Bezirksvertretung, also den berufenen Vertretern^{der} Josefstadt, die Auflösung beider unhygienischer Schulen und der Ersatzbau eines neuen Schulgebäudes verlangt wurde. Die christlichsoziale Gemeinderätin Gabriele Walter stellte zuerst im Jahre 1918 den Antrag auf Auflösung der beiden Schulen und hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit diesen Antrag wiederholt.

Die Gemeinde Wien hat nun diesem Verlangen durch den Ankauf des nach den modernen Prinzipien eingerichteten Gebäudes des Vereines „Freie Schule“^{8, Albertgasse 23} Rechnung getragen.

Der Obmann des Ortsschulrates für den 8. Bezirk Arnold Hans Schwer nahm an einer Sitzung teil, in der er den Details der Auflösung der Schulen zugestimmt hat. Der Vorwurf, dass der Ortsschulrat erst aus den Zeitungen von einer vollzogenen Tatsache erfahren habe, erklärt sich auf folgende merkwürdige Weise: Trotzdem der Vorsitzende des Bezirksschulrates bei der Beschlussfassung über die Auflösung der beiden Schulen die Mitglieder des Bezirksschulrates besonders auf die von ihnen eingegangene gesetzliche Verpflichtung der Amtsverschwiegenheit aufmerksam gemacht hatte, erschien bereits am nächsten Tage ein Bericht über die Vorgänge im Bezirksschulrate in der „Reichspost“. Vorher eine schriftliche Mitteilung an den Ortsschulrat gelangen zu lassen, war also durch den Bruch des Amtsgeheimnisses unmöglich geworden. Uebrigens wurde der Obmann des Ortsschulrates noch am Tage der Beschlussfassung unmittelbar nach der Sitzung vom Bezirksschulinspektor von den Beschlüssen in Kenntnis gesetzt.

Ebenso wie die früheren Behauptungen ist auch das veröffentlichte Ziffermaterial tendenziös gruppiert. Es wird z.B. be-

richtet, dass die 5. Klasse der Schule 8, Josefstädterstrasse 95, 76 Schüler besuchen, absichtlich verschwiegen wird aber, dass in dieser Schule zwei fünfte Klassen bestehen. Dies trifft bei allen höheren Schülerzahlen zu; es sei nur darauf verwiesen, dass die dritte Klasse der Schule 8, Lerchengasse 19, 28 Schüler besuchen und auch dort zwei Klassen zu Verfügung stehen, so dass sogar versucht werden muss, aus anderen Schulen Kinder zuzuweisen.

Die zum Schlusse des laufenden Schuljahres stattgefundenen Einschreibungen haben ergeben, dass im 8. Bezirk (nebst den in der Schule 1, Bartensteingasse 7 eingeschriebenen aber im 8. Bezirk wohnhaften Schulkindern) 1075 Knaben und 1016 Mädchen (zusammen 2091 Kinder) eingetragen sind. Von diesen wohnen 143 Knaben und 172 Mädchen (zusammen 285 Kinder) im 16. Bezirk. Von den in der Josefstadt wohnhaften Kindern (932 Knaben und 874 Mädchen) können je 60 Knaben und Mädchen dem Schulgebäude 8, Albertgasse 23, zugewiesen werden; somit verbleiben für die übrigen Volksschulen des 8. Bezirkes 372 Knaben und 314 Mädchen (zusammen 686 Kinder), die auf 64 Klassenabteilungen (31 Knaben- und 33 Mädchenklassen) aufgeteilt werden können. Es resultiert hieraus ein Durchschnittsbelag von 26 Schulkindern pro Klasse. Würden die im 16. Bezirk wohnhaften und in den Schulen des 8. Bezirkes eingeschriebenen Kinder in diesen Schulen verbleiben, was nur zum geringen Teil geplant ist, so würde die Durchschnittsziffer pro Klasse trotzdem nur 31 Kinder betragen.

Der Umstand, dass 275 Kinder infolge der Auflösung der Knabenvolksschulen 8, Laudongasse 5 und 8, Piaristengasse 43 künftighin in andere Schulen gehen müssen, die sich noch immer in nächster Nähe ihrer Wohnung befinden, ist die Ursache, von einer „Beraubung“ der Schulkinder zu sprechen. Die amtliche Verständigung von der Niederlegung der Ortsschulratsmandate durch die christlichsozialen Mitglieder des Ortsschulrates für den 8. Bezirk ist bereits an den Bezirksschulrat gelangt, der sich in seiner demnächst stattfindenden Vollversammlung damit zu befassen haben wird.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau.

27. Jahrgang. Wien, Dienstag, 12. Juli 1921.

Entfallende Sprechstunden. Stadtrat Gründwald wird bis 15. August nicht amtieren. Es bleiben daher alle Zuschriften, die in Wohnungssangelegenheiten an ihn/gerichtet werden, unerledigt. Solche Zuschriften sind daher ausnahmslos an die Direktion des Wohnungsamtes der Stadt Wien, I, Parkring 8, zu richten.

Von den städtischen Sammlungen. In der Galerie der Stadt Wien ist das Bildnis des Schauspielers Theodor Weiss aufgenommen worden. Der Künstler konnte vor einiger Zeit sein 40jähriges Schauspielerjubiläum und zugleich die 25jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Volkstheater begehen. Das wohlgelungene charakter-scharfe Bildnis ist ein Werk des Wiener Malers Jacques Sternfeld.

Anbotsverhandlung. Montag den 18. ds., 10 Uhr vormittags, findet bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, 9, Marianengasse 4, die Vergebung der Baumeisterarbeiten zur Herstellung eines Maschinenfundamentes in der Unterstation Währing eine öffentliche schriftliche Anbotsverhandlung statt.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michou.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 13. Juli 1921.

Verlegung von Gemüsegrossmärkten. Die bisher im 11. Bezirk am Münnichplatz und in der Dopplergasse abgehaltenen Gemüsegrossmärkte werden von Montag, dem 18. ds. an auf den Heu- und Strohmarkt im 5. Bezirk Ecke Reinprechtsdorferstrasse und Siebenbrunnfeldgasse verlegt. Der Marktverkehr wird wie auf den anderen Gemüsegrossmärkten Montag, Mittwoch und Freitag von 6 bis 8 Uhr abends stattfinden; wenn auf einen dieser Tage ein Feiertag fällt, unterbleibt der Marktverkehr. Der letzte Markttag auf den genannten Marktplätzen im 11. Bezirk findet Freitag, der erste Markttag auf dem neuen Marktplatz im 5. Bezirk am Montag statt.

Von der Stadtbibliothek. Die Wiener Stadtbibliothek bleibt wegen der Vernahme der Reinigungsarbeiten vom 16. Juli bis 15. September für die allgemeine Benützung geschlossen.

Entfallende Sprechstunde. Wegen dienstlicher Verhinderung findet morgen Donnerstag beim amtsführenden Stadtrat Prof. Dr. Tandler keine Sprechstunde statt.

Wien, Mittwoch, den 13. Juli 1921. - Abendausgabe.

.....
Günstigere Milchbelieferung Wiens. Die infolge Erhöhung des Stallpreises in ^Niederösterreich hervorgerufene Erhöhung des Wiener Milchpreises hat eine erfreuliche Wirkung hinsichtlich der Milchlieferung nach Wien gezeitigt. Während vor dem Tage der Erhöhung des Milchpreises die Tagesmengen zwischen 81000 und 89000 Litern schwankten, stiegen sie seither um mehrere Tausend Liter täglich, am 7. und 9. ds. sogar über 98000 Liter. Es steht zu hoffen, dass diese Besserung anhält. Allerdings wird dieses günstige Ergebnis stark beeinträchtigt durch die warme Jahreszeit, die verursacht, dass über ein ^Viertel der angelieferten Menge in saurem Zustande einlangt.

.....

Der Internationale Frauenkongress.

Der Empfang im Rathaus.

Heute abend waren die Delegierten, Teilnehmer und Gäste des internationalen Frauenkongresses ins Rathaus geladen, wo sie von geschäftsführenden Vizebürgermeister Emerling empfangen wurden. Zum Empfange hatten sich auch eingefunden: Vertreter des Ministeriums des Aussen, des Innern, für soziale Verwaltung, für Volksernährung, des Polizeipräsidenten, des Präsidents der Handelskammer, von der Österreichischen Völkerbundliga die Präsidenten Bettner, von der Österreichischen Völkerbundliga die Präsidenten Bettner, Franz Klein, von der Österreichischen Friedensgesellschaft Vizepräsident Dr. Rudolf Goldscheid, vom Wiener akademischen Friedensverein Präsident Dr. Otto Petersilka, vom Verein Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft Vorsitzender Dr. Johann Joachim und Vizepräsident Dr. Adolf Vetter, ferner Vizebürgermeister Hess, die Mitglieder des Stadtsenates, Mitglieder des gemeinsamen Landtages von Niederösterreich und des Wiener Gemeinderates, Magistratsdirektor Dr. Hertl u. a.

Vizebürgermeister Emerling hielt an die Versammelten folgende Begrüssungsansprache: Es ist mir eine besondere Freude, Sie in den Räumen des Wiener Rathauses begrüßen zu können. Die Bedeutung Ihrer Vereinigung ist mir wohl bewusst. Ich weiss, dass die Geburtsstunde der internationalen Liga für Frieden und Freiheit von Blut umbrandet war und dass es Frauen von besonderem Mut und auserlesener Menschlichkeit sein müssen, die es zu Ostern 1915, im schlimmsten Wüten des Krieges, als Ströme von Blut geflossen sind und Hekatomben von Menschenleben sich aufgetürmt haben als Opfer einer länder- und machtgerigen Politik der Grossstaaten der kapitalistischen Welt, gewagt haben, sich diesen Wüthen entgegenzustellen. Es ist wohl begrifflich, dass Alle, die sich nicht scheuten, Menschenleben ohne Zahl hinschlachten zu lassen, um ihre Ziele erfüllt zu sehen, jene Frauen als vaterlandfeindlich bezeichneten, die es gewagt haben, sich diesem Morden entgegenzustellen. Es ist nicht hoch genug anzuschlagen, dass Frauen die Trägerinnen einer neuen Erziehungsmethode werden wollen.

Die Erziehungsmethode der Vergangenheit konnte nur Menschen bilden, wie wir sie gesehen haben: Die einen bereit, andere töten zu lassen für ihre Machtiäen, und die Anderen, die grosse Masse, widerstandslos bereit, sich selbst töten zu lassen für ein fremdes Ideal, das man ihnen als eigenes hinzustellen gewusst

hat. Wenn Sie nun durch die Bestrebungen Ihrer Vereinigung und durch die Tagung Ihres Kongresses eine Wandlung herbeiführen helfen, dann kann erreicht werden, dass eine neue Generation heranwächst, die nicht mehr durch Blut und Krieg Ehren, Auszeichnungen und materielle Güter erwerben will, sondern eine Generation, die bestrebt sein wird, durch Werke des wahrsten Menschentums der höheren Entwicklung der Menschheit zu dienen.

Man hat im Kriege oft gesagt, an der langen Dauer seien die Frauen mitschuldig, weil sie an die Stelle der Männer treten und sie im Hinterland, an der Stappe und hier und da auch an der Front ersetzen. Wenn aber Ihre Ziele, meine Damen, in Erfüllung gehen, dann werden wir eine Frauenwelt haben, die mit leuchtendem Beispiel den Männern und vor allem der Jugend verangehen wird in der Ablehnung und abscheuvollen Zurückweisung auch nur des Gedankens an einen neuen Krieg, an ein neues Blutvergiessen. Velle Erfüllung ist auch Ihrer Bestrebung zu wünschen, jene Männer, deren Geist durch technische Erfindungen die Greuel des Krieges vermehrt haben, zu beeinflussen, damit sie ihre Fähigkeiten, ihre Talente, ihr Genie nur mehr zur Entfaltung bringen, um der Entwicklung und dem Fortschritt zu nützen, der Menschheit allein zu dienen.

Wenn Frauen aus allen Ländern sich in Wien versammelt haben, in der so tief gebeugten, so hart getroffenen Stadt, so begrüßen wir dies mit ganz besonderer Freude, weil wir darin ein Zeichen sehen, dass die Frauen Wienerinnen sein wollen des Gedankens der Völkerversöhnung, der Völkerverliebe, dass sie bekämpfen wollen die noch vorhandenen Instinkte des Hasses und der Wiedervergeltung. Nicht durch diese, der Menschheit unwürdigen Gefühle bringen wir die Welt weiter, sondern allein durch Werke, die einer neuen Erziehung einer neuen Auffassung von den Pflichten der Menschheit überhaupt dienen. Ihr Kongress, meine Damen, richtet sich auch gegen die Blockade als Waffe des Krieges. Wie diese Liebe unter den Städten, kann Ihnen an ihren Kindern zeigen, welch fluchwürdiges Mittel die Blockade gegen Frauen und Kinder, Greise und Kranke ist. Nicht Wunden schlagen, um sie dann heilen zu können, sondern Wunden verhüten ist der Begrüssenswerte Leitstern Ihrer Bestrebungen. Dafür dankt Ihnen Wien.

In diesem Saale begrüsst Sie ein Bürgermeister, der nicht nur an der Spitze eines Gemeinderates von Männern steht, sondern auch 21 Frauen in seiner Mitte hat, die gleich den Männern an der Verwaltung mitarbeiten. Das Wahlrecht ist den Frauen unserer wie in unserer Republik Stadt/nicht als Tribut eines heissen und langen Kampfes geworden, es war nur eine Minderheit von Frauen, die Jahrzehnte lang unablässig und mit Hingabe dieses Ziel angestrebt haben. Der Krieg aber hat viele Frauen für die Erkenntnis reif gemacht, dass auch ihnen das Recht werden muss, die politische Gestaltung mitbestimmen, gegen Krieg und Militarismus Stellung zu nehmen. Als der

Umsturz als Folge des Krieges da war, hat jene Partei, die die Mehrheit in diesem Hause repräsentiert, als eine ihrer Pflichten die betrachtet, die Frauen zu gleichen Bürgerinnen und der Gemeinde und im Staate zu machen. Darum habe ich die Ehre, Sie auch im Namen der Madatarrinnen dieser Stadt zu begrüßen. Möge Ihr Kongress erreichen, was er für die Höherentwicklung der Menschheit sich zum Ziele gesetzt hat.

In diesem Sinne begrüsse ich Sie nochmals auf das herzlichste und wünsche dass Ihre Beratungen zu Ihrer Zufriedenheit ausfallen und dass der Aufenthalt in Wien Ihnen nur Gefühle des angenehmsten Erinnerens zurücklassen möge.

Die tiefen Erschütterungen, von denen Europa in den letzten Jahren erzitterte, machten sich in Wien umso schmerzlicher und einschneidender fühlbar als die Bewohner dieser Stadt, deren Kunstsinne und Gewerfleiss, wissenschaftliche Betätigung und Arbeitswille von altersher in der ganzen Welt bekannt sind, stets die Fahne der Menschlichkeit hochhielten und in friedlicher Arbeit ihr Lebensglück erblickten. Der grosse deutsche Dichter Schiller vergleicht uns Wiener mit dem heiter-friedlichen Völkchen der Phäaken. Wien, die Stadt der Lieder, die Stadt eines Mozart, Haydn, Beethoven, eines Strauss und Lanner, hat immer die Leier dem Schwerte vergezogen. Die wienerische Note, das wienerische Naturell, aber auch die Kulturgeschichte Wiens lassen diese Stadt geradezu als ausersehen erscheinen, ein geistiger Sammelplatz, ein Brennpunkt zu sein für die erhabenen Ideen, in deren Dienst Sie sich, meine sehr geehrten Damen von der Liga für Frieden und Freiheit, gestellt haben. Unsere Stadt war es ja auch, in der die beiden bedeutendsten Verkämpfer deutscher Zunge des Pazifismus lebten und wirkten: Bertha von Suttner und Alfred Fried.

Es heisse ich Sie denn als Betinnen der Friedenssehnsucht aller Völker herzlich willkommen und danke Ihnen, dass Sie Ihre dreijährigen Beratungen in unserer Stadt abhalten und dadurch ihre Geschichte um ein Ruhmesblatt vermehren, das zu ihren schönsten gehören wird. Wien war schon einmal, vor etwas mehr als 100 Jahren, der Schauplatz eines grossen Kongresses von internationaler Bedeutung. Damals waren in ungeheurer Prachtentfaltung die

Herrscher und Fürsten Europas, ihre Staatsmänner und Politiker auf dem Wiener Kongress versammelt, um den Völkern einen dauernden Frieden zu geben. Allein sie verweichten es nicht und alle Diplomatenkunst wurde kläglich xuxukux zu Schanden. Heute sind Sie aus aller Welt nach Wien gekommen, um von ganz anderen Voraussetzungen ausgehend und sich ganz anderer Mittel bedienend den gleichen Ziele zuzustreben. Im Hinblick auf diese Ihre Voraussetzungen und im vollen Vertrauen auf die von ihnen gewählte Methode hegen wir alle die Erwartung, dass Ihre Beratungen und die Beschlüsse des Kongresses von der grössten Bedeutung für die Zukunft der Völker sein werden.

Der Same, den die internationale Frauenvereinigung für Frieden und Freiheit und Völkerversöhnung auf früheren Kongressen inmitten der wildtragenden Leidenschaften des Krieges auszusäen wagte, ist mächtig aufgegangen in all den Ländern, deren Erde von Blut getränkt war. Gewiss ist die Fackel des Krieges noch nicht ganz erloschen. Ihr Ruf nach dauerndem Frieden und Freiheit findet bereits in allen Ländern der Erde ein zustimmendes Echo und wird die Brandung politischer und nationaler Kämpfe umso leichter übertönen, als sich Scharen mutiger und edelgedenkender Frauen in stetig wachsender Zahl Ihrem Banner anschliessen. Heute sind ja die höchsten Menschheitsziele zur Sache der Frauen geworden: Sie sollen die Welt erlösen und befreien. Sie wollen mit der ganzen Hingabe und Opferbereitschaft, deren ein Weib fähig ist, der Welt dauernden Frieden bringen. Die internationale Frauenliga ist die Verkörperung dieses Gedankens. Das Weib ist die Trägerin des Lebens und nicht des Todes, ist Repräsentantin des lebensbejahenden, schaffenden und versöhnenden aber nicht der vernichtenden, Hassenden und vernichtenden Kräfte. Sie gehen darauf, gemeinsame Grundlagen für den Wiederaufbau der Zivilisation, für den Wiederaufbau des Lebens der Völker und der Menschen zu finden. Gelagt es Ihnen, dieses schwerste aller menschlichen Probleme zu lösen, dann haben Sie mehr Weltgeschichte gemacht, als alle Herrscher und Feldherrn, Staatsmänner und Politiker aller Zeiten zusammen.

Die Worte des Vizebürgermeisters, die von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, wurden von Mrs. Robinson und Gemeinderätin Dr. Aline Furtmüller ins Englische übersetzt.

Minister Dr. Pauer betont, dass aus den Beratungen des Kongresses eine ganze Reihe wertvoller Vorschläge hervorgegangen sei, an denen kein Kulturstatt werde verübergehen können. Oesterreich gehe durch unermüliches Zusammenarbeiten der gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung daran, die grossen sozialen Aufgaben einer Lösung zuzuführen. Redner begrüsst die Beratungen des Kongresses als Minister für soziale Verwaltung. (Lebhafter Beifall)

Mrs. Jane Addams beginnt ihre Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Versammelten und dankt dem Stadt Wien für die freundliche Begrüssung. Sie weist in ihren Ausführungen darauf hin, wie sehr sich die ganze Welt geändert habe, wofür Wien ein sprechendes Zeugnis ablege. Als vor acht Jahren Rednerin in

Wien und Budapest gewilt habe, da hatten die Frauen noch keine politischen Rechte und heute sind sie in allen Vertretungskörpern zu finden. Dem Bürgermeister sei auch deshalb für seine Rede zu danken, weil sie pazifistische Ideen geoffenbart habe.

Es sei nicht zu verkennen, dass in dem pazifistischen Gedanken auch moralische Kraft enthalten ist. (Lebhafter Beifall).

Ministerialrat Dr. Bartsch spricht über die besondern E-lendsquellen in Oesterreich, das nicht nur die Folgen wie alle Kriegführenden, die Sorgen für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die Minderung der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, sondern auch die besondern Folgen der unterlegenen Mittelmächte und die Auswirkungen der Inflation, die Unterernährung, die Schwächung der Volkskraft, die zunehmende Sterblichkeit und Tuberkulose und auch die besondern Folgen aus der Zertrümmerung des alten Oesterreich zu tragen hat. Der Vortragende kommt auf die Fürsorgetätigkeit zu sprechen, die ihren Ausdruck in der Schaffung des Ministeriums für soziale Verwaltung, von anderen Aemtern in den Ländern und Gemeinden findet, und die von der freiwilligen Fürsorgetätigkeit, die während Krieges einen gewissen Aufschwung genommen hat, unterstützt wird, die aber durch den allgemeinen Umschwung nach dem Kriege sehr geschädigt werden ist. Daran habe die Geldentwertung, mit einem Anteil, da die neuen Reichen nicht gerne geben, und die Preise die Weltmarktpreis erreicht haben. Während die Preise das Hundertfache der Vorkriegszeit ausmachten, machen die Geldeinkommen der Festbeschäftigten nur das Fierzehnfache, die der Staatsangestellten und des Zwanzigfachen aus. Unter all diesen Erscheinungen laien natürlich die Fürsorgetätigkeit schwer. Mit in den Kreis der Betrachtungen gehö-

re auch die moralische Verwilderung, die eingerissen ist, und die Vernachlässigung der Erziehung der Jugend. Der Fremde allerdings, der meist mit den Wohlhabenden in Berührung komme, lernt nur einen Teil der Bevölkerung kennen, der nicht für die Masse der Bevölkerung charakteristisch ist. Trotz all dieser Erscheinungen ist aber der Kern der Bevölkerung gesund, was die Vorgänge der Jahre nach Kriegsschluss beweisen, in denen infolge des gesunden Sinnes der Bevölkerung und der Haltung der politischen Führer der Staat inmitten von Staaten extremer Richtung gelassen seine Ruhe bewahrt und von gefährlichen Experimenten verschont geblieben ist. Nichtsdestoweniger sei aber Oesterreich auf das Vertrauen des Auslandes angewiesen. (Lebhafter Beifall)

Mlle. Melin begann ihre Ausführungen mit den Worten „Bürger, Bürgerinnen und Herr Bürgermeister“ und besprach die Schwierigkeiten und Gefahren, unter denen die pazifistischen Frauen während des Krieges und auch nach dem Kriege zu arbeiten hatten. (Lebhafter Beifall)

Gemeinderätin Adelheid Pepp ruft die Frauen auf, in dem Kampfe gegen den Militarismus, die Kriegsrüstungen und den Krieg nicht mehr zu verstummen, denn ein Krieg könne nur dann verhindert werden, wenn die Vorbereitungen für ihn nicht ermöglicht werden. (Lebhafter Beifall)

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ .

Wien, Donnerstag, den 14. Juli 1921.

Heute keine Ausgabe !!!

Wiener Gemeinderat als Landtag.

Zweiter Präsident GR. Schmid (chr.-sez.) eröffnet die Sitzung. Mit Zustimmung des Gemeinderates wird die Post 2 der Tagesordnung abgesetzt.

GR. Dr. Tandler (Sez.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Gebühren für die Kranken und Leichenbeförderung in Wien und sagt, es handle sich um eine der vielen Preissteigerungen. Berechnungen haben nämlich ergeben, dass heute eine Fuhr von 10 km unter 1200 Kronen nicht zu leisten sei. Wenn trotzdem die angesetzten Mindestpreise hinter dieser Summe zurückbleiben, sei dies ein Beweis, dass die Gemeinde sich ihrer Verpflichtung, für die ärmere Klasse zu sorgen, vollkommen bewusst sei. Die Gebühren werden für die Krankenbeförderung nach den 3 Klassen von 300 K auf 900 Kronen, von 600 Kronen auf 1200 Kronen und von 900 Kronen auf 1800 Kronen, für die Leichenbeförderung von 200 Kronen auf 900 Kronen, von 400 Kronen auf 1500 Kronen und von 600 Kronen auf 2500 Kronen erhöht.

GRin Wielisch (chr.-sez.) sagt, diese Erhöhung der Transportkosten halte nicht Stand mit den Löhnen und Gehältern. Besonders schwer hätten darunter die Pensionisten und kleinen Rentner zu leiden. Allerdings seien die Besitzer eines Armutszugnisses von dem Bezahlung befreit, doch widerstrebe es vielen, sich ein solches zu verschaffen. Auch sei sehr vielen nicht bekannt, bei welchem Höchst Einkommen schon die Berechtigung für den Bezug eines Armutszugnisses bestehe. Rednerin bittet daher den Referenten seine Organe anzuweisen, die Leute in diesem Belange aufzuklären. Ferner erinnert die Rednerin an ihren seinerzeitigen Antrag, dass die Gemeinde Wien in die "ausgehilfen-Krankenkasse" auch die Transportkosten übernehme und bittet diesen Antrag zur Durchführung zu bringen. Schliesslich richtet die Rednerin an den Nationalrat die Bitte, endlich die Kranken- und Altersversicherung für Hausgehilfen durchzuführen.

Präsident Dr. Danneberg (Sez.-Dem.) übernimmt den Vorsitz. GR. Grünbeck (chr.-sez.) sagt, dass aus der Kranken- und Leichenbeförderung schon ein Geschäft gemacht werde und dass von der berühmten Humanität der Mehrheit nichts zu merken sei. Redner spricht sich gegen die Verlage aus.

GR. Erntner (deutschnat.) nennt die Verlage eigen Faustschlag gegen die Bevölkerung und es werden durch die Verlage vor allem wieder der Mittelstand und die Arbeiterschaft getroffen. Redner spricht sich gegen die Verlage aus.

Der Referent widerlegt in seinem Schlusswort die Ausführungen in der Debatte und sagt, dass es nicht richtig ist, dass irgend jemand zuerst bezahlen müsse, und dann erst transportiert wird. Er müsse dagegen Stellung nehmen, dass ihm solche Dinge imputiert werden, umso mehr hat der Vergang, wie er sich bei Transporten abspielt, geschäftsordnungsmässig festgelegt ist. Es grenze an tendenziöse Entstellung, wenn das abgespielte Lied wiederholt wird, dass ein Mensch in seiner Krankheit und seinem Elend zurückgelassen wird, wenn er nicht bezahlt. Er müsse auch ablehnen, dass bei der Verlage von einem Geschäft gesprochen wird, und es nehme ihm Wunder, dass man von dieser tendenziösen Aufmachung nicht abgehe. Von einem Geschäftsmachen könne keine Rede sein, da das Defizit der Spitäler dafür spreche, dass meist Leute drinnen liegen, die nicht zahlen, die also auch umsonst befördert werden. Was die Angelegenheit soweit die Krankenkasse der Haus-

gehilfen angehe, betrifft, werde Referent das Nötige veranlassen. GR. Grünbeck (chr.-sez.) berichtet tatsächlich, dass in der Bevölkerung der Glaube herrscht, dass bei Kranken- und Leichentransporten vorher bezahlt werden müsse.

GR. Erntner (deutschnat.) berichtet, dass er aus der Sache keine tendenziöse Aufmachung gemacht habe, sondern sich nur gegen die Höhe der Ansätze der Verlage ausgesprochen habe.

Die Verlage wird hierauf in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erheben.

GR. Breitner (sez.-Dem.) berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Abgabe von freiwilligen Feilbietungen in der Stadt Wien und erklärt, es habe sich in der Praxis als notwendig erwiesen, die Abgabe von freiwilligen Feilbietungen einer Nevellierung zu unterziehen. Der vorliegende Entwurf bringt lediglich

Erleichterungen bei der Feilbietung von Lebensmitteln in dem nun durchwegs nicht mehr als 1% zu zahlen sein werde. Eine Unklarheit wurde auch bei den Selbsthilfeverkäufen beseitigt, die bisher ebenfalls mit einer 1% Abgabe belegt werden, während man bisher eine solche von 7% einheben sollte, was gerade bei der Natur von Massenverkäufen sehr empfindlich und vielleicht auch verkaufshindernd ans Gericht fallen würde. Schliesslich ist bezüglich der Veräusserung von Kruz Baustpfändern eine Klarstellung erfolgt. Durch das neue Gesetz werde sich irgend eine Belastung der Versteigerungen nicht ergeben, sondern wie erwähnt, nur Klarstellungen und Erleichterungen.

Das Gesetz vorlage wird sodann ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Wiener Gemeinderat.

Vorsitzender GR. Weigl (Sozdem) eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, dass der Bürgermeister den von Gemeinderat gefassten Beschluss betreffend die Friedhofsordnung für den Südwestfriedhof sistiert hat und dass diese Angelegenheit dem Gemeinderat neuerlich zur Verhandlung zugehen wird.

Gespendet haben: Das niederländische Komitee "Veer de Kinderen" für die städt. Waisenkinder 350.000 K,

ehemalige Patienten der Lungenheilstätte Steinklamm das Rein erträgnis eines veranstalteten Walzerabends für den Unterstützungsfond der Anstalt 15.020 K,

die Hudson County Quarter Salletien in West-Hoboken zur Kostaufbesserung der Wiener Kinder 15000 K,

Dr. E. Anwandter in Santiago für die Netleidenden Wiens 750 M, Franz Auer und Söhne, Wien 13, für Arme dieses Bezirkes 10000, der Hessische Bankverein in Kassel für die netleidende Wiener Bevölkerung 906 K,

Der "Kirchbund" für Arme des 4. Bezirkes 500 K, Leopold Seligmann, Köln, 398 K,

Die Bewohner der Insel Faer Oer, Dänemark, für ein Wiener Kinderheim 250 kg Hafergrütze, 250 kg Reis, 100 kg Zucker, 250 Margarine und 200 kg Milch,

das dänische Rote Kreuz für Wiener Kinder 100 kg Lebertran, deutsche Schulkinder von Campe de Tenente, Brasilien, für Wiener Schulkinder 2 Pakete Lebensmittel,

die Töchter des Dichters Kremser für die städt. Sammlungen eine Anzahl Kompositionen Kremser in Handschrift,

Theodor Weiss, Regisseur d. deutschen Volkstheaters für die städt. Sammlungen ein Oelgemälde von ihm,

der Musikverlag Breitkopf und Härtel in Leipzig für die städt. Sammlungen die zweibändige Geschichte seines Hauses.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Geschäftsstücke Post Nr. 1 - 11, 13, 15 - 19 21 - 28 und 30 - 33 ohne Debatte als genehmigt zu gelten haben, da niemand zum Wort gemeldet sei.

Post Nr. 12 wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling: berichtet über den Ausbau von 4 Kabelanschlussfeldern und einer 3. Sammelschiene im Kraftwerke Engerthstrasse der städtischen Elektrizitätswerke mit einem Kostenaufwande von 4 1/2 Millionen Kronen.

GR. Deppler (chr.-sez.) will aus diesem Anlasse das Augenmerk auf die Vorgänge im Elektrizitätswerke richten und bringt einen Fall zur Kenntnis, dass ein dortselbst angestellter Arbeiter infolge eines Verbotes des Betriebsrates schon seit längerer Zeit seinen Dienst nicht versehen darf, weil er der Frontkämpfervereinigung angehört, und an der Frehnleichnamspredigten teilgenommen hat. Es müsse in diesem Punkte Klarheit geschaffen werden und er bitte daher den Vize-Bürgermeister um Aufklärung, was in dieser Hinsicht geschehen ist und was er zu tun gewillt ist, dass dieser Terrorismus behebend werde.

Vize-Bgm. Emmerling erklärt, er kenne den angeführten Fall nur aus den Zeitungen und könne daher ohne Kenntnis der Tatsache eine Erklärung nicht abgeben. Er werde aber nicht ermsagen, sobald er in der Lage sei, darüber Bericht zu erstatten. Die Verlage wird sodann angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling beantragt die Anschaffung von 6000 Stück Sommerblusen aus leichtem Wollstoff mit dem Betrage von rund 10 Millionen Kronen und von 6000 St. Zwilchhosen mit dem Betrage von 3,201.000 Kronen für die städtischen Strassenbahnen.

GR. Untermüller (chr.-sez.) findet es merkwürdig, dass die Sommermenturen erst Mitte Juli zur Bestellung gelangen, man wolle

jedenfalls durch das Hinausschieben der Bestellungsstermine an Menturen ersparen. Weiters urgiert Redner einen Bericht, von welchem Zeitpunkte an alle Linien der Strassenbahnen wieder bis zum Betriebschluss bis 11 Uhr geführt werden können, und ob die Besitzer von Streckenkarten auf solchen Linien nicht dadurch vor Schaden bewahrt werden könnten, dass ihre Karten auf den entsprechenden Nebenlinien Geltung hätten. Schliesslich bemängelt der Redner, dass anlässlich des Trachtenfestes am Sonntag und auch bei anderen Ablässen von Seiten der Strassenbahndirektion nicht genügend Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden seien. Die Strassenbahndirektion sollte es sich angelegen sein lassen, alle Möglichkeiten eines Verdienstes zu ergreifen.

Vize-Bgm. Emmerling sagt in seinem Schlusswort: Der Ausschuss habe sich schon in Frühjahr mit der Anschaffung der Dienstkleider beschäftigt, aber wegen des nachher beobachteten steten Preisfalles für Textilien die Kaufabgeschlossenheit mit einer gewissen Zurückhaltung bewirkt. Trotzdem ist ein Teil der Blusen, deren Ankauf heute beschlossen wird, schon in der Ausgabe begriffen. Der Bürgermeister habe dies gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates vernachlässigt. Bezüglich des Bahnhofsverkehrs wurde aus Zweckmässigkeitsgründen verfügt, dass die Wagen nicht wie bisher bei den einzelnen Bahnhöfen die Ankunft der Züge abwarten, sondern in gewissen Intervallen die ganze Linie befahren, damit Züge nicht schon vollbesetzt von den Bahnhöfen abfahren und unterwegs keine Passagiere mehr aufnehmen können. Zugverpätungen trägt die Strassenbahndirektion durch Beistellung von Ersatzwagen Vorsorge. Für den Nachtverkehr am letzten Sonntag wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen, doch ist es jedem einleuchtend, dass bei einem derartigen Massenandrang, wie er anlässlich des Trachtenfestes im Prater herrschte, ganz ausgeschlossen ist, den Verkehrsbedarf auch nur annähernd zu entsprechen. Diese Frage ge-

hört in das Kapitel des Grosstadtverkehrs, der in Wien daran krankt, dass zu seiner Bewältigung nur die Strassenbahn da ist, während in anderen Grosstädten Untergrund- und Hochbahnen den Hauptstrom aufnehmen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet sodann über die Festsetzung des höheren Gaspreises per 12 K per m³ im Verrechnungsabschnitte vom 21. Juni bis 5. August und erklärt, dass diese Preiserhöhung sich durch die Steigerung der Preise für Kohle, die zur Gänze aus dem Auslande bezogen wird, durch tarifarische Massnahmen und das anhaltende Sinken des Kronenkurses als unausweichlich ergebe. Der Stadtsenat sei davon abgekommen, den Gaspreis nachträglich zu bestimmen, weil sich aus diesem Vorgang Nachteile ergeben haben. Deswegen wird auch beantragt, für die folgenden Verrechnungsabschnitte den Stadtsenat die Ermächtigung zur Festsetzung der Preise in Ausmasse der s einerzeit vom Gemeinderat genehmigten Formel zu erteilen.

GR. Reth (chr.-sez.) sagt, dass die Gas- und Elektrizitätswerke aktiv seien und dass trotzdem die Preissteigerungen nicht aufhören, von denen besonders die rückwirkenden die Hausbesitzer stark treffen, da diese nicht die Möglichkeit haben, diese Erhöhungen rückwirkend für die Mieter einzurechnen.

GR. Grünbeck (chr.-sez.) erklärt, dass auch die Erhöhung der Gaspreise ab 21. Juni als rückwirkend bezeichnet werden muss; Redner erwartet, dass, beim Sinken der Kehlenpreise auch die Gaspreise herabgesetzt werden.

In seinem Schlussworte weist der Referent darauf hin, dass die Zahl der Konsumenten, die der rückwirkenden Zahlung nicht nachgekommen sind, sehr gering ist. Wenn das Betreten des Klageweges in diesem Falle Erfolg hat, so wird der Gemeinderat einen Beschluss fassen müssen, der denen, die die Rückwirkung bezahlt haben, entgegenkommt. Da es sich bei den städtischen Unternehmungen um viele Millionen Kronen handelt, so könne kein Mensch die Verantwortung dafür übernehmen wenn die Preisregelungen nicht rechtzeitig beantragt würden.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen. Die Posten Nr 36 - 40 werden ohne Debatte angenommen.

GR. Breczynski (sez.-dem.) beantragt, dem Wiener Dembauvereine eine ausserordentliche Subvention von 10.000 Kronen an Stelle der von ihm erbetenen Erhebung von der Abgabe der anlässlich eines geistlichen Konzertes in der Stefanskirche erwachsenen Lustbarkeitssteuer zu bewilligen.

GR. Retter (chr.-sez.) möchte diese Gelegenheit wieder benutzen um an die Gemeindeverwaltung den Appell zu richten, dem Dembauvereine zur Erhaltung des Stefandomes mit einer grösseren Summe beizustehen. Es handle sich hier nicht um den religiösen, sondern um den rein künstlerischen und wienerischen Standpunkt.

GR. Müller (sez.-dem.) erklärt, die Majorität sei bestrebt, Baudenkmäler zu erhalten und auch gerne gewillt, Geldmittel beizusteuern. Es gehe aber nicht an, immer wieder die Gemeinde Wien an die Beitragsleistung zu mahnen, während der Hauptinteressent, das Demkapitel seine Pflicht, das eigene Haus zu erhalten, vernachlässigt. Die Gemeinde Wien sei nach wie vor zur Leistung eines Teiles Erhaltungsarbeiten bereit, aber die Christlichsozialen sollten endlich energisch das Demkapitel vermassen, mit dem Geld herauszu rücken.

Der Referent bemerkt, dass die von ihm vorgeschlagenen 10.000 Kronen nicht die ganze Subvention darstellen, sondern es sei im letzten Budget ein Betrag von 60.000 Kronen eingestellt und die 10.000 Kronen gemäß einem Ansuchen des Dembauvereins als ordentliche Subvention bewilligt werden. Im übrigen habe GR. Kunschak in der letzten Sitzung des Finanzausschusses mit Bedauern konstatiert, dass jene Faktoren, die zur Erhaltung des Stefanadomes in erster Linie verpflichtet sind, diese Pflicht nicht erfüllen.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Zu Post 29 ist niemand zum Wort gemeldet, diese Post daher als genehmigt zu betrachten.

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet, über den Antrag auf Festsetzung einer Kleingarten- und Siedlungszone für Wien im Ausmaße von 11 Millionen m² und führt zur Begründung an, dass angesichts der Wohnungsnot und der Unmöglichkeit Hochbauten aufzuführen, die Errichtung von Flachbauten einen Ausweg darstelle, da die Kosten hierfür ungleich geringer sind.

GR. Biber (chr.-Soz.) bezeichnet den vorgelegten Siedlungsplan als Lückenheft unklar und zählt alle jene Punkte des Entwurfes auf, die nach seiner Auffassung einer Verbesserung oder radikalen Abänderung bedürfen. Die Christlichsozialen können dem Referate schon aus diesem Grunde nicht zustimmen, weil daraus nicht ersichtlich sei, inwieweit bestehende Privatrechte in Betracht gezogen werden sind.

Referent erwähnt in seinem Schlussworte, dass die Verlage keine ideale genannt werden können. Es musste aber vorgesorgt werden, schnell einen Plan vorzulegen, da die Regierung an einem bestimmten Tage ein baureifes Projekt haben will. Viele vom Gemeinderat B. als Nachteile bezeichnete Gründe sprechen für die ganze Aktion, viele dagegen. In der Verlage sieht man eben an, dass sie von der Not der Zeit diktiert ist, vielleicht aber doch die Möglichkeit beinhaltet, die Verderbung und Verbauung Wiens hintanzuhalten.

Bei der Abstimmung wird die Verlage genehmigt.

Nach dem Referate desselben Gemeinderates werden die Posten 45, 46, 48 ohne Debatte genehmigt.

Die Post-Nr. 44, 49, 50, 51, 52 und 53 werden ohne Wertmeldung angenommen.

Ebenso werden die beiden hundert-Stücke Post Nr. 34 und 35 ohne Wertmeldungen angenommen. Zu den Postnummern 41 und 42, sowie 54 liegen ebenfalls keine Wertmeldungen vor, dieselben erscheinen daher als angenommen.

GR. Dr. Tandler berichtet hierauf über die Verpflegskosten-erhöhung in den städtischen Kinderpflegsanstalten und in den städtischen Kindheimen, welche bis auf weiteres mit 90 Kronen pro Kind und Tag festgesetzt werden.

GR. Vaugein (chr.-Soz.) kommt bei diesem Referate auf die Angelegenheit Hirtenberg zu sprechen und gibt zu, dass er im Kabinettsrat gegen die Uebergabe der Anstalt an die Gemeinde protestiert habe u. zw. deshalb, weil, wie aus den Akten hervorgeht, zur Zeit als Dr. Julius Deutsch Staatssekretär für Heerwesen war, ein Vertrag besteht, dass die Militärerziehungsanstalt in Hirtenberg, für Weisen nach Militärpersonen erhalten bleiben müsse. Redner konnte daher als Minister nicht anders handeln, weil er durch ein Uebereinkommen gebunden war.

Referent Dr. Tandler erwidert hierauf, dass die Verhandlungen wegen Hirtenberg zwischen Minister Resch und ihm geführt worden seien, und dass es niemandem eingefallen sei, damals an die Klausel zu denken. Es wurde vereinbart, dass diese Anstalt von der Gemeinde für heilpädagogische Zwecke übernommen wird. Es hat auch eine Sitzung stattgefunden, in der der Vertreter des Ministeriums für Heerwesen dagegen Stellung genommen hat. Zur Uebernahme war alles bis ins kleinste vorbereitet und man setzte keinen Zweifel daran, dass die Verbringungen der Angelegenheit im Kabinettsrat mehr eine Formsache bedeute. Es musste daher Überraschend wirken, dass die Uebernahme dort glatt abgewiesen wurde. Wenn Dr. Deutsch sich zu jener Zeit in dem angegebenen Sinne geäußert hat, so sei nicht einzusehen, dass etwas was ein Minister einmal gemacht hat, auch von allen seinen Nachfolgern gemacht werden muss. Die staatliche Fürsorge würde eigentlich auch die Heilpädagogik umfassen. Die Gemeinde ist aber bestrebt, auf diesem Gebiete zu tun was ihr möglich ist, sie ist sogar darüber hinausgegangen. Die ganze Angelegenheit könne natürlich nicht parteipolitischen, sondern parteitaktischen Gründen entspringen. Beide Parteien des Gemeinderates haben sich für die Angelegenheit eingesetzt und die ganze Gemeinde steht heute vor dem Umstande, dass sie eine allgemein anerkannte Verpflichtung nicht durchführen kann. Zuerst legt das Land Niederösterreich Protest ein gegen die Veranzierung einer Anstalt und darauf folgt dann die vollkommene Entziehung dieser. Wenn der Herr Bundesminister Vaugein, schliesst Redner, uns diese Anstalt nicht gegeben hat, muss ich ihn bitten, in Verfolgung eines unter seiner Mitwirkung gefassten Beschlusses der Stadt Wien eine andere Anstalt zu bringen, dass er nur die Verfügung Deutsch einhalte und uns nicht hilft, geht nicht an.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

GR. Dr. Tandler beantragt die Verpflegsgelühren im städtischen Asyle am 1. Juni l. J. für vollständige Verpflegung auf 105 Kronen, für teilweise Verpflegung auf 80 K und für Nächtigung ohne Verköstigung auf 70 Kronen zu erhöhen.

GRin Gärtner (chr.-Soz.) führt darüber Klage, dass die zur Verwendung kommenden Mahlprodukte sich manchmal in einem nicht genussfähigen Zustande befunden haben.

GR. Dr. Tandler bemerkt in seinem Schlussworte, dass sich Gemeinderäte, die in der Lage sind, in den städtischen Anstalten öffentliche Kontrolle zu üben, davon überzeugen, dass die Kost im Asylhause gut sei. Dies beweise auch der Umstand, dass es sehr schwer sei, die Insassen des Asyls wieder von dort fortzubringen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Dr. Tandler berichtet über die Erhöhung der Arbeitsgelühren für Beerdigungen, bemerkt hierzu, dass auch hier die Verhältnisse so liegen, dass vor allem die besitzende Klasse zur Beitragleistung herangezogen werde. Die Besitzer von Gräbern, die schon viele Jahre in deren Besitz sind, sollen eine Preisermäßigung erhalten, so dass hauptsächlich die neuen Reichen betroffen werden.

GR. Retter (chr.-Soz.) findet die Erhöhung der Preise, da es sich nicht um Material, sondern ausschliesslich um Arbeitsleistung handle, viel zu hoch.

Der Referent verweist in seinem Schlusswort darauf, dass die neuen Gebühren auf Grund der Berechnungen des Magistrats festgesetzt werden sind, und man müsse doch den Besatzern der Stadt Wien das Vertrauen schenken, dass sie gerecht und unvoreingenommen handeln.

GR. Dr. Tandler (sez.-Dem.) berichtet über die Verschritten und Gebühren bei Durchführung von Privatdesinfektionen in Wien und bemerkt hierzu, dass nach dem Epidemiegesetz die Gemeinde Wien verpflichtet ist, nach Infektionskrankheiten die Desinfektion der in Betracht kommenden Räume kostenlos durchzuführen. Wenn also hier von einer Erhöhung der Privatdesinfektionsgebühren gesprochen werde, so bedeute das nicht eine Einschränkung der kostenlosen Desinfektion im Rahmen des Epidemiegesetzes, sondern um jene Fälle, die irgend ein Privatmann über das Epidemiegesetz hinaus verlangt.

GR. Grünbeck (chr.-sez.) dankt dem Referenten für seine Ausführungen, fürchtet aber, dass in kurzer Zeit die Gemeinde Wien sich ein eigenes Epidemiegesetz machen und dann die Bezahlung verlangen werde.

GR. Dr. Tandler erklärt die Befürchtung des Vordrängers für unbegründet, da das Epidemiegesetz ein Bundesgesetz sei, an dem weder die Gemeinde noch die Gemeinde als Landtag etwas ändern könne.

Der Referentenantrag wird sodann unverändert angenommen.

GR. Dr. Tandler referiert über die Bewilligung von 68455 K zur Bestreitung der Auslagen für die Haarpflege in den städtischen Versorgungsanstalten.

GR. Retter (chr.-sez.) fragt, ob mit diesen Arbeiten die Friseurmeister, die Steuer zahlen, betraut werden, oder ob sie die Gehilfen oder die anderen Strehmänner bekommen, die keine Steuern zahlen.

Nach einem Schlusswort des Referenten wird der Kredit bewilligt.

Derselbe Referent berichtet über die Erhöhung der Pflegegelder für die magistratischen Pflegekinder und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, die Pflegegelder im Ausmasse von 700 - 1300 Kronen wesentlich zu bemessen.

GRin Walter (chr.-sez.) bittet im Interesse der Pflinglinge möglichst viel den Höchstsatz von 1300 Kronen zu bewilligen.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird der Antrag angenommen.

GR. Dr. Tandler referiert über die Ueberlassung der Leichenhalle im Südwestfriedhof an der städt. Leichenbestattungsunternehmung gegen einen jährlichen Pachtschilling von 100000 Kronen.

GR. Rummelhardt (chr.-sez.) führt aus, dass dieser Antrag eine Monopolisierung der Leichenbestattung zum Nachteil der Bevölkerung beinhalte, da die städtische Leichenbestattung teurer arbeite, als die privaten Bestattungen, so dass 70 % von den Bestattungen von den privaten und nur 30 % von der städtischen Leichenbestattung durchgeführt werden. Um dieser Konkurrenz aufzukommen, greife man bis zum ungleichen Wettbewerbe, wogegen man auf das schärfste protestieren müsse. Redner bespricht weiter die Aus-

stattung der Aufbahrungshalle, in der z.B. die Zeichen der mohamedanischen und jüdischen Religionen auffallend und gross angebracht seien, während die Zeichen der katholischen Religion, von der doch die meisten begraben werden, ganz klein und fast nicht zu sehen angebracht sind.

GR. Untermüller (chr.-sez.) sagt, dass die Gemeinde hauptsächlich die geschäftliche Seite im Auge habe, die Verlage bedeute nur eine Monopolisierung für die städtischen Leichenbestattung und es scheint, dass diese Verlage jetzt noch rasch eingebracht werden sei, weil demnächst ein Gesetz über den ungleichen Wettbewerb erlassen werde. (Heiterkeit). Es stehen aber auch die Interessen der Angestellten und Arbeiter am Spiele, denn mit der Schädigung der privaten Leichenbestattungen, die dormalen 400 Arbeiter beschäftigen, werden auch viele Angestellte und Arbeiter betroffen. Vielleicht gehe man nur so ruhig darüber hinweg, weil die Angestellten der Privatunternehmungen nicht zur sozialdemokratischen Organisation gehören.

GR. Dr. Tandler: Soweit ich dieses Referat zu vertreten habe, was gegen meine Wirksamkeit ist, liegt mir nur ein Gedanke nahe, ich kann unmöglich zugeben, dass eine Stadt mit so schlechten Finanzen, eine Stadt, welche alles aufbieten muss, um ihre Wohlfahrtspflege halbwegs über Wasser zu halten, auch noch belastet werde, durch ein ungeheures Friedhofsdefizit. Gegenüber dem GR. Rummelhardt bemerkt der Referent bezüglich der äusseren Ausstattung der Leichenhalle, dass dieselbe mit einem ornamentalen Schmuck versehen sei, dessen Motive einen Halbmond, die gekreuzten Dreiecke und auch ein Kreuz gibt. Er wolle nicht verhehlen, dass man auf den ersten Anblick die zwischen 4 goldenen Feldern gelegene Kreuzfigur weniger auffällt, als die ebenfalls ornamental verwendeten Halbmonde mit dem Stern und die zwei gekreuzten Dreiecke. Dass es vielleicht auf den Zuschauer den Eindruck macht, als ob die Kreuzfigur in den Hintergrund gedrängt wäre. Wenn man aber die Sache etwas genauer ansieht, sieht man, dass es nicht so ist, denn die Hauptfigur des Ornamentes ist die Kreuzfigur. Ich habe keine Tendenz bemerkt, es handelt sich nicht um eine religiöse Angelegenheit, sondern um eine Architekturfrage. Bezüglich der Tarife muss ich aufmerksam machen, dass diese noch nicht festgesetzt sind, wird sind von dem Gedanken ausgegangen, dass wir den anderen Leichenbestattern einen Rabatt einräumen. Was die Befürchtung anbelangt, dass die Privatunternehmer nicht Platz finden, heisst es, dass die Priorität nach den Anmeldungen erfolgt.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Rummelhardt (chr.-sez.) begründet sodann seinen Dringlichkeitsantrag wegen Regelung der Bezüge der städtischen Pensionisten.

Dem Antrage wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

GR. Speiser (sez.-Dem.) führt hierzu aus: Es ist bekannt, dass mit dem Verband der städt. Angestellten und der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten und den Kollektivverträgern, bei den ersteren Lohnverhandlungen, bei der 3. Gruppe Verhandlungen wegen

der Pensionsbezüge stattfinden. Die Verhandlungen werden demnächst abgeschlossen und es wird auch eine Regulierung der Bezüge der Pensionisten stattfinden. Wir haben für die Dringlichkeit des Antrages gestimmt, was im Hause drüben in der Pensionistenfrage geschehen ist und was hier geschehen wird. Der Dringlichkeitsantrag kommt mir so vor, als wenn jemand am 19. September einen Dringlichkeitsantrag stellen wollte, dass am 21. September der Herbst anzufangen hat. Die städtischen Pensionsparteien sind auch jetzt noch besser gestellt, als die beim Staate. Ebenso bekannt ist und auch zugegeben, dass eine kleine Gruppe von städtischen Angestellten etwas höhere Bezüge hat, als wie beim Staate und zwar deswegen, weil wir keine Zwischangulierung haben wollten. Es muss daher gesagt werden, dass das ganze Gerede und das Geschrei der Christlichsozialen, die bei der Pensionistenfrage eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen erlauben, unwahr ist. Nach den Erklärungen des Finanzministers ist die Mitteilung, wonach den Pensionisten eine 100% Erhöhung ihrer Bezüge und der Feuerungszulage gesichert ist, und worauf jetzt jetzt Verschlüsse gegeben werden sollen, unwahr. Es ist ein Erlass hinausgegangen, der diese Nachricht nicht bestätigt, sondern das Gegenteil mitteilt. Diese Nachricht der Wiener Stimmen kann nur als eine Verhöhnung der Pensionisten bezeichnet werden, sie ist nichts anderes als ein Schindluderreiben mit den Pensionisten. Es handelt sich also nicht darum, dass der heutige Dringlichkeitsantrag notwendig wäre, um das Tempo im Rathaus in dieser Regulierungsfrage zu beschleunigen. Falls der Finanzminister den Führern der Regierungsparteien zugesichert haben sollte, dass die Wünsche der Pensionisten in dem Ausmasse erfüllt werden, wie sie der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag beinhaltet, so könnte dies nur begrüsst werden. Denn dann könnte sich städtischen Pensionsparteien das gegeben werden, was den Staatspensionisten im Nationalrate durch Christlichsoziale und Deutschnationalen verweigert wurde. Als vorläufiges Ergebnis der Verhandlungen in der Pensionistenfrage kann mitgeteilt werden: Wenn die geplante Regulierung der Bezüge der aktiven Angestellten im Sinne der Besoldungsreform des Bundes, über die wir gegenwärtig verhandeln, in Kraft treten wird, so verschwinden bei der Gemeinde Wien gleichzeitig alle Unterschiede zwischen Alt- und Neupensionisten. Es soll nämlich die Ruhegehälter und die Witwen- und Waisenbezüge so erhöht werden, dass sie den Ruhe- und Versorgungsgeldern nach dem künftigen Besoldungsschema entsprechen. Darüber hinaus will die Gemeinde als erste öffentliche Körperschaft den Versuch unternehmen, den gegenwärtig noch im aktiven Dienst stehenden Angestellten eine volle Beruhigung für die Gestaltung ihrer Zukunft dadurch zu bieten, dass eine automatische Angleichung der nunmehr festzusetzenden Pensions- und Versorgungsgeldern an künftige Veränderungen des Besoldungsschemas vorgelegt wird. Es werden also diese Angestellten jeweils je nach der Entwicklung der Geldwertverhältnisse - sei es nach oben, sei es nach unten - mit den aktiven Angestellten gleichen Schritt halten können.

Die geringe Zahl jener städtischen Pensionisten, die etwas

weniger gehabt haben, als die staatlichen Pensionisten werden an die anderen Pensionisten angeglichen, sie werden die notwendigen Nachzahlungen erhalten und zwar 15000 bis 36000 Pro Jahr. Damit werden die städtischen Bediensteten und insbesondere auch die Pensionisten alle den staatlichen Pensionisten voraus sein. Die von Nationalrat den Staatsangestellten verweigerte Automatik wird von der Gemeinde Wien trotz der durch den Krieg geschaffenen schlechten Verhältnisse durchgeführt werden. Wenn der Dringlichkeitsantrag des Herrn Rummelhardt angenommen würde, würden die städtischen Bediensteten bedeutend weniger erhalten, als das, was zwischen den städtischen Bedienstetenorganisationen und der Gemeinderatsmehrheit vereinbart wurde. Ich muss feststellen, dass die Gemeinderatsmehrheit über das hinaus geht, was der Liquidierungsantrag Rummelhardt verlangt, und dass hier geschehen wird, was drüben im Staate den Pensionisten verweigert worden ist. Ich kann auch schon heute mitteilen, dass auch eine Bevorschussung der städtischen Angestellten und Pensionisten auf die neuen Bezüge geleistet werden wird. Nach alledem kann ich dem Gemeinderat nur empfehlen, denn Dringlichkeitsantrag Rummelhardt als für die städtischen Bediensteten unzulänglich und schädlich abzulehnen. (Beifall und Heiterkeit bei der Mehrheit, zahlreiche Rufe: Eine solche Blamage war noch nicht da!)

GR. Rummelhardt (chr.-soz.) erklärt, wenn GR. Speiser heute so dick tun mit seiner Fürsorge für die Pensionisten, so hätte er schon längst Gelegenheit gehabt, seine schönen Pläne durchzuführen. Wiederholt habe die Minorität ihn aufgefordert, die Pensionistenvorlage einzubringen und er hat auch das bindende Versprechen gegeben, noch im Monate Juni damit herauszurücken. Wenn er erst heute damit erscheint, und für die Veräusserung allerlei Ausflüchte vorbringt, so ist das die reinste Demagogie. Den Christlichsozialen ihre Haltung in der Besoldungsreform, im Nationalrate hier vorzuwerfen, ist die reine Spiegelfechtereie, denn Herr Speiser hat als Referent vor nicht gar langer Zeit hier erklärt, dass es nicht angehe, die Besoldungsreform mit der Pensionistenfrage zu verquicken. (Hört, Hört bei den Christlichsozialen, zahlreiche Zwischenrufe auf der Gegenseite) und wahrscheinlich wird Herr Speiser in der Dienstsitzung des Gemeinderates die Erklärung abgegeben, dass die Pensionistenvorlage nur dann durchgeführt werden kann, wenn die Bundesregierung die 70%ige Beitragsleistung erstattet. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das sind doch wieder nur Beiträge aus den Steuerquellen Wiens.) Ich will nicht weiter auf meinen Antrag beharren und ziehe ihn deshalb zurück. (Stürmische Heiterkeit bei der Majorität und Zwischenrufe: Da haben Sie sich aber wieder einmal gründlich blamiert!)

GR. Bratner (deutschnat.) meldet sich zum Wort.

Vize-Bgm. Hoss: Aber es liegt ja gar kein Antrag mehr vor. Eine Debatte ist daher ausgeschlossen.

Vorsitzender GR. Rummelhardt hat seinen Dringlichkeitsantrag zurückgezogen, es entfällt daher jede weitere Debatte. Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung beschlossen, dem niederländischen Generalkonsul

Harry Jan van Reyen und Mae. Mary de Berdes in dankbarer Würdigung ihrer ausserordentlichen, erfolgreichen Betätigung im niederländischen Hilfskomitee für die Wiener Kinder die eiserne Salvatormedaille zu verleihen.

Von den Feuerwehren. Der freiwilligen Feuerwehr in Oberdöbling wurde anlässlich der Feier ihres 50jährigen Bestandes für ihre hervorragenden Verdienste auf dem Gebiete des Feuerlösch- und Rettungswesens vom Gemeinderat in vertraulicher Sitzung die vollste Anerkennung und der Dank ausgesprochen. - Den Mitgliedern dieser Feuerwehr

Hauptmann Adelf Michereli und Hauptmannstellvertreter Karl Otte wurde der Dank und die volle Anerkennung des Gemeinderates für mehr als 25jährige verdienstvolle Tätigkeit im Feuer- und Rettungsdienste und dem Lärchmeister Heinrich Stöhr der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates für mehr als 20jährige ehrenvolle Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuer- und Rettungsdienstes ausgesprochen. - Den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Penzig Ignaz Merawek, Franz Kirchner, Franz Liskay jun., Franz Pölzl, Robert Leis, Karl Hoffmann wurde der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates für ihre langjährige verdienstvolle Tätigkeit im freiwilligen Feuerwehr- und Rettungsdienste, den Mitgliedern Franz Liskay, Hugo Leontin, Karl Labbrechter, Johann Berger und Edmund Bestal der Dank und die volle Anerkennung der Dank und die volle Anerkennung des Gemeinderates für die mehr als 25jährige verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuer- und Rettungsdienstes ausgesprochen.

Dritte Kleingartenausstellung. Vom 8. bis 11. September findet im Rathaus die dritte Kleingartenausstellung statt. Da die beiden bisher stattgefundenen Kleingartenausstellungen ausserordentlichen Erfolg hatten, dürfte der dritten Kleingartenausstellung ein noch bedeutenderer Erfolg beschieden sein. Die Schrebergärtner werden daher im eigenen Interesse aufgefordert, sich recht zahlreich an der Ausstellung zu beteiligen. Auskünfte in der Kleingartenstelle 1, Parkring 8, Anmeldungen im Wege der Vereinsvertreter der Kleingarten- und Kleintierzüchtervereine an die Kleingartenstelle. Anmeldungen von Firmenausstellern an die Kleingartenstelle.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält Dienstag vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt Dienstag, 4 Uhr nachmittags, zu einer Sitzung zusammen.

Wiener Kinder nach San Pelagio. Nach langen Bemühungen ist es endlich gelungen mit der Neubesiedlung der Kinderpflegeanstalt von San Pelagio durch die Gemeinde Wien wieder zu beginnen. Das am Meeresgelage herrliche für skrophulöse und rachitische Kinder ganz besonders geeignete Heim war während des Kriegs verlassen. Nach dem Kriege haben die Italiener diese Anstalt kurze Zeit besetzt gehalten und sie auch zur Pflege ihrer eigenen Soldaten verwendet. In den Auseinandersetzungen über die Besitzverhältnisse von San Pelagio ist die italienische Regierung der Gemeinde Wien in ganz besonderer Weise entgegengekommen und hat in Ansehung des rein charitativen Charakters dieser Anstalt sie der Gemeinde zurückgegeben. Das Entgegenkommen der italienischen Regierung ist unsse begreifli-

cher, als die Anstalt in ihren Anfängen die Schöpfung einer Vereines ist, der sie der Gemeinde mit der Verpflichtung übergeben hat, dass sie auf immerwährende Zeit das Heim zu betreiben habe. Die italienische Regierung hat sich dabei ausbedungen, dass auch italienische Kinder verpflegt werden und es waren bisher ungefähr 100 italienische Kinder dort in Pflege. Nun öffnet die ganz ausgezeichnet erhaltene Anstalt, an der der Krieg fast spurlos verübergegangen ist, ihre gastlichen Pforten auch den Wiener Kindern. Die grosse Schwierigkeit der Neubesiedlung bestand vor allem darin, dass bei der Valutadifferenz zwischen dem italienischen und dem österreichischen Geld ein direkter Betrieb auf Kosten der Gemeinde ausgeschlossen ist. Durch die hochherzige Spende des American Joint Distribution Committee, das dem amtierenden Stadtrat Professor Tandler zum Zwecke der Inbetriebsetzung der Anstalt 300 000 K zur Verfügung gestellt hat, war wenigstens der Anfang zur Reaktivierung von San Pelagio gemacht. Hierzu kommt eine gleichgrosse Zuwendung, die Bürgermeister Reumann aus den ihm zur Verfügung stehenden Notstandsfond bereitstellte. Schliesslich hat auch Kardinal Piffl in dankenswerter Weise aus dem Katholikenfond die Verpflegung von 10 Kindern auf die Dauer von 3 Monaten übernommen. Eine genaue ärztliche Untersuchung und eine genaue soziale Überprüfung hat jene 40 Kinder ausgewählt, die bereits gestern Wien verlassen haben, um in San Pelagio Heilung zu finden. Sowohl die österreichischen als auch die italienischen Eisenbahnbehörden haben in überraschend entgegenkommender Weise dafür gesorgt, dass der Transport der 40 Kinder in möglichst angenehmer Weise vor sich geht. Amtierender Stadtrat Prof. Tandler hat sich über den Abgang des Zuges am Bahnhof eingefunden und sich von den getroffenen Massnahmen überzeugt. Wir wollen nur hoffen, dass diese Kinder wirklich in San Pelagio gesunden und wollen ebenso der Erwartung Ausdruck geben, dass sich Personen und Kooperationen finden mögen, die durch Zuweisung von grösseren Summen dem ersten Transport möglichst bald eine Fortsetzung ermöglichen.

Margarineabgabe. Vom 17. bis 23. Juni werden bei den städt. Fettabgabestellen 12 dkg Margarine zum Preis von 19.60 K gegen Abschnitt 253 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preis von 18.90 K.

Kleinhändlerpreis für Nestle Kindermehl. Der Magistrat hat den Kleinvertriebspreis für Nestle Kindermehl pro Dose zu 400 g Nettogewicht Inhalt mit 38.20 K für das Wiener Gemeindegebiet festgesetzt. Dieser Preis tritt sofort in Kraft.

Lehrerhausverein. Lebensmittelverkauf für die Mitglieder der Bezirke 1 bis 9 am 19. und 23. Juli, für die Mitglieder der Bezirke 10 bis 17 am 26., 28. und 30. Juli, für die Mitglieder der Bezirke 18 bis 21 am 2., 4. und 6. August, von 10 bis 12 Uhr.

Windex. 1, Bartensteingasse 13, 10, Sennwendgasse 36, 9 Nussdorferstrasse 6 und 7, Albertplatz 7 (hier nur nachmittags) Sonderverkauf von Wäschestoffen, Herren- und Damenwäsche, fertige Anzüge, Raglans, Wirkwaren etc.; 9, Burggasse 16, Anzüge nach Mass, Steffe und Zugehörige auf Teilzahlungen; 1 Stadiengasse Verkauf von Kakao 228 bis 276 K pro kg, Schweineschmalz, Parfümerien etc., täglich von 8 bis 3 Uhr; 8, Mariahilfstrasse 2, Fertige Schuhe für Herrn und Damen, Entgegennahme von Massbestellungen und Reparaturen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, Samstag, den 16. Juli 1921. - Abendausgabe.

Kommunale Auszeichnung. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung beschlossen, dem um viele Wohlfahrtsaktionen hochverdienten Philantropen Dr. Otto Glegau aus Newyork in dankbarer Würdigung seiner im Interesse Wiens entfalteten, überaus erfolgreichen, charitativen Tätigkeit die eiserne Salvatormedaille der Stadt Wien zu verleihen.

Wien, Montag, den 18. Juli 1921. - Abendausgabe

Die Bezugsregulierung der städtischen Angestellten. Der Gemeinderat hat erst am 11. März ein durchgreifende Regulierung der Bezüge der Verwaltungsangestellten der Gemeinde Wien vorgenommen. Vor ungefähr zwei Wochen hat der Verband der städtischen Angestellten der Gemeinde Wien neue Forderungen überreicht, die mit der fortschreitenden Geldentwertung begründet wurden. Es wurde eine 50%ige Erhöhung des derzeitigen Gehältes und Ortszuschlages, eine Erhöhung der Teuerungszulage von 33000 K auf 60000 K gegen Wegfall der Frauen- und -lassung der Kinderzulage im bisherigen Ausmasse und die sogenannte 100%ige Pension sowie die Gleichstellung der Alt- mit den Neupensionisten verlangt. Bei der Verhandlungen, die die Gemeindeverwaltung mit dem Verband führte, musste von dem Gesichtspunkte ausgegangen werden, dass die Gemeinde, der die entsprechenden Steuerquellen nicht zur Verfügung stehen, ohne den Beitrag des Bundes keine oder keine wesentlichen Erhöhungen vornehmen könnte. Nun ist aber schon nach der bisherigen Praxis und auch in dem von der Regierung im Nationalrat eingebrachten Gesetze die Beitragsleistung des Bundes zum Personalaufwand der Länder und Gemeinden davon abhängig, daß die autonomen Körperschaften keine höheren Zuweisungen an ihre Angestellten machen, als sie der Bund seinen Angestellten zukommen lässt. Die Gemeinde musste daher die Forderungen des Verbandes möglichst in Einklang mit den Bestimmungen der neuen Besoldungsordnung des Bundes bringen. Da der Bund nur eine Teuerungszulage von 54000 K bewilligte, konnte auch die Gemeinde nicht mehr geben. Ebenso konnte die Forderung des Verbandes nach einer 50%igen Erhöhung der derzeitigen Bezüge an Gehalts- und Ortszuschlag nicht bewilligt werden, da die Bundesangestellten nur eine rund 40%ige Erhöhung der derzeitigen Bezüge erhalten. Im Einvernehmen mit dem Verbande der städtischen Angestellten wurde daher ein neues Gehaltsschema ausgearbeitet, das im Wesen den städtischen Angestellten jene Bezüge sichert, die Bundesangestellten erhalten. Eine vom Bunde verschiedene Regelung wurde bei den Familienzulagen vorgenommen. Die Bundesangestellten erhalten nämlich für die Frau und jedes Kind je 6000 K, während die Gemeindeangestellten dem Wunsch des Verbandes entsprechend 6000 K jährlich ohne Rücksicht auf den Familienstand erhalten. Für das erste Kind entfällt jede Zulage, während für die übrigen Kinder je 4200 K jährlich gegeben werden. Nach dem neuen Gehaltsschema setzt sich der Bezüge eines Verwaltungsangestellten der Gemeinde Wien in der niedersten Bezugsklasse und -Stufe nunmehr aus 22000 K Gehalt und 54000 K Teuerungszulage, 6000 K Zulage und für das zweite und jede folgende Kind je 4200 K zusammen. In der sechsten Bezugsklasse niederste Stufe beträgt der Gehalt 60000 K, wozu wieder 54000 K Teuerungszulage und die bereits angeführten Zulagen kommen. In dieser Bezugsklasse, die fünf Bezugsstufen umfasst, steigt der Gehalt in der fünften Stufe auf 74400 K, wozu noch 54000 K Teuerungszulage und die übrigen Zulagen kommen. In der dritten Bezugsklasse niederste Stufe beträgt das Gehalt 132.000 K und die Teuerungszulage ebenfalls 54000 K. Auch hier sind die anderen Zulagen gleich hoch. In der ersten Bezugsklasse sind vier Bezugsstufen vorgesehen, wobei die niederste mit einem Gehalt von 252000 K und die höchste mit einem Gehalt von 324000 K eingesetzt ist, wozu die Teuerungszulage von je 54.000 K und die übrigen Zulagen kommen.

Eine ganz bedeutende Besserstellung wurde den Pensionisten gewährt. Während der Bund nur Verschüsse seinen Pensionisten gibt, regelt die Gemeinde Wien die Pensionistenfrage im Sinne der Forderungen des Verbandes. Diese Regelung soll für die Neupensionisten, wovon unter alle Angestellten zu verstehen sind, die am 1. März 1921 in Pension gegangen sind, derart geschehen, dass ihre Ruhebezüge, sowie die Versorgungsgenüsse ihrer Hinterbliebenen nach dem vollen neuen Gehaltsbezüge bemessen werden. Ausserdem soll ihnen die Zusicherung gegeben werden, dass sie auch im Ruhestande an den künftigen Bezugsregelungen der aktiven Angestellten teilnehmen. Die sogenannten Altpensionisten sowie ihren Hinterbliebenen werden den Neupensionisten in den Gehaltsbezüge vollkommen gleichgestellt, so dass ein Unterschied nicht mehr besteht. Nach dieser Regulierung betragen die Bezüge eines Gemeindepensionisten in der niedersten Bezugsklasse 51.000 Kronen wozu noch 6000 Zulage und ausserdem 4200 K für jedes Kind mit Ausnahme des ersten jährlich kommen. In der ersten Bezugsklasse beträgt die Pension 270000 K jährlich, wozu noch die erwähnten Zulagen kommen.

Die Witwen erhalten Pensionsbeträge von 25500 bis 135000 K jährlich, wozu noch die Kinderzulagen wie bei den aktiven Angestellten kommen.

Der Magistrat wird weiter beauftragt, Anträge vorzubereiten, damit bis längstens 31. Dezember 1921 die Krankenversicherung der städtischen Verwaltungsangestellten und Lehrpersonen in Wirksamkeit treten kann.

Im Personalausschuss berichtete heute Stadtrat Speiser über diese Verlage und teilte mit, dass der Gemeinde durch diese Regulierung für die aktiven Angestellten 393.6 Millionen K, für die Pensionisten 90 Millionen K, also 483.6 Millionen K jährlich Mehrausgaben erwachsen.

In der gleichen Sitzung wurden auch die Zuwendungen für die Pensionisten, die den Kollektivverträgen unterstehen, beschlossen. Bisher betrug die Zuwendung für diese Pensionisten 1000 K monatlich, für Witwen 600 K und für Waisen 300 K. Diese Beträge werden rückwirkend vom 1. März 1921 verdoppelt und die sofortige Nachzahlung von 5000 K für die Pensionisten, 3000 K für die Witwen und 2000 K für die Waisen beschlossen.

Sowohl die Bezugsregulierung der Aktiven als auch die Erhöhung der Pensionen haben rückwirkend vom 1. März 1921 an Geltung.

Dienstag vermittags wird sich der Stadtsenat, nachmittags der Gemeinderat mit der Verlage beschäftigen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien Montag, den 18. Juli 1921.

Geldene Hochzeiter. Vergangene Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den Ehepaaren Johann und Katharina Bieder, Wien 7, und Franz und Josefa Galeppi, Wien 5, anlässlich der Feier der goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Ein wichtige Verfügung des Volksbildungsamtes. Wie uns mitgeteilt wird, hat das Volksbildungsamt seinen Referenten Oberbaurat Witt zur Volksschulwoche nach Feldkirch entsendet. Die Reise wird im Sinne einer Vereinbarung des Bundesministeriums für Unterricht mit dem Bundesministerium für Handel und Gewerbe gleichzeitig dazu benützt, um zunächst in den westlichen Alpenländern die Organisation der Volksbildungsarbeit modernster Richtung mit Hilfe der Länder in die Wege zu leiten. In Salzburg traten hervorragenden Schulmänner für die Mitarbeit in Form von Arbeitsgemeinschaften ein.

Titelverleihung. Der mit der Leitung des Unterrichtsamtes betraute Vizekanzler hat dem Oberlehrer der Mädchenvolksschule Löwengasse 12b Anton Weiss den Titel Direktor und der Volksschullehrerin an dieser Schule Regine Bayer den Titel Oberlehrerin verliehen. Die Ausgezeichneten sind in der Lehrerschaft wegen ihrer erfolgreichen Tätigkeit im Dienste der Schulreform allgemein bekannt. Der Stadtsenat hat den Rechnungsräten Oskar Tiltch und Ludwig Hinterberger den Titel Oberrechnungsrat und die Bezüge der ersten Stufe der dritten Bezugsklasse verliehen.

Anbetsverhandlung. Zur Vergebung der Lieferung von ca 15000 Stück Zählerblättern findet Mittwoch, den 20. ds 10 Uhr vormittags bei der Direktion der städt. Elektrizitätswerke eine öffentliche schriftliche Anbetsverhandlung statt.

Anton Winkler-Stiftung. Am 4. September gelangen die Interessen der Anton Winkler Stiftung im Betrag von 856K25h an einen mit Kindern gesegneten, verarmten, nach Wien zuständigen Familienvater, der in Wien weohnhaft und von tadellosem moralischem Lebenswandel ist, zur Verteilung. Geushe bis längstens 20. August an die Kanzlei der Bezirksverwaltung des 7. Bezirkes, Hermannsgasse 24/28.

Der Landesverband Wien der Kriegsinvaliden. Der Landesverband Wien des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen Oesterreichs, der der geistige Urheber des grossen Festes am 3. Juli „Wien für die Kinder der Kriegseppfer“ war, ersucht um Aufnahme der folgenden Notiz:

Die Funktionäre der Gemeinde Wien haben sich, als der Verband an sie wegen Unterstützung dieser Aktion herantrat, sofort bereit erklärt, diese dem Verbands zu gewähren, da dieser die einzige von allen Ministerien und Behörden anerkannt Invaliden- und Hinterbliebenenvertretung ist und auch in alle Kommissionen und Kuratorien etc., die sich mit deren Angelegenheiten befassen, seine Funktionäre entsendet. Ausser dem Landesverband Wien gibt es noch einige kleinere Invalidenverbände, die sich bemühen, in der Öffentlichkeit dieselbe Stellung einzunehmen, wie dieser. Um ihr Ziel zu erreichen, wenden sie alle möglichen Mittel an, wie z.B. ähnlich klingende Namen, ferner machen sie die Drucksorten des Landesverbandes nach. An erster Stelle steht hierbei die Reichsvereinigung der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen. Dieser Verband hat seinen Namen Zentralrat, als derselbe in der Öffentlichkeit sich keines guten Rufes erfreute, in Reichsvereinigung umgeändert. Diese Organisation bemüht sich, alle Aktionen, die der Landesverband unternimmt, nachzumachen. Derzeit machen einige Leute der Reichsvereinigung einige grosse Veranstaltungen, angeblich zu Gunsten des Blindenheimes 13, Baumgarten 1-79 und werden die Karten hiezu zum Grossteil ohne Preisaufdruck ausgegeben, so dass die Vertreter Preise verlangen, wie es ihnen gut dünkt und auch Ueberzahlungen entgegennehmen. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die zu den vom Landesverband Wien gemachten Veranstaltungen zur Verkeufe gebrachten Karten mit dem genauen Preisaufdruck versehen sind und dass keinerlei Ueberzahlungen entgegengenommen werden dürfen. Zum Schlusse werden die Leser dieser Zeilen noch ersucht, sich bei eventuellen Versprechen von Funktionären eines Invalidenverbandes telephonisch (31238) beim Landesverband anzufragen, ob diese auch berechtigt sind, im Namen der Invaliden- und Hinterbliebenen Wiens verzusprechen.

.....

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien Dienstag, den 19. Juli 1921.

Entfallende Sprechstunde. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt
Dienstag die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Speiser.

Die Marktamtsdirektion teilt mit:
Die Verlegung der Abendgemüsegressmärkte. Anlässlich der vom Magi-
strat verfügten Verlegung der preisveränderlichen Abendgemüsegressmärkte
auf den Heu- und Treibmarkt im 5. Bezirk versucht ein Teil der Gärtn-
ner vom 11. Bezirk, dem diese Verlegung wegen der angeblich zu gros-
sen Entfernung nicht genehm ist, die anderen Gärtnern durch Ausstreu-
ung unwahrer Nachrichten vom Beziehen aller Wiener Märkte abzuhal-
ten, um die Aufhebung der Magistratsverordnung zu erzwingen. So wird
gesagt, dass die Gärtnern weder auf den Naschmarkt, dessen oberer Teil
verkauft werden wäre, noch auf die anderen Märkte fahrendürfen, son-
dern nur den neuen Markt im 5. Bezirk beziehen dürfen. Einige diese
und andere Mitteilungen sind falsch. Den Gärtnern ist das Beziehen
aller Wiener Märkte nach wie vor erlaubt, auch bleiben alle
übrigen preisveränderlichen Abendgemüsegressmärkte wie bisher aufrecht.
Es erfolgte nur die Verlegung der Märkte vom 11. Bezirk in den 5.
Bezirk. Gegen das Verbreiten falscher Nachrichten wird im Sinne des
§ 16 der Preistreibereiverordnung vorgegangen, wonach die Schuldtra-
genden Arreststrafen bis zu drei Monaten zu gewärtigen haben.

Beihen für Mindestbemittelte. In der 170. Aktienscheine erhalten die
Besitzer resafarbiger Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch pro Per-
son 1/2 kg Beihen zum Preise von 2.90 K gegen Abtrennung des Ab-
schnittes 10 in den Geschäften der Gressschlächtereien: Freitag, den
22. ds. A - F, Dienstag, den 26. ds. G - K, Freitag, den 29. ds.
L - R, Dienstag, den 2. August S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und
öffentlichen Speisestellen wird pro Person 1/8 kg Beihen, an die er-
steren um 2.90 K, an die letzteren unentgeltlich, abgegeben.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 19. Juli 1921.

Vorsitzender GR. Weigl eröffnet die Sitzung

Gespendet haben: Julius Pellek für die Armen Wiens 2000 K,

Erwin Weiss für die Armen Wiens 500 K,

Julius Wassertrüdingen für die Armen Wiens 200 K,

Dr. Karl Seckanderl für die Armen des 13. Bez. 500 K,

Willy Weigel für die Wiener Kinderhilfe 200 Mark.

STR. Kekrd (Sezdem) berichtet über die Bewilligung eines
Zuschusskredites von 303.000 K für die Fernspreckgebühren und von
750.000 K für den Aktenzustellungsdiens zwischen den Aemtern für
das Verwaltungsjahr 1920/21.

Die Anträge werden genehmigt.

GR. Alt (Sezdem) referiert über den Mietvertrag der Gemeinde
mit der Heeresverwaltung bezüglich der Sinneringer Heide, wonach
der letzteren der südlich der Laaerstrasse gelegene Teil der Befes-
tigungsanlagen auf dem Laaerexerzierplatz bis 31. Dezember 1929 zu
einem Zins von 18 h pro Quadratmeter überlassen werden, wogegen die

Heeresverwaltung auf ihr Benützungsgerecht auf der Sinneringer Heide
mit Ausnahme der für den Sportplatz in Anspruch genommenen Flächen
verzichtet.

Die Verlage wird genehmigt.

GR. Lötsch (Sezdem) berichtet über die Vermietung von Teilen
des ehemaligen Infektionsspitales in der Engerthstrasse an das Lan-
desgendarmariekommando.

Die Anträge werden genehmigt.

GR. Lötsch (Sezdem) berichtet über die Regelung der Bestands-
verhältnisse in der Krieau. Die Gemeinde verpachtet an den Wiener
Trabrennverein ungefähr 147000 Quadratmeter und die als Wagenstand-
platz in Bestand gegebenen 5300 Quadratmeter zur Abhaltung von Trab-
rennen und sonstigen Vereinszwecken vom 1. Jänner 1921 bis 31. Dezember
1945. Der jährliche Pachtzins beträgt 300.000 K. Ab 1. Jänner 1922
wird die zu entrichtende Zahlung nach dem Stande der österreichischen
Krone zum Schweizer Franken derart ermittelt, dass sich die
Zahlung im gleichen Verhältnisse erhöht oder erniedrigt, als sich die
Krone erhöht oder erniedrigt. Wegen Erneuerung des Pachtverhältnis-
ses erklärt sich die Gemeinde bereit, zwei Jahre vor Ablauf dieses
in neue Verhandlungen zu treten.

GR. Untermüller (christlsez.) sagt, dass solche Verlagen
früher den Gemeinderäten zum Studium unterbreitet werden sollten.

Der Referent erwidert, dass die Angelegenheit in dem betref-
fenden Ausschüssen sehr eingehend beraten wurde, dem Stadtsenat aber
erst heute vermittags vorgelegt werden konnte.

Die Referentenanträge werden angenommen.

StR. Speiser referiert über den Vertrag mit der Zentralerga-
nisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten hin-
sichtlich des Küchenpersonales der Strassenbahn und beantragt, den
Vertrag zu genehmigen.

Der Vertrag wird bei der Abstimmung genehmigt.

StR. Speiser (Sezdem) berichtet über die Auszahlung der Dienst-
bezüge der Angestellten bei den ungarischen Tagbauern der Braunkohlen-
bergbaugewerkschaft in ungarischer Währung, denen bis zur endgilti-
gen Einverleibung des westungarischen Burgenlandes die Dienstbezüge
und Ueberstundenentlohnungen ab 1. März 1921 mit einem 15%igen Ab-
zug ausbezahlt werden sollen.

Die Anträge werden genehmigt.

StR. Speiser referiert über die Regelung der Bezüge der städti-
schen Angestellten, über die Gewährung von Verschüssen auf diese Re-
gelung für die aktiven Angestellten und Pensionsparteien und für die
Pensionsparteien aus dem Stande der Kollektivvertragsbediensteten
und über die Abänderung der Verschrift über die Aufwandsgebühren der
Angestellten der Gemeinde:

Obwohl der Gemeinderat erst am 11. März 1921 eine durchgreifende Regelung der Bezüge der Verwaltungsangestellten der Gemeinde vorgenommen hat, ergibt sich abermals die Notwendigkeit, in dem Prozesse der Angleichung der Bezüge der öffentlichen Angestellten an die derzeitigen Geldverhältnisse einen Schritt vorwärts zu tun. Durch die Bindung an das Vorgehen des Bundes ist die Gemeinde diesbezüglich nicht vollkommen frei in ihren Entschlüssen und doch muss zugegeben werden, dass diese Bindung für die Gewerkschaft der Verwaltungsangestellten eine Belastung beinhaltet, weil sie zwar den Verhandlungen des Bundes mit seinen Angestellten nicht beigegeben wird, wohl aber an die Ergebnisse dieser Verhandlungen zum Grosse teil gebunden ist. Allerdings ist auch die Bedingung der Gleichmässigkeit der Besoldung die der Bund für seine Beitragsleistung setzt, begreiflich. Gleichwohl kann der derzeitige Zustand weder die Gemeinde noch ihre Angestellten befriedigen und beide werden es nur sehr begrüssen wenn der Beitrag des Bundes zum Personalaufwand durch eine entsprechende Zuweisung von Abgaben an die Gemeinde ersetzt wird. Dass dies derzeit noch nicht möglich ist, ergibt sich aus der bedauerlichen Tatsache, dass bei der derzeitigen traurigen Finanzlage, insbesondere des Bundes, alle verfügbaren Steuerquellen nicht ausreichen, um das Defizit im Haushalte des Bundes sowie der Länder und Gemeinden zu bannen und dass vielmehr diesen gemeinsam noch die Notenpresse helfen muss. Diese erwähnte Bindung hat sich bei der verliegenden Regulierung als besonders hemmend erwiesen. Der Verband der städtischen Angestellten hat nämlich die Erklärung abgegeben, dass er sich der Besoldungsreform des Bundes nicht anschliessen kann. Er führte hierbei insbesondere die in dem jetzigen Besoldungssystem der Gemeinde gewährleistete Zeitverrückung als Vorteil an, dem in der Besoldungsreform des Bundes kein entsprechendes Äquivalent gegenüberstehe. Aber auch vom Standpunkt der Gemeinde wäre die Besoldungsreform des Bundes keinesfalls als Verbesserung anzusehen. Die Gemeinde hat es bisher vermieden, den vom Bund vorgezeichneten Weg mitzugehen und sich so die Möglichkeit offen gelassen, im Einverständnis mit dem Verband der städtischen Angestellten eine andere Regelung zu finden, die den Wünschen der Angestellten mindestens ebenso entspricht wie die Besoldungsreform des Bundes.

Der Referent bespricht dann die Einzelheiten der Forderungen des Verbandes der städtischen Verwaltungsbeamten und die darüber geführten Verhandlungen als deren Ergebnis die Vorläge anzusehen ist.

Der Referent fährt dann fort: Ich komme nunmehr zur Bedeckung. Ich habe bereits früher ausgeführt, dass die Gemeinde sich selbstverständlich vorbehalten muss, den auf sie entfallenden Anteil an den Zusatzen in Zukunft durch Steuern zu bedecken. Im Uebrigen ist es sie auf Grund der bisherigen Übung und des Gesetzentwurfes, den die Bundesregierung vor einigen Tagen im Nationalrate eingebracht hat, berechtigt, vom Bundes 70%igen Beitrag für die Aktiven und den 50%igen Beitrag für die Pensionisten zu verlangen. Diese Beiträge wurden bisher nur für die Aktiven Angestellten gegeben, und zwar in Ausmasse von 70% des Mehrbezuges über jene Bezüge, die die Angestellte am 31. Dezember 1919 hatten. Zu diesen Bezügen - der Einfachheit halber Grundbezüge genannt - haben wir die einen Beitrag des Bundes gehabt. Desgleichen zahlte uns der Bund nie einen Beitrag für die Pensionisten. Erst durch das neue Finanzgesetz soll der Bund für Wien 70% des Gesamtpersonalaufwandes für die Aktiven, also einschliesslich der Grundbezüge leisten und überdies 50% zum Gesamtaufwande für die

die Pensionisten beitragen. Diese Beitragsleistung stellt sich als eine einstweilige Regelung hinsichtlich der finanziellen Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern dar und ist nur deshalb notwendig, weil es nach der Meinung des Bundes derzeit unmöglich wäre, sowohl des Bundes- als auch die Länderdefizite nur durch Steuern zu bedecken. Diese Steuerdecke reicht nämlich beim Bundes sowie bei den Ländern nicht voll aus, so dass der Rest durch die Notenpresse gedeckt werden muss. Es ist also keineswegs eine Wohltat des Bundes, die in dieser Beitragsleistung gelegen wäre, sondern lediglich ein Entgelt für die sonst den Ländern zu überlassenden Steuerquellen. Infolgedessen hat auch der Ministerrat beschlossen, dass den Ländern für das Jahr 1921 die Ueberweisung nicht mehr im bisherigen Ausmasse, sondern entsprechend den Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes vorschussweise ausbezahlt werden sollen. Hiernach sollen die Länder den 70%igen Beitrag für den Gesamtaufwand für die aktiven Angestellten und den 50%igen Beitrag für die Gesamtausgaben für die Personen vom 1. Jänner 1921 rückwirkend erhalten. Tatsächlich wurde auch der Gemeinde Wien bereits vor mehreren Tagen sowie den anderen Ländern diese Zusage vom Finanzministerium gemacht.

Da nun eine Aeusserung des Finanzministeriums über die Beitragsleistung die gegenwärtige Vorlage höchst unvollständig wäre, haben wir mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen heute vormittags das Einvernehmen gepflogen. Gestern hat der Magistratsdirektor mit den in Betracht kommenden Abteilungscheffs des Finanzministeriums gesprochen und ihnen das neue Gehaltsschema der Gemeindeangestellten sowie die Anträge bezüglich der Pensionisten vorgelegt. Hierbei wird der Vertreter des Finanzministeriums auf die Unterschiede hin, die zwischen unserer Vorlage gegenüber der Besoldungsordnung und der Regelung der Pensionistenfrage beim Bundes bestehen. Die erstrecken sich insbesondere auf die Bezüge der leitenden Magistratsbeamten, deren Bezüge nach Angabe der Vertreter des Bundesministeriums höher sind, als die der entsprechenden Kategorien der Bundesangestellten.

Die Ueberprüfung dieser Behauptung ist für uns sehr schwierig, zumal dort auch besondere Verhältnisse bestehen, das ist im Wesen die Hypertrophie der Hofräte und der sonstigen höheren Beamten. Die Beamten, die derzeit im Hofratsrange stehen, werden auch nach diesem Rang überführt, schon in eine höhere Kategorie als es bei uns der Fall sein wird. Ausserdem wurden uns auch verschiedene Ansätze im dem Zeitverrückungsschema beanstandet, weil sie für die Gemeindeangestellten zu günstig seien, wobei allerdings zugegeben werden musste, dass in gewissen Positionen die Gemeindeangestellten wieder etwas ungünstiger daren sind. Die letzteren Verschiedenheiten ergeben sich daraus, dass im Einverständnis mit dem Verband der städtischen Angestellten von uns nicht auch das Besoldungssystem des Bundes übernommen wurde, sondern dass wir bei dem Bezugsklassenschema geblieben sind. Infolgedessen ist eine völlige Uebereinstimmung aller Ansätze unmöglich. Hingegen haben wir getrachtet, die niedersten Bezüge der einzelnen Gruppen tualichst in Uebereinstimmung zu zu bringen und auch insoferne der Spannung, die der Bund zwischen den höchsten und niedersten Bezügen festgesetzt hat, Rechnung getzogen, als der höchste von den Akademikern im Wege der Zeitverrückung erreichbare Bezug genau doppelt so hoch ist wie dieser Bezug beim Angestellten der letzten Kategorie. Bei den leitenden Beamten allerdings mussten wir darauf Rücksicht nehmen, dass auf ihren Schultern schliesslich die grösste Verantwortung ruht und dass nur dann, wenn sie ihre Pflicht voll erfüllen, der ganze Verwaltungsorganismus richtiggehen kann.

Und wenn diese Bezüge auch wirklich höher sind, als die der gleichen Beamtenscategory beim Bunde, so darf nicht übersehen werden, dass wir bei der Gemeinde bereits seit ungefähr Jahresfrist den Personalabbau bis auf das unumgänglich notwendige Personal betreiben, während beim Bunde ein solcher Abbau noch nicht vorgenommen wurde, vielmehr noch immer jener unbedingt, insbesondere in manchen Verwaltungszweigen, bestehende und aus dem Zerfall der Monarchie sich ergebende Überflusses von Angestellten weiter besteht. Es ist selbstverständlich ein Ding der Unmöglichkeit, einen bereits nahezu vollkommen ökonomisch geführten Betrieb mit einem Betriebe zu vergleichen, dessen Ökonomie viel zu wünschen übrig lässt. Ich will keineswegs die Leistungen der Staatsangestellten herabsetzen, wie insbesondere in gewissen Verwaltungszweigen ganz hervorragendes tüchtiges leisten. Ich muss aber doch pflichtgemäss feststellen, dass im Gemeindedienste wohl fast alle Angestellte schon voll beschäftigt sind, dass jedenfalls aber die Oasen des Dolce far niente bei der Gemeinde beseitigt wurden. Ich weise nur darauf hin, dass der grössere Teil der Verwaltungsangestellten bereits regelmässig Überstunden verrichtet, so dass von einer durchschnittlich sechstündigen Arbeitszeit nicht mehr ~~die~~ geredet werden kann, während es beim Bunde immer hin noch Aemter gibt, in denen die 5 stündige (Statthalterei, Landesregierung) ja sogar die 4 1/2 stündige (Universitätsbibliothek) Arbeitszeit Regel ist. Dass es beim Bunde zu viele Hofräte gibt, pfeifen in Wien die Spatzen am Dach.

Und nun komme ich heute auf die Strafen, die der Bundesminister für Finanzen über die Gemeinde Wien zu verhängen für gut befunden hat. Zwar konnte er seinen ursprünglichen Standpunkt, den Bundesbeitrag infolge der Mehrbezüge einiger weniger höherer Beamter überhaupt zu streichen, doch nicht aufrecht erhalten und musste zugebilligen, dass er uns 70% zu dem Mehraufwande aus der vorliegenden Regulierung für die Aktiven beisteuert, jedoch mit der Beschränkung, dass das von Ministerium behauptete Plus beider Oberstellen zur Gänze von der Gemeinde zu tragen ist. Diese Verpflichtung übernehmen wir selbstverständlich sofort. Der Minister hat aber an dieser Strafe nicht genug gehabt. Es hat vielmehr beschlossen, der Gemeinde auch jenen Beitrag zu streichen, den er allen übrigen, offenbar folgbarer Ländern verschussweise zuwendet, u. zw. die 70% von den gesamten Bezügen der aktiven Angestellten für das ganze Jahr 1921, also aller Bezüge für die aktiven, einschliesslich der früher bezeichneten Grundbezüge. Wen ich mitteile, dass die Differenz rund 350 Millionen Kronen für das Jahr beträgt, werden Sie ermessen, wie hart die Strafe ist. Noch krasser aber liegen die Verhältnisse bei den Pensionisten. Bei diesen will er lediglich 50% jener Verschüsse bewilligen, die sich aus den staatlichen Verschüssen bei der Anwendung auf die Gemeindebediensteten ergibt. Er macht hierbei unseren heutigen Beschluss von seinem Standpunkt aus unwirksam. Er geht aber noch weiter und verweigert der Gemeinde auch den 50%igen Beitrag zu den Gesamtpensionsbezügen für das Jahr 1921, den die übrigen Länder bereits im Sinne des bereits früher erwähnten Kabinettsbeschlusses bereits zugebilligt erhalten haben, und der auch der Gemeinde Wien im Sinne der gepflegten Abmachungen zugekommen wäre, wenn sie brav geblieben wäre und sich nicht herausgenommen hätte, ihren Pensionisten das zuzuwenden, was nach übereinstimmender Meinung sämtlicher Parteien des Gemeinderates ihnen zukommen hat. Dieser letztere Entgang allein macht für die Gemeinde etwa 113 Millionen Kronen jährlich aus. Dazu kommt noch jene Mehrausgabe die den heutigen Beschlüssen für die Pensionisten entspricht, und die der Bund bloss mit 50% seiner Verschüsse honoriert.

Nach dieser Sachlage bleibt für die Gemeinde Wien kein anderer Ausweg, als diesen Entgang durch Steuern zu decken. Wenn wir wie es zu erwarten schien, diese Beiträge wie allen anderen Ländern erhalten hätten, so wären wir in der Lage gewesen, die Umladung der auf die Gemeinde selbst entfallenden Beträge in Steuern auf längere Zeit zu vermeiden. Nunmehr aber ist dies unmöglich geworden und die Gemeinde Wien wird schon in aller nächster Zeit genötigt sein, jene Steuerquelle wieder aufzugreifen, die sie mit Rücksicht auf das Finanzgesetz des Bundes und die daraus sich ergebende Bindung zurückgestellt hat. Ob mit dieser Lösung der Herr Finanzminister einverstanden sein wird, wird sich ja zeigen.

Auf jeden Fall werden wir, die autonome Gemeinde Wien zu beweisen haben, dass wir uns nicht schlechter behandeln lassen, als andere Länder, denen der Finanzminister Grimm Zuschüsse gibt, die er uns verweigert. Wir werden es nicht den Pensionisten entgelten lassen, deswegen weil der Finanzminister findet, dass wir als Gemeinde nicht einen Schritt vorn sein dürfen. Wir werden dem Finanzminister die Freude nicht machen, die Bezüge unserer Abgestellten und Pensionisten zu drücken, weil er mit seinen Berechnungen und Vergleichen zwischen den beiden Besoldungsreformen nicht fertig geworden ist. Wir werden es ja sehen, ob die Gemeinde Wien mit ihrer Steuerkraft auf solche Weise wird behandelt werden können. Wir werden unbedingt darauf dringen, dass die wahren Finanzverhältnisse zwischen dem Bund und den Ländern endlich so geklärt werden, dass unmöglich ist, ein einzelnes Land zu drängsalieren. Die Bezüge unserer Angestellten werden wir aufbessern. Den Kampf mit dem Finanzminister Dr. Grimm werden wir aufzunehmen wissen. (Grosser Beifall bei der Mehrheit, zahlreiche Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

Der Referent ersucht am Schlusse seiner Ausführungen, den Gemeinderat um die einhellige Annahme der gestellten Anträge, damit den städtischen Angestellten und Pensionisten die längts ersehnte Besserstellung zuteil werde.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.) Es hat hier schon wiederholt Debatten wegen Gehaltserhöhungen gegeben, in welchen sich der Referent nicht so erhitzen musste, welche Stellung die Regierung dazu einnehme. Die Gemeinde Wien war eben zur Zeit der christlichsozialen Mehrheit hier in diesem Hause wirklich eine autonome Körperschaft, die aus ihren eigenen Einnahmen ihre Bediensteten bezahlen konnte. Sie müssen mir ohne Unterscheid der Partei zugeben, dass die heutigen Bezüge in ihrem Werte längst nicht an die Bezüge der damaligen Zeit heranreichen, die die Gemeinde aus eigenem Sacke auf Grund ihrer geordneten Wirtschaft den Angestellten bezahlte. Ich bin mir bewusst, dass der Krieg und der Umsturz die Verhältnisse stark geändert haben, aber Sie müssen auch zugeben, dass Sie eine Steuerpolitik betrieben haben, die die Gemeinde Wien in die Lage versetzt hat, die Gehaltserhöhungen aus ihrem eigenen Sacke zu bezahlen und wenn sich der Herr Referent heute so bemüht, die Bindung mit dem Bunde als Hindernis hinzustellen, dass die derzeitige Majorität nicht in der Lage ist, die Forderungen des Verbandes zu erfüllen, so gestatte ich mir festzustellen, dass dies nicht den Tatsachen entspricht. Die Gemeinderatsmajorität hätte ruhig die Wünsche des Verbandes erfüllen können, weil sie den $\frac{1}{2}$ Ueberschuss der zwischen den Ansätzen der Bundesangestellten und den städtischen Angestellten besteht, aus ihrem eigenen Sacke hätte zahlen müssen. Daran hindert Sie kein Finanzminister, keine Nationalversammlung und kein Bund. Sie wären zu der Behauptung nur berechtigt gewesen, wenn der Finanzminister gesagt hätte, ich gebe euch gar nichts.

Er hat aber nur gesagt, Ihr müsst das, was Ihr mehr gebt, aus Eurem Sacke geben. Ich stelle fest, dass es ein missglückter Versuch des Herrn Referenten ist, in der Beamtenschaft den Gedanken wach zu rufen, die heutige Majorität hätte für sie mehr getan, wenn es der Herr Finanzminister nicht verboten hätte.

Seitens des Herrn Referenten wurde wiederholt betont, dass diese Vorlage im vollsten Einvernehmen mit dem Verbande gemacht wurde, und dass der Verband erklärte, dass alle städt. Angestellten damit zufrieden sind. Nach Mitteilungen, die mir aus Verbandsreisen zugekommen sind, wurde aber die Delegiertenversammlung des Verbandes über diese Vorlage gar nicht befragt. Eigentlich hätten wir als Minorität gar keine Veranlassung, uns darüber Kopf zu zerbrechen, denn die Majorität hat es auch diesmal unterlassen, obwohl wir für das Budget gestimmt haben, Vertreter der Minorität den Verhandlungen mit der Beamtenschaft zuzuziehen. Wir müssen daher bei diesem Anlass auf das energischste Protest dagegen erheben und wünschen, dass in Zukunft keine solchen Verhandlungen ohne uns stattfinden.

Zu der Vorlage selbst stellt Redner den Antrag, dass im Punkte 3, wo es heisst, die Gemeinde behalte sich vor, die vorstehenden Gehaltsbezüge bei geänderten Verhältnissen abzubauen, statt des Wortes Gehaltsbezüge das Wort Teuerungszulage zu setzen. Ferner stellt er den Antrag, im Punkte 6 auch für Schulkarte und Hausaufseher mit Rücksicht auf ihre erhöhten Dienstleistungen und Heranziehung der mit ihnen im gemeinsamen Haushalte lebenden Verwandten eine entsprechende Zulage zu beschliessen. Ferner bedeute es für die Jugendlichen bis zum Alter von 22 Jahren eine Kränkung, dass ihnen eine geringere Teuerungszulage zugedacht werde, und stellt den Antrag dass im Punkte 7 die Worte: Für Angestellte im Alter bis 22 Jahren die nicht mehr als 2 Dienstjahre haben, gestrichen und an ihre Stelle folgende Worte gesetzt werden: Ausser den Gehaltsbezügen erhalten obige Angestellte eine Teuerungszulage von 54.000, 48.000, 43.000, 37.000 und 32.000 Kronen. Ferner legt er einen Wunsch der Angestellten entsprechend folgendes Resolutionsantrag vor: Die derzeitige Dienstordnung ist dahin abzuändern, dass jenen Angestellten, welche bisher Unterbeamtencharakter haben, und solche, welche nicht ausschliesslich für Arbeiten niedriger Ordnung verwendet werden, der Beamtencharakter zugewendet wird, wie dies bei den Bundesangestellten schon der Fall ist. Sonst werde die Partei für die Anträge stimmen, obgleich sie daran scharfe Kritik üben müsse, dass die christlichsozialen zu den Verberatungen wieder nicht herangezogen werden sind. Mehr als 3/4 Jahre hatte die Mehrheit Zeit, die von den Christlichsozialen verlangte Regelung der Bezüge zu studieren und erst jetzt ist sie damit gekommen und auf einmal hat sie auch ihr Herz für die Pensionisten entdeckt, während sie früher der Referent wiederholt erklärte, dass die Pensionisten auf eine Gleichstellung mit den Aktiven keinen Rechtsanspruch haben, dass ihre Ruhegehälter eher den Charakter eines Subsistenzzuwendungen besitzen. Die Begeisterung für die Pensionisten ist erst entstanden, als im Parlamente das Finanzgesetz herauskam, und als sich zeigte, dass der Staat 50% zur Aufbesserung der Pensionsbezüge beitragen wolle. Damals betrug das städtische Pensionsetat 217 Millionen, während die Zuwendung des Staates 225 Millionen betragen hätte. Die Mehrheit hätte also eigentlich an den Pensionisten 13 Millionen verdient. Ich mache Ihnen

aus dieser Sache keinen Vorwurf, aber Sie dürfen damit nicht prezzeln und Wählerfang treiben. Zum Schlusse tritt der Redner dafür ein, dass jene Pensionisten, die vor dem 1. März 1921 in den Ruhestand getreten sind, gleichfalls die Begünstigung der automatischen Verrückung haben und behauptet, dass bei den Pensionierungen Angehörige der sozialdemokratischen Partei offensichtlich bevorzugt werden, indem man sie, obgleich sie längst pensionsreif wären, in der Aktivität belässt, während man schon christlichsoziale Parteigänger sofort nach Vollstreckung des Dienstalters in den Ruhestand versetzt.

GR-Dappler (chr.-soz.) sagt, dass sich der Referent auch zur Resignation bekennen musste, weil die Vorlage auch Schwächen aufweist. Man will aber nicht zugeben, dass man etwas nicht machen konnte oder nicht wollte, sondern man will sich nur das Gute zuschreiben und das Fehlerhafte auf andere walzen. Es sei auch nicht im Interesse der Art mit den Verhältnissen bei den Bundesangestellten zu befassen, wie es der Referent getan hat, weil dem entgegen gehalten werden müsse, dass die Bundesangestellten vollauf beschäftigt sind und dass sie sich hier nicht verteidigen können. Solche Angriffe gegen diese Angestellten müssen daher zurückgewiesen werden. Ja, es muss gesagt werden, dass sich die Bundesangestellten einen solchen Abbau, wie er bei der Gemeinde gemacht wird, nicht gefallen lassen hätten. Die Bemerkungen des Referenten bezüglich der Bundesangestellten müssen als eine Beleidigung zurückgewiesen werden. Wenn so viel von dem gesprochen wird, was gegeben wird, so vermisse man dabei die Härten, die ohne Zweifel in der Differenzierung der Teuerungszulage liegen. Auch bezüglich des Dienstkleiderbezuges wird nichts gesagt und es ist zu bemängeln, dass die Gebühr für diese für das Jahr 1920 erst im heutigen März ausbezahlt wurde und dass die Angestellten auf die Gebühr für heute noch immer warten. In der Pensionistenfrage habe sich der Referent als Triumphator betragen. Es müsse aber daran erinnert werden, dass ein vor einiger Zeit von Redner gestellter Dringlichkeitsantrag in Sachen der Pensionisten abgelehnt wurde. Nach dem Umsturz wäre Zeit und Gelegenheit gewesen, dass Allernotwendigste für die Pensionisten vorzusehen. Damals habe die sozialdemokratische Partei die wichtigsten Ämter im Staate innegehabt. Sie habe es darauf angelegt, dass eine Reihe von Personen urplötzlich aus dem Staatsdienst hinausgedrängt wurde, es wurden Zwangspensionierungen vorgenommen und das Pensionsbegünstigungsgesetz geschaffen. Erst als diese Regierungsgewalt im Staat zu Ende war, ist es gelungen, für die Pensionisten etwas zu erreichen. Bei der Regelung der Pensionistenfrage wollte man sich eben erst ansehen, wie weit der Bund geht, und dann setzt man eine Ehre darein, ihn ein wenig zu übertreffen. Es wurden auch Verwürfe wegen der Ablehnung des Minderheitsantrages Zelenka in der Nationalversammlung gemacht. Der Antrag Zelenka besagt aber etwas ganz anderes als die Vorlage betreffend Pensionisten, dieser Antrag will die dauernde Automatik für alle Pensionisten. Die Vorlage gibt aber den Pensionisten auch nur Versüsse. Die Vorlage betreffend die Pensionisten schlägt ja auch nur für die ab 1. März in Pension gegangenen die Automatik vor, für die anderen nicht. Es sei daher unklug, in dem einen Hause die Automatik zu verlangen, in dem Hause sie nur teilweise zu beschliessen. Was die Kollektiv-Vertragspensionisten, die am schlechtesten daran sind, anlangt,

so sei für diese am wenigsten vorgesorgt. Redner bezweifelt, dass in der Angestelltenschaft die gerühmte Einigkeit in der Auffassung und in der Zufriedenheit herrsche. Denn gegenwärtig bestehe ein ungeheurer Groll auf eine gewisse Gruppe öffentlicher Angestellter und dass sei die Sicherheitswache, die es sich erlaubt habe, bei dem terroristischen Überfall auf katholische Versammlungen in Hernalds einzuschreiten. Es sei unglaublich wie weit man kommt, wenn es gelte, gewalttätige Übergriffe abzuweisen. Wenn es vorgegangen werde, und wenn man die Sicherheitswache so wagen ihres Eingreifens empöble, wie es in den letzten Tagen geschehen ist, so untergrabe man die Ordnung in jeder Hinsicht. Die Vorgänge vom Samstag beliben ein Schandfleck für alle Zeiten. (Zustimmung bei den Christlichsozialen, Gegenrufe bei den CSozialdemokraten). Ein Anlass, wie es der am Samstag war, konnte genügen, um eine grosse reihe Masse auf die Strasse zu locken und mit Prügeln losgehen zu lassen. In Vertretung des katholischen christlichen Volkes von Hernalds müsse Redner Protest gegen ein solches Vorgehen einlegen. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen.) Den öffentl. Angestellten müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihren Dienst so zu versehen, wie er ihnen auf Grund ihres Rechtes zukomme, sonst werde das Recht der öffentlichen Angestellten untergraben und sie könnten auch nicht durch Regulierungen zufriedengestellt werden. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GH. Erntner (deutsch.) führt aus, dass sich die socialdemokratische Partei sich erst spät entschlossen habe, für die Angestellten und Pensionisten einzutreten, während die Grossdeutschen schon wiederholt in dieser Frage ihre Stimme erhoben habe, wie die Anträge der Agb. Pauly und Dr. Angerer im Nationalrat beweisen. Der Redner stellt den Antrag, die Pensionisten auch Kollektivverträgen den übrigen Pensionisten gleichzustellen, sowie die Bezüge der Mitglieder des Stenografenbüros einer entsprechenden Erhöhung zu unterziehen. Im übrigen werde seine Partei für die ganze Vorlage stimmen.

G.R. Kunzehak (christl.-soz.) erinnert daran, dass es eine Zeit gab in welcher ein Zusammenhang zwischen den Bezügen der Gemeindeangestellten und der Staatsangestellten nicht existierte. Dieser Zustand dauerte bis in das Jahr 1920 hinein. Damals waren die Gemeindeangestellten besser gestellt, als die des Staates, sowohl die Aktiven als auch die Pensionisten. Dann kam der Wandel in den Herrschaftsverhältnissen hier im Saale. StR. Speiser hat gleich nach seinem Amtsantritte den Grundsatz aufgestellt, dass zwischen den Bezügen der öffentlichen Angestellten ein Unterschied nicht erwalten dürfe, es müsse vielmehr darauf gedrungen werden, dass diese Bezüge gleichmässig gestaltet werden. Wenn dieser Forderung nicht Rechnung getragen wird, dann werde eine Angestellten-gruppe die andere lizitieren und dadurch das finanzielle Gleichgewicht der Verwaltungen erschüttert werden. Nach der Einsetzung der paritätischen Kommission wurde der Grundsatz datiert, dass jede Gehaltsregulierung beim Bunde bei den Beamten der Gemeinde und des Landes und umgekehrt, gleichzeitig in Kraft zu treten hätte. Es war das einheitliche Bezugsschema der öffentlichen Angestellten, das sich StR. Speiser damals heiss bemühte. Heute nun erkennt er und verleugnet seine Prinzipien, auf die er so stolz gewesen ist. Heute findet er, es gehe nicht an, dass die autonomen Gemeinde durch Entscheidungen der Staatsverwaltung bmg gebunden werde. Das ist ein Rückfall in alte reaktionäre Zeiten und man möchte beinahe sagen, der Mann scheint monarchistisch infiziert worden zu sein, denn diese Unterschade hat es nur in der Monarchie gegeben. Weil jetzt der Finanzminister das gleiche Recht vertritt kündigt ihm der Personalreferent der Gemeinde den erbittersten

und leidenschaftlichen Kampf an. Diese Kampfansage gegen den Finanzminister ist natürlich vollständig unbegründet. Denn der Minister kann doch nicht wissen, dass sein bisherige Partner Speiser seinen Grundsätzen untreu geworden ist. Der Finanzminister ist mit seiner Anschauung vollständig im Rechte, ja er wäre gänzlich unfähig für sein Amt, wenn er sich auf den vom Personalreferenten bezeichneten Weg locken liesse, auf den Weg nämlich, dass er nicht bestimmen dürfe, bis zu welcher Grenze er mit seinen Zuwendungen an Gemeinden und Länder gehen dürfe. Auf diese Art gebe es keine Ordnung mehr im Staatshaushalt. Die Verwaltungen der Länder und Gemeinden könnten nach Belieben ihren Angestellten höhere Bezüge aussetzen und der Staat müsste immer wieder die 70% beistellen. schliesslich würde der Finanzminister entdecken, dass er auf diese Weise ein neues Milliardendefizit habe. Er kann seine Zustimmung nicht dazu geben, dass ohne sein Befragen und ohne Einhaltung einer bestimmten Grenze die staatlichen Zuschüsse erteilt werden. Was jede Gemeinde und jedes Land darüber hinausmachen will, muss sie auf ihre eigenen Kosten tun, sie darf sich aber nicht die 70% ihrer Nebelasse vom Staate bezahlen lassen. Es ist auch daran zu erinnern, dass die Personalreform des Bundes bis 1. Jänner 1921 rückwirkend ist, während die Rückwirkung der Gemeinde mit 1. März 1921 beginnt. Trotzdem bezieht die Gemeinde für die zwei Monate Jänner und Feber die 70%igen Zuschüsse des Bundes ohne sie ihren Beamten zu geben. Nun ist allerdings gesagt worden, die Gemeinde werde grössere Zuwendungen für Wohlfahrtsanstaltungen machen. Ueber die Art der Verteilung ist uns aber kein Wort gesagt worden. Bedenkt man die Sache genau, ergibt sich, dass die städtischen Angestellten für diesen Nebelassakt der Gemeinde werden aufkommen müssen. Oder soll das nur ein Umweg sein, um den Angestellten-Organisationen Gelder zuzuwenden, die sie bisher bei jeder Bezugsregulierung sich von jedem Angestellten für Organisationszwecke haben bezahlen lassen. Bezüglich der Massenerennung von Hefräten bei der Bundesverwaltung bemerkt Redner, dass die Verwürfe des Personalreferenten unbegründet sind, weil die vielen Hefräte nicht ernannt wurden aus besonderer Vorliebe der Regierung für eine gewisse Zahl von Hefräten, sie sind vielmehr automatisch entstanden im Wege des Zeitavancementes, damit sie in höhere Gehaltsklassen vorrücken. Dieser Zustand ist übrigens nicht nur beim Staate, sondern auch beim Land und bei der Gemeinde eingetreten. In der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt gibt es wesentlich mehr Rechnungs Räte als Rechnungsbeamte. Das ist eine üble Begleiterscheinung des Zeitavancementes, die erst verschwinden wird, wenn beim Staate das jetzt inaugurierte Verwendungssystem durchgegriffen haben wird. Es war also unangebracht, dass sich der Referent über die ~~Massen~~ Organisationen der Verwaltung des Bundes lustig machte. Hinsichtlich der Behandlung der Pensionisten sagt Redner: Es ist eine Unverschämtheit und Härte ohngleichen, städtische Pensionisten die nicht in Oesterreich ihren Wohnsitz haben, mit den alten Ruhebezügen zu belassen. Die im heutigen Auslande wohnenden Pensionsparteien haben diesen Wohnsitz zu einer Zeit gewählt, als noch die grosse Monarchie bestand und sie können heute nicht mehr in das verkleinerte Oesterreich zurückkehren, weil sie erstens hier keine Wohnung finden, und zweitens auch gar nicht in der Lage wären, die hohen Kosten des Transportes ihrer Einrichtung zu bestreiten. Ist es nicht geradezu himel-schreiend, dass es neutzutage in der Tschechoslowakei städt. Pensionisten mit 600 österr. Kronen Monatspension gibt, von 80 bis 90 tschechoslowakischen Kronen monatlich soll der Pensionist dort leben. Das heisst über diese Menschen Tantalus-

quellen verhängen. Schon seit langer Zeit liegen dem Stadt-
senat entsprechende Anträge vor, auch diese Pensionisten besser
zu stellen, und ich kann nur an Ihr Gewissen und Ihre Mensch-
lichkeit appellieren, dass sie endlich diese armen unglücklichen
Menschen, die ausserhalb der Republik Oesterreich wohnen, nicht
in Wien zugrunde gehen lassen. (Lebhafter Beifall bei den
Christlichsozialen).

GR. Weber (Sozdem) stellt zu dem Punkte, der von der Anglei-
chung der Bezüge der nicht in das allgemeine Bezugsschema einge-
reicht gewesenen Angestellten im Ruhestande und den Hinterblie-
benen nach solchen handelt, den Antrag: Den in diesem Schema nicht
eingereicht gewesenen Angestellten werden die Bezüge jener Bezugs-
klasse und - Stufe als Bemessungsgrundlage ihrer Ruhebezüge zuer-
kannt, die der von ihnen erreichten Bezugsklasse und Bezugsstufe
im neuen Schema entspricht. Dasselbe gilt bezüglich der Hinter-
bliebenen.

GR. Holanbek (christlsoz.) wünscht, dass die Frage der Kollekti-
vertragspensionisten noch vor den Gemeinderatsferien in einer aus-
serordentlichen Sitzung ihre Regelung finde, ebenso die Frage der
im Auslande wohnenden Pensionisten der Gemeinde.

Der Referent St. R. Speiser ^{Komm.} schliesst in seinem Schlussworte auf
die im Laufe der Debatte gestellten Anträge zu sprechen. Dem Antrag
Rummelhardt, dass die abbaufähigen Bezüge nur auf die Teuerungszu-
schläge beschränkt bleiben können er nicht zustimmen. Wenn jemals
unter dem Drucke einer ausgiebigen ökonomischen Umwälzung der Geld-
wert sich so verändere, dass die Bezüge der Angestellten
und Pensionisten wirklich herabgesetzt werden können, so würde
selbstverständlich durch ein Gesetz vorgesehen werden müssen, dass
nicht einzelne Kategorien der arbeitenden Menschen in Oesterreich
unverhältnismässig hohe Bezüge haben. Auch dem Antrage wegen der
mindren Bezahlung der Angestellten unter 22 Lebensjahren, die noch
nicht 2 Jahre im städt. Dienste stehen, könne er nicht beitreten,
da er ^{erwünschte} einem Uebereinkommen mit dem Verbands der städt. An-
gestellten entspreche. Der Antrag Rummelhardt wegen besserer Be-
zahlung der Schulwarte passe in den angeführten Zusammenhang nicht
hinein, er müsse daher auch ihn ablehnen. Den Resolutionsantrag
Rummelhardt wegen Anerkennung des Beamtencharakters an bisherige
Unterbeamte ^{ersuche} ~~übernehme~~ er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung
zuzuweisen. Ebenso spricht sich der Referent für die Zuweisung
des Antrages Erntner bezüglich der Entlohnung der Mitglieder des
Stenographenamtes zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung aus.
Desgleichen unterstützt Referent den Antrag Weber. Wenn im Laufe
der Debatte gesagt wurde, fährt Referent fort, dass wir mit
fremden Geldern hier den noblen Herren spielen, so kann dem entgegen-

gehalten werden, dass die Herren draussen in den Ländern mit dem
Geld der Stadt Wien den noblen Herren spielen. Und wenn jetzt
unser Herz für die Pensionisten reif geworden sein soll, so
sitzen drüben im Nationalrate Leute mit weichem Herzen, die
das noch nicht zustande gebracht haben, was die Gemeinde Wien
schon durchführt. Es kommt eben darauf an, dass die Pensionisten
ihr Geld bekommen, was beim Staate noch nicht der Fall ist.
Gegenüber den Ausführungen des GR. Döppler erklärt der Referent,
dass er nicht gegen die Angestellten des Staates los gegangen
sei, sondern nur Stellung genommen habe, gegen das System, das
beim Staate gehandhabt wird zum Schaden der Angestellten und
des Staates. Was desselben Gemeinderates Anfrage bezüglich der
Dienstleistung betreffe, so werde demnächst im Einvernehmen mit
dem Personale im Gemeinderate eine Vorlage eingebracht werden,
GR. Döppler habe auch darauf hingewiesen, dass die sozialdemo-
kratische Partei gegen eine Gruppe öffentlicher Angestellter, die
Sicherheitswache, vorgegangen sei. Das sei niemandem eingefallen,
man habe einen Unterschied zwischen Älteren und jüngeren Bedien-
steten der Sicherheitswache, es seien dort unerfahrene Leute hinaus
geschickt, die noch nicht gewusst haben, wie man solche Massen-
sammungen behandelt. Die Partei ~~des~~ ^{des} Redners
habe die Leitung hierfür Verantwortlich
gemacht. Bei diesem Umzuge, der angeblich keinen politischen
Charakter hatte, habe man schwarz-gelbe Lampions und Lampions
mit Kaiserbildern getragen. (Zwischenruf bei den Christlichsozia-
len: Das ist nicht richtig). Ich möchte, sagt Redner, bei dieser
Gelegenheit nicht unterlassen, festzustellen, dass solche Kämpfe
in den Strassen Wiens durchaus unerwünscht sind und möchte die
Öffnung aussprechen, dass es den ernsten und verantwortlichen
Männern aller Parteien gelingen werde, die Wiederholung solcher
Vorfälle zu verhindern. Und dass auf der einen Seite die Provokation,
auf der anderen Seite die nicht richtige Abwehr unterlassen werde.
Kollege Erntner hat behauptet, dass unsere ganze Arbeit ein purer
Schwindel ist. Darauf antwortete ich entgegen, dass das was auf
er zu sprechen kam, mir als purer Schwindel erscheint, nämlich
die Haltung seiner Partei in der Kongrufrage. Er wirft uns vor,
dass die Sozialdemokraten seinerzeit für die Aufbesserung
der Gehälter der niederen Geistlichkeit stimmten

Aber es ist etwas ganz anderes. Dafür zu sein, dass die Bezüge
gewisser schlecht bezahlter Priester den unleidlichen Lebensver-
hältnissen angepasst werden, oder ob man Geistliche überhaupt in
Beamtenkategorien einreicht, wofür sich gerade jene ~~xxx~~ Herren
aussprachen, die früher immer den Schwur „Los von Rom“ geschworen
haben. Eine solche geänderte Haltung ist nur möglich, wenn ganz
bestimmte Motive hierbei mitspielen. Gegenüber dem Abgeordneten
Kunschak berichtet der Referent, dass die Rückwirkung der höheren

Bezüge für die Bundesangestellten nicht auf den 1. Jänner sondern
auf den 1. März des Jahres festgelegt wurde. Allerdings war ursprüng-
lich die Rückwirkung auf den 1. Jänner vorgeschlagen, aber der
Nationalrat hat sich für den späteren Termin entschieden. Und im
Jahre Kongru wurde diese Rückwirkung auf den 1. März unter dem Drucke
des ganzen Hauses verlegt. Aus dieser Feststellung ergibt sich,
dass alle von GR. Kunschak gemachten Rückschlüsse in dieser Ange-
legenheit falsch sind. Er hat mir auch eine Vorlesung gehalten,
dass ich früher dem Grundsätze huldigte, alle öffentlichen Ange-
stellten bei Gehaltsregulierungen gleichmässig zu behandeln. Ich
bekenne mich dazu und wäre auch heute bereit, den Grundsatz der gleich-
mässigen Bezahlung durchzusetzen. Das ist aber in einem Augenblicke
nicht möglich, seit die Bundesregierung die Gemeinde Wien und das
Land Wien nicht mehr zu den Verhandlungen einlädt, auch unsere
Angestellten davon fernhält, und nanher glaubt, dass ihre Beschlüsse
über uns dann als ein Diktat verhängen kann. Heuten sind wir nicht
geworden, wir sind freie Bürger in diesem Staate. Ich habe mich
durchaus nicht gekümmert, gekümmert hat sich nur der Bund unter
der neuen christlichsozialen Regierung. Schliesslich ist die Staat
fien ein Drittel dieser Republik und wir werden auf eine solche Be-
handlungsmethode nicht eingehen. Die vielen Heiräte sind nicht
durch die Automatik entstanden, sondern der Bund hat keine glückliche
Personalpolitik gemacht, er hat ganz einfach ganze Gruppen von Be-
diensleuten aussertnerlich, keineswegs automatisch vorgeschoben. Das
sind eben jene Zustände entstanden, die wir jetzt mit Recht kriti-
sieren. Was die Altpensionisten im Auslande anlangt, so hat der
Staat eine Ermächtigung für die etwas zu tun. Diese Ermächtigung wird
auch von der Gemeinde angewendet werden.

Im Schluss seiner Ausführungen erklärt der Referent, dass die
Vorlage die Zustimmung des Gemeinderates gefunden habe, die einen
gewaltigen Fortschritt bedeute und den Pensionisten die Erfüllung
ihrer Wünsche bringe.

Bei der Abstimmung werden die vom Referenten unterstützten in
der Debatte gestellten Anträge genehmigt und der Vorlage einstimmig
die Genehmigung erteilt.

GR. Witzmann Johann (Sozdem) berichtet ~~über~~ ^{über} den Verkauf von
Altpapier im Gewichte von rund 10.000 kg.

Der Antrag wird angenommen.

Ebenso wird über Antrag der GR. Richter (Sozdem) eine Beul-
nenänderung an Gebiete der Ostbahn zum Zwecke der Verlängerung
einer Strasse im 11. Bezirk beschlossen.

Vorsitzender Weigl erbittet vom Gemeinderat die Ermächti-
gung, dass der Stadtsekat die laufenden Geschäfte mit nachträglicher
Genehmigung des Gemeinderates für die nächsten Wochen bis Anfang
September erledigen könne. Die Ermächtigung wird erteilt.

Nach Schlussworten des Vorsitzenden wird die Sitzung ge-
schlossen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, Mittwoch, den 20. Juli 1921.

Heute k e i n e Ausgabe !!

Ankunft der Wiener Kinder in San Pelagio. Wie bereits gemeldet, wurden von der Gemeinde Wien vierzig Kinder in die Anstalt in San Pelagio geschickt. Diese Kinder sind ewalbehalten dort angekommen, es hat sich kein Zwischenfall ereignet.

Spende des Bürgermeisters für die "Lehrlingsfürsorgeaktion." Bürgermeister Reusmann hat in Anerkennung der Wichtigkeit dieser von Ministerialrat Dr. Feramitti und August Marianek geleiteten Aktion aus den ihm zur Verfügung stehenden Notstandspenden der Leitung einen Betrag von 350.000 K überwiesen. Diese Summe ist für die Lehrlingserholungsheime in Bruck a. d. Leitha, Fischau a. d. Schneebergbahn und Grödig sowie für das Lehrlingserholungsheim in Wieselburg a. d. Erlauf bestimmt.

Wettbewerb: Verbreiterung der Währingerstrasse gegenüber dem Josefimum. Die Gemeinde Wien veranstaltet für in Wien ständig weohnhafte Baukünstler, die die deutschösterreichische oder reichsdeutsche Staatsbürgerschaft besitzen, einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Ausgestaltung der Währingerstrasse gegenüber dem Josefimum. Die allgemeinen und besonderen Bestimmungen sind ab 16. August in der Direktion des Stadtbauamtes, Neues Rathaus, zu begeben. Die Entwürfe sind bis spätestens 17. Oktober bei der Direktion des Stadtbauamtes einzureichen.

Die Prüfung von Kraftfahrzeugen. Für die Erprobung der Kraftfahrzeuge mit geringer Geschwindigkeit und für die Ausfertigung der amtlichen Bescheinigung würde die Taxe für Wien für Automobile mit 1200 K, für Motorräder mit 600 K festgesetzt. Die Prüfungswerber haben auch die Stempelgebühren und die städtische Kanzleitaxe zu entrichten, die derzeit betragen: 4 K Stempel für das Ansuchen, 1 K für jede Beilage, 4 K für die Befundsschrift und 6 K für das Prüfungszeugnis, 50 K Kanzleitaxe. Die Prüfungsansuchen sind in der Magistratsabteilung 20 einzureichen.

Der Gärtnerstreik. In verschiedenen Tagesblättern erschien kürzlich eine Notiz unter der Aufschrift „Gärtnerstreik“, in der die Genossenschaft der Gärtner die Ursache dieses Streiks in einer den Tatsachen nicht entsprechenden Weise darstellt. Der wahre Tatbestand ist folgender: Die Genossenschaft der Wiener Zier- und handlungsgärtner hat im Jahre 1920 dreimal um die Verlegung der im 11. Bezirk Münnichplatz (Kaiser Ebers-

dorf) und in der Dopplergasse bisher abgehaltenen provisorischen Abendgemüsegressmärkte wegen der gänzlichen Nichteignung dieser Plätze auf einen mehr stadtwärts gelegenen hierzu geeigneten Platz angesucht. Die von der Genossenschaft in den beiden ersten Eingaben hierzu in Verschlag gebrachten Plätze, der Sportplatz im 11. Bezirk und der Zentralviehmarkt und in der Grasbergergasse konnten jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht gezogen werden. Es wurde deshalb nach möglichst nahen geeigneten Plätzen Umschau gehalten und ist hierzu nur der Platz des Heu- und Strohmarktes im 5. Bezirk, der von der Grasbergergasse über den Gürtel in ungefähr 20 Fahrminuten erreichbar ist, als geeignet erschienen. Von dieser geplanten Verlegung in den 5. Bezirk wurde auch die Versteherung der Gärtnergenossenschaft in Kenntnis gesetzt. Aus dem Angeführten geht senach hervor, dass es sich keineswegs um eine sozusagen über Nacht getroffene Verfügung des Magistrates über die Köpfe der Gärtner hinweg handelt. Es muss noch ausdrücklich bemerkt werden, dass es sich um die von den Gärtnern gewünschte Verlegung der Gemüsegressmärkte vom 11. Bezirk handelt und die anderen bestehenden Gressmärkte im 14., 19. und 21. Bezirk vollkommen aufrecht bleiben. Tatsache ist weiter, dass jetzt schon täglich mehrere hundert Gärtner Wiens und der Umgebung die Frühmärkte in allen Bezirken aufsuchen und auf dem Maschaarkt in den letzten Weckennallein täglich 300 bis 400 Gärtner grösstenteils aus Kaiser Ebersdorf ihre Waren absetzen. Was schliesslich die Forderung anlangt, dass einige geeignete Bezirksmärkte für das Gärtnergemüse zu schaffen wären, um der Bevölkerung endlich einmal Gelegenheit zu bieten, direkt mit der Gärtnerschaft in Verbindung zu treten, so ist zu bemerken, dass dieser Forderung gerade durch die Errichtung eines Gemüsemarktes auf dem Heu- und Strohmarkte im 5. Bezirk Rechnung getragen werden sollte, da dieser Platz für einen grossen Teil der Bevölkerung leicht erreichbar ist.

Die Anforderung des Hotel de 1^o Europe. Bei der heute (in den Öffentlichkeits) viel besprochenen Angelegenheit der Anforderung des Hotel de 1^o Europe handelt es sich keineswegs um irgendeine plötzliche verfügte Massnahme des Wohnungsamtes. Diese Angelegenheit spielt vielmehr schon durch volle zwei Jahre. Bisher haben sich an dem rechtmäßig angeforderten Hotel die Bemühungen, eine freiwillige Räumung durchzusetzen, als ergebnislos erwiesen und es musste schliesslich die Zwangsdelegierung angedreht werden. Es ist sehr sonderbar, wenn in dem anscheinend vom Ministerium inspirierten Angriffe gegen das Wohnungsamt geäußert werden, während es tatsächlich das Bundesministerium für soziale Verwaltung gewesen ist, das (in zahlreichen Zuschriften) die Gemeinde Wien aufgefordert hat, mit der Anforderung vorzugehen und das Hotel wieder Wohnzwecke zuzuführen. So liegt eine Zuschrift vom 20. 4. 1920 vor, in der es heisst, dass die Gründe für die Ueberlassung der Räume des Hotels de 1^o Europe für Bürozwicke keineswegs als genug ausreichend zu grachten sind. Mit Schreiben vom 13. Juli 1920 fragt das Staatsamt bereits an, welche Verfügung der Magistrat getroffen hat. In einem Schreiben vom 23. Juli 1920, das vom gegenwärtigen Bundesminister Dr. Pauker geschickt ist, heisst es wörtlich: „In der Angelegenheit des Hotel de 1^o Europe steht das Staatsamt für soziale Verwaltung auf dem Standpunkte, dass eine entgeltlich entschiedene Angelegenheit vorliegt und weder ein formeller noch materieller Anlass besteht, dass das Wohnungsamt von einer Entscheidung, die es am 14. Mai 1920 getroffen hatte und worin schon damals die Umwandlung des Hotels in ein Bürohaus als unzulässig erklärt worden ist, abzusehen.“ Das Staatsamt schreibt ausdrücklich: „Es wolle daher auf die ehestige Rückstellung der Räumlichkeiten des Hotels de 1^o Europe für Wohnzwecke hingewirkt werden.“ Diese Betreibungen erfolgten ungesetzlich. So in einem Schreiben vom 9. August 1920, in dem das Staatsamt für soziale Verwaltung um „energische Massnahmen“ ersucht. Am 20. August 1920 schreibt das Staatsamt neuerlich in der gleichen Angelegenheit in demselben Sinne.

Ohne diese Betreibungen hatte der Magistrat alle Schritte unternommen, um die vollkommen eigenmächtig durchgeführte Umwandlung des Hotels rückgängig zu machen. Immer wieder aber hat er durch die Warenverkehrsabteilung verstanden, durch Einsprüche aller Art und bei allen möglichen Instanzen die entgeltliche Entscheidung hinauszuschieben. Am 8. November 1920 richtete Staatssekretär Dr. Resch namens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung an die damalige österreichische Landesregierung die Aufforderung, dahin zu wirken, dass das Haus ehestmöglich Wohnzwecken zugeführt werde. Die Zuschrift vom 23. Dezember 1920, die das Bundesministerium für soziale Verwaltung an das Bundesministerium für Handel und Gewerbe richtete, und die dem Wohnungsamt abschriftlich zur Kenntnisnahme übermitten wurde, lautet folgendermassen: „Es ist nach dieser Sachlage vollkommen ausgeschlossen, immer wieder von neuem darüber verhandeln zu müssen, ob das Haus geräumt werden soll oder nicht. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung verweist darauf, dass das Hotel de 1^o Europe von deutschösterreichischen Warenverkehrsabteilung unzulässig für Bürozwicke verwendet wird und erklärt im Hinblick auf die immer anwachsende Wohnungsnot es nicht länger gut heissen zu können, dass dieses Hotel dem Wohnzwecke weiterhin entfremdet bleibt. Das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten wird daher eingeladen, auf deutschösterreichische Warenverkehrsabteilung einzuwirken, dass es das Hotel in kürzester Zeit räumt und dem Wohnzwecke wieder zuführt, da das Wohnungsamt sonst Zwangsmassnahmen anwenden müsste. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung ersucht um gefällige Mitteilung des in der Angelegenheit Verfügt.“

Wie also aus diesen Akten deutlich hervorgeht, ist es das Bundesministerium für soziale Verwaltung gewesen, das schon im Dezember 1920, also vor vollen sieben Monaten, das Handelsministerium darauf aufmerksam gemacht hat, dass Zwangsmassregeln sich als unvermeidlich erweisen werden. Am 14. März 1921 schreibt das gleiche Ministerium in derselben Sache neuerlich an das Handelsministerium, dass „kein Anlass vorliegt, eine neuerliche Entscheidung in einem anderen Sinne in Erwägung zu ziehen, zumal sich die Wiener Wohnungsnot in der Zwischenzeit nur noch verschärft hat.“

Das Warenverkehrsabteilung hatte zwischenzeitlich immer wieder die Anforderung mit allen möglichen Mitteln bekämpft und den Versuch unternommen, sich durch das Suchen von neuen Untermietern der Anforderung zu entgehen. Darauf ist es zurückzuführen, dass die Erdölstelle von Warenverkehrsabteilung zur Benützung zugelassen wurde, in der Annahme, sich auf diese Weise förmlich zu immunisieren. Im März 1921 versuchte es das Warenverkehrsabteilung mit Holzbank A.G., was das Bundesministerium für soziale Verwaltung zu einer Zuschrift veranlassete, in der das Wohnungsamt dringendst ersucht wird, das Ansuchen der Holzbank A.G. um Ueberlassung von Zimmern im ehemaligen Hotel de 1^o Europe für Bürozwicke abzuweisen. Es heisst in diesem Schriftstück sehr richtig, dass das deutschösterreichische Warenverkehrsabteilung durch die vor ihm versuchte Untervermietung den Nachweis erbracht hat, dass es die Räume nicht mehr benötige.

Im letzten Augenblick führte das Warenverkehrsabteilung bzw. die dort befindliche Erdölstelle ein letztes Kunststück dadurch auf, dass es die Wiener Messe, die bis dahin in den Räumen des Handelsmuseum amtiert hatte einlud, das Hotel de 1^o Europe zu übersiedeln und ihm freigeigebig dort alle Büroeinrichtungen und die Telefonbenützung überliess. Es sollte auf diese Art wieder die Anforderung unmöglich gemacht werden.

Bis zu Einspruchsverhandlung vor dem Mietamt war ausreichend Zeit, um eine durchaus geregelte Ueberiedlung in die vielen überflüssigen Räume der Staatsämter, beispielsweise des Kriegsministeriums, in die Wege zu leiten. Bezeichnender Weise erklärte aber schon damals der Regierungsvertreter, der für die Erdölstelle intervenierte, dass er sich gegen die exekutive Räumung des Hotels mit allen Mitteln wehren werde und dass die Gemeinde zweifellos den Kürzeren ziehen würde.

Es liegt also, wie hier nochmals festgestellt sei, ein seit zwei Jahren sich hinziehender Prozess um dieses Hotel vor, das endlich wieder Wohnzwecke zurückgegeben werden soll, dessen es unter Missachtung aller Vorschriften entgegen werden ist. Alle Schritte des Wohnungsamtes erfolgt im Einvernehmen und über Betreiben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und das Handelsministerium ist schon seit dem Dezember 1920 in Kenntnis davon, dass es mit Zwangsmassnahmen zu rechnen hat, wenn es nicht gutwillig der Hausverwaltung nachgibt. Man wird es zu würdigen wissen, wenn nun mit der Ueberstellung der Benzin- und Petroleumzuweisung vergangen wird, weil angeblich formell über Nacht eine Delegierung erfolgt sei. Schliesslich sei noch erwähnt, dass diese Angelegenheit noch den alten niederösterreichischen Landtag beschäftigt hat. Im Oktober 1919 brachten Abg. Nagler u. Gen. eine Interpellation wegen Umwandlung dieses Hotels ein. Ebenso hat die Gehilfenschaft, der Gehilfen Ausschuss der Hotelbediensteten, gegen die Umwandlung in ein Bürohaus protestiert. Die künftige Verwendung des Hotel de 1^o Europe wird sein, dass es in sehr kurzer Frist wieder als Hotel dienen wird und sollen alle Anstrengungen gemacht werden, um es schon gelegentlich der Wiener Messe seiner Bestimmung zuzuführen.

Es liegt also, wie hier nochmals festgestellt sei, ein seit zwei Jahren sich hinziehender Prozess um dieses Hotel vor, das endlich wieder Wohnzwecke zurückgegeben werden soll, dessen es unter Missachtung aller Vorschriften entgegen werden ist. Alle Schritte des Wohnungsamtes erfolgt im Einvernehmen und über Betreiben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und das Handelsministerium ist schon seit dem Dezember 1920 in Kenntnis davon, dass es mit Zwangsmassnahmen zu rechnen hat, wenn es nicht gutwillig der Hausverwaltung nachgibt. Man wird es zu würdigen wissen, wenn nun mit der Ueberstellung der Benzin- und Petroleumzuweisung vergangen wird, weil angeblich formell über Nacht eine Delegierung erfolgt sei. Schliesslich sei noch erwähnt, dass diese Angelegenheit noch den alten niederösterreichischen Landtag beschäftigt hat. Im Oktober 1919 brachten Abg. Nagler u. Gen. eine Interpellation wegen Umwandlung dieses Hotels ein. Ebenso hat die Gehilfenschaft, der Gehilfen Ausschuss der Hotelbediensteten, gegen die Umwandlung in ein Bürohaus protestiert. Die künftige Verwendung des Hotel de 1^o Europe wird sein, dass es in sehr kurzer Frist wieder als Hotel dienen wird und sollen alle Anstrengungen gemacht werden, um es schon gelegentlich der Wiener Messe seiner Bestimmung zuzuführen.

Es liegt also, wie hier nochmals festgestellt sei, ein seit zwei Jahren sich hinziehender Prozess um dieses Hotel vor, das endlich wieder Wohnzwecke zurückgegeben werden soll, dessen es unter Missachtung aller Vorschriften entgegen werden ist. Alle Schritte des Wohnungsamtes erfolgt im Einvernehmen und über Betreiben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und das Handelsministerium ist schon seit dem Dezember 1920 in Kenntnis davon, dass es mit Zwangsmassnahmen zu rechnen hat, wenn es nicht gutwillig der Hausverwaltung nachgibt. Man wird es zu würdigen wissen, wenn nun mit der Ueberstellung der Benzin- und Petroleumzuweisung vergangen wird, weil angeblich formell über Nacht eine Delegierung erfolgt sei. Schliesslich sei noch erwähnt, dass diese Angelegenheit noch den alten niederösterreichischen Landtag beschäftigt hat. Im Oktober 1919 brachten Abg. Nagler u. Gen. eine Interpellation wegen Umwandlung dieses Hotels ein. Ebenso hat die Gehilfenschaft, der Gehilfen Ausschuss der Hotelbediensteten, gegen die Umwandlung in ein Bürohaus protestiert. Die künftige Verwendung des Hotel de 1^o Europe wird sein, dass es in sehr kurzer Frist wieder als Hotel dienen wird und sollen alle Anstrengungen gemacht werden, um es schon gelegentlich der Wiener Messe seiner Bestimmung zuzuführen.

Empfang der Koburger Sänger in Wien. Die in Wien als Gäste des Männergesangvereines, des Schubertbundes, des Eisenbahnergesangvereines und der Freien Vereinigung der Wiener Männergesangvereine weilenden Sänger des Koburger Sängerkranzes wurden heute vom geschäftsführenden Vizebürgermeister Emmerling im Rathaus empfangen. Zum Empfange waren erschienen Generalkonsul Dr. von Vixenst, die Vorstände der genannten Wiener Vereine, zahlreiche Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates. Vizebürgermeister Emmerling begrüßte im Namen der Stadt Wien und ihrer Bewohner die Sänger aus dem Reiche, die nach Wien gekommen sind aus dem Reiche, zu dem wir schon längst gehören sollten. Wenn die Sänger, so führte Vizebürgermeister Emmerling aus, die Grenzen überschritten haben, so werden sie davon nichts gemerkt haben, sie werden vielmehr deutsches Gebiete, deutsch an Wesen, deutsche Art, deutsche Männer und deutsche Frauen getroffen haben, wenn auch die Grenzen noch bestehen, die nicht von uns bestimmt werden sind. All hoffen, dass alles, was deutsch er Zunge ist, einstens in einem Verbands wird vereint sein. Wenn die deutschen Sänger in Wien gut leben und sich wohl befinden, so mögen sie daran denken, dass sie dies mit ihrer Mark in Kronen ungerechnet tun können und daran, dass es in dieser von Kriege so schwer getroffenen Stadt nur relativ wenig Menschen gibt, die dies tun können, und auch daran, dass es uns noch schlecht geht und die Stadt noch grosse Sorgen, besonders um die Kinder der Kriegseppfer hat. Wenn sich die Koburger Sänger in den Dienst für die Fürsorge der Kriegseppfer stellen, so muss ihnen hiefür der beste Dank gesagt werden im Namen der Stadt und ihrer Bewohner. Dass die Stadt Wien die Sänger freudig empfängt und ihrer Verliebe für Gesang und Musik Ausdruck verleiht, das liegt im Wesen der Stadt, die jene Stimmung gibt, die das Wesen des Wieners erklärt. Die Wiener begrüßen daher, die Männer, die dem Sange kuldigen, und wünschen ihnen angenehmen Aufenthalt in der Stadt und richten an sie die Bitte, dass sie von dem, was sie in unserer Stadt als gut befunden haben, in Deutschland Mitteilung machen.

Sprechwart Rosen des Koburger Sängerkranzes dankte dem Vizebürgermeister für seine freundlichen Begrüßungsworte und der Stadt Wien für ihren freundlichen Empfang und die gastliche Aufnahme. Wenn ein verhältnis mässig kleiner Verein aus einer kleinen Stadt sich an eine solche Sängerreise wagt, so frage man sich, was ihn dazu veranlasst hat und was sein Unternehmen rechtfertigt. Koburg, liege im Herzen Deutschlands und die Koburger Sänger überbringen die Grüße aus dem Herzen Deutschlands, aus jenem Koburg, das die Wiege des deutschen Sängerbundes geworden ist. Herzog Ernst II. von Koburg habe als einziger von seinen Ständegegnern erkannt, welche nationale Bedeutung in die Sängervereinigungen ruht, er allein hat im nächsten gewusst, welche Begeisterung für die nationale Sa-

che in deutschen Liede ruht. Die Kix Koburger Sänger haben in der Tat empfunden, dass sie nicht über die Grenze gefahren sind, dass sie vielmehr in Lange geblieben sind. Diesen Begriff der Zusammengehörigkeit trotz der Grenzpfähle zu vertiefen ist auch der Hauptzweck der Sängerefahrt. Redner hofft, dass sich zum Heile der noch getrennten Lands eine dauernde Freundschaft bilden werde. Als Zeichen der Dankbarkeit und Anhänglichkeit der Koburger Sänger widmet der Redner am Schlusse seiner Ausführungen der Stadt Wien ein Bild der Festung Koburg, das vom Vereinsmitglied Kunstmaler Kupfer ausgeführt wurde. Das Bild soll zeigen, dass es der Mühe wert sei, wenn die Stadt Wien mit den Koburgern Hand in Hand gehe. Die Versammelten Sänger begleiteten die Uebergabe des Bildes mit begeisterten Hochrufen. Am den Empfang schloss sich ein Rundgang der Sänger durch die städtischen Sammlungen.

Samstag, den 31. Juli - Oberschlesier Hilftag. Nachdem in ganzen deutschen Reiche am ersten Samstag des Monats ein grosszügiges Hilfswerk für die heimattrauen Oberschlesier durchgeführt wurde, haben sich die deutschösterreichischen Körperschaften im Verein mit dem Bund der Reichsdeutschen in Oesterreich entschlossen, die drei anderen Sonntage dieses Monats zur Durchführung eines ähnlichen Liebeswerkes zu benützen. In Wien findet der Oberschlesierhilftag am 31. ds. statt. Alle bedenktändigen Vereinigungen, welche sich noch nicht mit den Gruppenausschüssen in Verbindung gesetzt haben, werden gebeten, dies unverzüglich zu tun. Alle Veranstaltungen, welche in den Bezirken Wiens am letzten Sonntag dieses Monats stattfinden, sollen wenn möglich in den Dienst des Hilfswerkes gestellt werden. Die Gemeinde Wien hilft durch das freundlichste Entgegenkommen. - Für die Bezirke 3 und 11 findet die nächste Besprechung Montag, den 25. ds. 8 Uhr abends im Gartensaal der Gastwirtschaft Metzker, Landstrasse Hauptstrasse 55, statt, und werden alle Vereinigungen gebeten, ihre Vertreter zu entsenden. Die reichsdeutschen Gruppenleiter für die anderen Bezirke sind: Bezirk 1, 4 und 5 Bruno Friedrich, 5, Margarethenhof 1; Bezirk 2 und 20 August Burghardt, 2, Valeriestrasse 4, Bezirk 3 und 9 Ing. Otto Voegelin, 3 Untere Viaduktstrasse 35; Bezirk 6, 7 und 8 Philipp Schäfer, 6, Gumpenferferstrasse 106/38; Bezirke 9, 18 und 19 Karl Castendyk, 8 Alserstrasse 35; Bezirk 10 Johann Kwald, 10, Leixenburgerstrasse 75; Bezirk 12, Konrad Lehnert 12, Arndtstrasse 4; Bezirk 13, Ernst Stulpnagel, 13 Einsiedeleigasse 35; Bezirk 15 bis 17, Erich Meerbach, 15 Helechergasse 43; Bezirk 21, Pankale 21, Wilhelm Raabgasse 3; Schwöchat Georg Hermann, Wienerstrasse 48.

Sehr geehrte Redaktion!

Der Bund der Reichsdeutschen ersucht im Interesse des edlen Zweckes der Veranstaltung am 31. ds. für Oberschlesien um freundliche Aufnahme obiger Zeilen, welches Ansuchen entschuldiger Stadtrat Richter wärmstens unterstützt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien Samstag, den 23. Juli 1921.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält Dienstag 10 Uhr vermittags eine Sitzung ab.

Fettabgabe. Vom 24. bis 30. Juli werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preis von 18.90 K gegen Abtrennung des Abschnittes 254 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. - Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preis von 16.90 K.

Winex. 8, Burggasse 16: Anzug-, Kleider- u. Mantelstoffe samt Zubehör, Anzüge nach Mass; 1, Bartensettingasse 12; Herren- u. Damenwäsche, Zephyre, Oxferde, Chiffon, Gradl, Bettuch, Wirk- u. Strumpfwaren, Blaudruck, Blusenkreten, Etamin, Wellstoffe von 500 K aufwärts, Herren- u. Damenschirme; fertige Herranzüge aus prima Wellstoffen von 5600 K aufwärts, Damenwaschkleider von 760 K an; 8, Mariatreugasse 2 Schuhabgabestelle, grosses Lager fertiger Ware, Damenstrümpfe, Bestellungen nach Mass, Reparaturen, Eigene Werkstätte; 8, Albertplatz 7 (nachmittag), 9, Nussdorferstrasse 5, 10, Sonnwendgasse 36, 1, Stadiongasse Markthalle Würfelzucker, Kakao 228 K bis 276, Schweinefett, Seife, Parfümerien etc.

Für Oberschlesien. Der Bund der Reichsdeutschen veranstaltet gemeinsam mit allen österreichischen Verbänden, Vereinen und Körperschaften in ganz Oesterreich Oberschlesier-Hilfstage. In Wien findet er am 31. Juli statt. Ueberall stellen sich die österreichischen Vereinigungen in Verbindung mit dem Bund, und dort wo keine Reichsdeutschen wohnen, /die Gemeinden, die örtlichen Vereine und Körperschaften ohne Unterschied der Parteistellung in den Dienst der guten Sache. Die Gemeinde Wien ist dem Veranstalter in der freundlichsten Weise entgegengekommen und hat die weitgehendste Förderung zugesagt und auch schon betätigt. Der letzte Sonntag im Juli soll in allen Bezirken der Stadt dem Oberschlesier-Hilfswerk gewidmet sein. Vermittags wird auf dem Rathausplatz und in der Volkshalle des Rathauses eine Versammlung stattfinden, Konzerte finden statt, ebenso finden nachmittags Konzerte, sportliche Verführungen, Vorträge von Volksliedern u.s.w. in allen Bezirken statt. Margariten werden verkauft. Da es den Reichsdeutschen natürlich ganz unmöglich ist, alle bedenktändigen Vereine zu kennen und mit ihnen Fühlung zu nehmen, so wird die dringende Bitte ausgesprochen, dass die Vereinigungen schnell Verbindung mit den Reichsdeutschen herstellen. Mit ausserordentlicher Lebhaftigkeit haben alle österreichischen

Länder den Gedanken der Oberschlesier-Hilfstage aufgegriffen, zum Teil hat dieser Tag schon stattgefunden, teils ist der kommende Sonntag dazu bestimmt, die meisten Orte bereiten sich für Sonntag den 31. ds vor. Auch in den Sommerfrischen werden die auf Erholung weilenden im Rahmen der sommerlichen Sonntagsveranstaltungen oder in eigenen kleinen Festlichkeiten der treuen Oberschlesier gedenken und Spenden für sie sammeln. - Einzahlungen der Sammelergebnisse werden erbeten auf das Konto „Bund der Reichsdeutschen in Oesterreich Oberschlesier-Hilfstag“ bei der Bank- und Wechselstuben A. G. merkur, Wien 1, Wellzeile 1 oder bei der Oest. Industrie- und Handelsbank, Wien 1, Wilapretmarkt 1.

Sehr geehrte Redaktion!

Im Interesse des edlen Zweckes des Oberschlesierhilfstage er sucht der Bund der Reichsdeutschen um freundliche Aufnahme ebiger Zeilen. Amtsführender Stadtrat Richter, der Vertreter der Gemeinde Wien im Hauptkomitee für den Hilfstag, unterstützt dieses Ansuchen auf das Wärmste.

Fachverein der Fach- u. Klassenunterricht erteilenden Lehrpersonen.

Zur Anlage eines Katasters werden 40 bis 50 Lehrpersonen gegen entsprechende Bezahlung gesucht. Reflektanten wollen sich ^{am 25. d.} Dienstag zwischen 1 und 3 Uhr 17, Klemens Hofbauerplatz 3 I/14

sellen. *Dr. Franz Obmann des Vornamens Jellenbach mal den*

Mehlensgabe. Vom 24. bis 30. Juli wird 1/4 kg Verschleissmehl und 1/4 kg Maisgriess als normale Wochenration zum Kleinverkaufspreis von je 21 K pro kg ausgegeben. Ausser der normalen Ration wird zum Preis von 79 K pro kg ein halbes kg Verschleissmehl (Plusmehl) pro Kopf des Bezugsberechtigten auf die Mehlbezugskarte abgegeben. Jeder Besitzer einer Mehlbezugskarte ist zum Bezuge der Plusmehlration berechtigt, jedoch nicht verpflichtet. Es darf daher der Bezug der normalen Ration nicht an die Abnahme des Plusmehl gebunden werden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Montag, den 25. Juli 1921.

.....

Heute k e i n e Ausgabe !

Wien, Montag, den 25. Juli 1921. - Abendausgabe.

Die Resultate der Untersuchungskommission in Lainz.

Der von Gemeinderatsausschuss III eingesetzter Ausschuss zur Untersuchung der in den Tagesblättern gerügten Mißstände in Lainz die vor allem darin gipfelten, dass 1.) das Personal, an der Trankmenge beteiligt absichtlich so kecke, dass die Trankmenge zunahm, 2.) dass die in Lainz befindlichen Pflinglinge durch alle möglichen Mittel zur Arbeit gezwungen werden, hat in zwei allerdings sehr lange dauernden Untersuchungen folgenden Tatbestand erhoben, auf Grund dessen diese Kommission zu dem am Schlusse formulierten Felgerungen gekommen ist.

Abgesehen von gweis berechtigten kleineren Klagen über Qualität und Quantität der Kost haben sich die Pflinglinge im grossen und ganzen nicht ungünstig über das Essen geäußert. Sie heben sie hervor, dass eine allmähliche Besserung der Kostverhältnisse seit einigen Monaten zu bemerken sei. Was zunächst die Küchenverhältnisse anlangt, so ist die Kommission einwandfrei zu dem Ergebnis gelangt, dass die Küche für die Zahl der Auszubildenden zweifelsohne nicht genügt. Dies ist begründet in der Baulichkeit und auch in dem beschriebenen Apparat, der für die Speisearbeitung zur Verfügung steht, ist auch weiters begründet in der Steigerung des Belegraumes. So sind beispielsweise die Mehlspeisemaschinen erst vor ganz kurzer Zeit wieder in Betrieb gesetzt worden, da sie während des Krieges für Fürtrockzwecke ausgebeugt waren. Die Küchenführung wird auch erschwert durch die Anlage der Magazine. Wenn auch zugegeben werden kann, dass die Errichtung von Zentralmagazinen in früherer Zeit schon deshalb keine unbedingte Notwendigkeit war, weil die tägliche Zulieferung tagtäglich möglich und relativ billig gewesen ist, so sind diese Argumente heute schon deshalb hinfällig, weil die zentrale Bewirtschaftung einerseits, die hohen Transportkosten andererseits eine weitgehende Staffellung von Nahrungsmitteln verlangen. Da solche Magazine nicht existieren, die Lebensmittel vielmehr in den Kellerräumen der verschiedenen Pavillons deponiert werden müssen, ergibt dies eine Reihe von Mißständen. Nichtsdestoweniger muss angeführt werden, dass die Räumlichkeit in dem Handmagazin in der Küche sowie die ganze Führung viel zu wünschen übrig lässt. Augenblicklich ist die Trankmenge ca 800 Liter pro Tag, ein Quantum welches sich erklären lässt teils durch die Verweigerung der Speisenaufnahme, über welche noch später gesprochen werden wird, teils durch die Verschreibung der vielen Gemüsebeilagen, die nicht verzehrt werden können, was sich aus dem hohen Alter der Majorität der Patienten ergibt. Wenn in den Monaten Mai und Juni diese hohe Trankmenge auf über 1000 Liter gestiegen ist, so er-

klärt sich dies ausserdem durch die schlechte Qualität der Kartoffel. Die Abfälle beim Erdäpfelreinigen, welche dem Trank beigegeben werden, sind natürlich bei alten Erdäpfeln besonders gross. Dazu kommt, dass auch die Gemüseputzabfälle, die durch die Magazinlagerung des Gemüses vergehrt werden, ebenfalls dem Trank beigegeben werden, eine Steigerung der Quantität hervorrufen. Die aus den Pavillons zurückgekommene Menge von Speisen, welche in dem Trank kommen, ist eine relativ grosse. Dies erklärt sich schon aus dem Umstande, dass im Laufe der letzten Monate durch die Sammlung der Siechen und Kranken aller Versorgungsanstalten die Zahl der Kranken und damit natürlich die Zahl der Krankenpavillons ganz besonders zugenommen hat. Dass schliesslich eine genaue Dosierung der Kost bei Kranken unmöglich ist, da dieselben die Nahrungsaufnahme teilweise oder gänzlich häufig verweigern, kann nicht wundernehmen. Hieszu kommt noch, dass die Kostzuteilung an die Kranken nicht immer quantitativ entsprechend zu sein scheint. So wurde beispielsweise den 2200 Kranken am 10. Juli die Menge von 3136 Portionen Gemüse (à 0.3 Liter) zugeteilt, eine Menge, welche unter jeder Bedingung als zu gross angesehen werden muss. Dass die Ernährung der Kranken eine durchschnittlich überreichliche ist, ergibt die Kostverschreibung derselben. Diese Kranken erhalten zum ersten Frühstück Milchkafee, Milch, Bier und Ähnliches, dann eine Milchspeise, dann das Mittagmahl, zur Jause Milchkafee und schliesslich ein Nachtmahl bestehend aus Suppe und Gemüse oder aus Suppe und Mehlspeise. Zudem bekommen sie täglich 28 dkg Brot.

Die Untersuchungskommission konnte konstatieren, dass diese übermässige Kostzuteilung in der letzten Zeit auf das richtige Mass reduziert wurde.

Die Verteilung des Trankes an Angestellte war ohne jeden Zweifel nicht richtig organisiert, anseferne als eine Küchenmagd die ganze Verteilung innehatte. Schon vor Wochen wurde diese Verteilung geregelt und darauf gesehen, dass die den einzelnen Angestellten erlaubte Trankmenge eingehalten wird. In ganzen bezogen von mehr als 700 Angestellten genau 118 Angestellte Trank, eine weitere Aufnahme von Trankbezugberechtigten war verboten. Das Höchstausmass betrug für jeden Berechtigten 10 Liter. Die Übernahme des Verteilungsgeschäftes durch einen Besanten gewährleistet nun die genaue Einhaltung der Vorschriften. Ausserdem weiss das Personal, dass jeglicher Trankbezug mit Ende Dezember 1921 aufhört. Die früher bestandenen Mißstände, dass nämlich Angestellte Trank von den Pavillons direkt weg nehmen, ist seit langer Zeit vollkommen eingestellt. Die Rundfrage bei den Pflinglingen ergab nun einhellig, dass auch nicht ein einziger die Beschuldigung aussprach, dass die Angestellten absichtlich durch schlechtes Kochen oder sonstige Manipulationen die Trankmenge in

ihren eigenen Interesse vergrösserten. Andererseits ergaben die Aussagen der Pflinglinge, dass einzelne Fehler bei der Verpflegung, vor allem durch Unachtsamkeit, wohl vorkommen. Ein nicht unbedeutender Grund für die Unzufriedenheit scheint auch darin zu liegen, dass die Pflinglinge der nicht unberechtigten Meinung sind, die Angestelltenkost werde sorgfältiger und besser zubereitet.

Die Kommission hat ebenso der Begründung der Frage nach dem Arbeitszwang besondere Aufmerksamkeit gewidmet und zahlreiche Pflinglinge sowie Pflinglingsräte darüber einvernommen. Diese haben ausnahmslos zugegeben, dass von einem Arbeitszwang auch in einer verhüllten Form nicht die Rede sein kann. Hingegen haben sehr viele Befragte sich ^{freiwillig} dahin geäußert, dass in Lainz nicht wenige Pflinglinge existieren, welche diese Anstalt nur als Speiselekal oder gar nur als Nachtquartier besitzen, um ausserhalb derselben der Arbeit und zwar einträglicher Arbeit nach gehen zu können. Die von der Gemeinde in die Versorgung Aufgenommenen arbeiten also wohl nicht im Interesse der Erhaltung der Anstalt, wohl aber ausserhalb derselben und bringen nicht selten ihren Verdienst demonstrativ in die Anstalt. Es gibt Pflinglinge, welche tagsüber ausserhalb der Anstalt arbeiten und sich dann abends in der Kantine der Anstalt um 100 und mehr Kronen vor den Augen der anderen Pflinglinge Wurst und Ähnliches kaufen. Dass solche Verkommenisse allgemeine Unzufriedenheit herbeiführen, ist selbstverständlich. Hieszu kommt noch, dass sehr viele der Aussenarbeiter sich gar nicht abmelden, wodurch das ihnen zugedachte Mittagmahl ebenfalls nur zur Bereitung der Trankmenge dient.

Die im Zusammenhange mit dem Arbeitszwang geäußerten Meinungen ganz dass der, der nicht arbeiten will, nach auswärts versetzt wird, erwies sich als nicht stichhaltig und hat vielfach darin ihren Grund, dass zur Vermeidung des Bodenbelages vor allem schon lange in Lainz befindliche Pflinglinge nach auswärts versetzt werden.

Die Zusammenfassung des gesamten Tatbestandes ergibt also folgendes:

Für die Beschuldigungen, dass absichtlich die Trankmenge vermehrt werde, damit das Personal eine höhere Trankquote bekomme, und dass Pflinglinge zur Arbeit gezwungen werden, haben sich keine beweiskräftigen Anhaltspunkte ergeben, weshalb diese beiden Beschuldigungen als ungerechtfertigt bezeichnet werden müssen. Wohl aber wurden, wie schon der Bericht sagt, Erscheinungen festgestellt die teils mit, teils ohne Verschulden der Angestellten aufgetreten sind, deren dringende Abstellung sofort in Angriff zu nehmen ist.

Kinderabteilung: Alle Kinder, die am 25. Juli mit dem 25. St. Gallener Kindergarten in die Schule gefahren sind, können am Freitag, den 29. Juli um 4 Uhr nachmittags in der Stadthausgasse, stelle Metzing-Hauptstrasse an. Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder abzuholen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 26. Juli 1921.

Teuerungszulagen zu den Ruhegehältern städtischer Funktionäre. Im Sinne eines von Stadtrat Spaiser gestellten Antrages hat heute der Stadtsenat den grundsätzlichen Beschluss gefasst, dass jenen ehemaligen Funktionären der Gemeinde (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Bezirksversteher), denen auf Grund des alten Gemeindestatuten Ruhegehälter zugestanden wurden, eine Teuerungszulage fallweise gewährt werden könne, deren Höchstausmass der jeweiligen allgemeinen Teuerungszulage der der Diensterdaung unterstehenden Angestellten entspricht. Diese Summe beträgt gegenwärtig 54000 K. jährlich. Die Bemessung der Teuerungszulage erfolgt durch den Stadtsenat unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die seinerzeitige Funktionsdauer der betreffenden Personen.

Interessenahe der Gemeinde Wien an der Union Baugesellschaft. Im Stadtsenate berichtete heute Stadtrat Breitner über die geführten Verhandlungen der Gemeinde wegen der Beteiligung dieser an der genannten Gesellschaft. Die Verhandlungen wurden mit der Eskeptegeellschaft geführt, die das finanzierende Institut der Unionbaugesellschaft ist, und haben zu einem vollen Einvernehmen geführt. Die Gemeinde Wien übernimmt 3000 Stück Aktien in den dauernden Besitz und werden ihr auch von einer nächsten Kapitalvermehrung weitere 3000 Stück Aktien angeboten werden. Zwischen der Stadt Wien und der Unionbaugesellschaft bestehen schon seit Jahren engere Beziehungen. So ist es die Unionbaugesellschaft gewesen, die das Neue Rathaus, das Elektrizitätswerk, Teile des Gaswerkes, des Amtsgebäudes im 18. Bezirk, die Strassenbahnwagenhallen in Favoriten, Kanalbauten in einer Anzahl von Bezirken ausführte, sowie auch den Bau des Hauptsammelkanales im Zuge der seinerzeitigen Wiener Verkehrsanlagen, die Wienflusseinwölbung und Stadtbahneindeckung zwischen Leopoldsd- und Magdalenenbrücke u.s.w. Werke der Unionbaugesellschaft sind. An der Freihaustransaktion hat die Unionbaugesellschaft führend mitgewirkt. Das von Stadtrat Breitner dem Stadtsenate vorgelegte Ergebnis der Verhandlungen wurde genehmigt.

Das Darlehen des Bundes an die Gemeinde Wien. Im Veranschlag für das nächste Halbjahr des Bundes ist ein Betrag von 600 Millionen Kronen als Darlehen an die autonomen Gebietskörperschaften vorgesehen. Auf die Gemeinde Wien entfallen hiervon 245 Millionen Kronen. Der Stadtsenat hat die Inanspruchnahme dieser Summe zu den vom Nationalrate gestellten Bedingungen, 5 1/2%ige jährliche Verzinsung und Rückzahlung spätestens nach 5 Jahren, genehmigt.

Entfallende Sprechstunde. Wegen dienstlicher Verhinderung findet morgen Donnerstag beim amtsführenden Stadtrat Prof. Dr. Tandler keine Sprechstunde statt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien Mittwoch, den 27. Juli 1921.

Massnahmen zu Gunsten der Angestellten der städtischen Unternehmungen. Der Gemeinderat hat vorige Woche den Verwaltungsangestellten und Lehrern eine den derzeitigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge bewilligt. Die Gewerkschaft der Angestellten der städtischen Unternehmungen hat Anfangs Juli ebenfalls einen neuen Besoldungsplan vorgelegt, der den Verhältnissen der Unternehmungen besser Rechnung tragen soll, als es durch das bisherige Schema geschehen konnte. Hierüber haben seit geraumer Zeit mit dem Personalreferenten amtsführenden Stadträt^{en} Speiser Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Einigung führten und welche die Grundlage des gestern dem Stadtsenat vorgelegenen Antrag bildeten.

Das von der Gewerkschaft der Angestellten der städtischen Unternehmungen aufgestellte Schema unterscheidet sich von der Besoldungsordnung der ^{un}deangestellten ebenso wie Gehaltsschema der ^{Maxx} Verwaltungsangestellten. Wenn auch in die grundlegende Prinzipien desselben hierin noch Aufnahme gefunden haben, so wurde doch das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, den Angestellten der Unternehmungen bei individueller Beurteilung die Beförderung in höhere Bezugsstufen/zu ermöglichen. Die auf Grund dieses Gehaltsschemas bewilligten Bezüge sind wohl in den Ansätzen etwas höher wie die der Verwaltungsangestellten, ein Umstand, der sich aus der bei den Unternehmungen eingeführten einheitlichen achtstündigen Dienstleistung ergibt. Die übrigen Bestimmungen der Vorlage sind im wesentlichen denen der Verwaltungsangestellten angepasst und es wird auch bei den städtischen Unternehmungen eine erhebliche Besserstellung der Pensionsparteien in der Weise Platz greifen, dass deren Bezüge in Zukunft auch mit den Bezügen der aktiven Angestellten automatisch geregelt werden.

Seit dem Inkrafttreten der allgemeinen Dienstordnung im Jahre 1919 sind zahlreiche Änderungen des Angestelltenrechtes im Gesetzeswege erflossen, welche für die Angestellten der Unternehmungen Giltigkeit haben, aber in der Dienstordnung nicht berücksichtigt sind. Es wurde daher die Verbesserung getroffen, dass die Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten der Gemeinde Wien in kürzester Zeit den Entwurf einer geänderten Dienstordnung vorzulegen hat, der den besonderen Verhältnissen der städtischen Unternehmungen besser Rechnung trägt, als die bisher in Geltung gestandenen Dienstvorschriften und der insbesondere auch die für die Unternehmungsangestellten geltende Gesetze und Verordnungen (Angestellten-, Betriebsrätegesetz, etc.) berücksichtigt.

Für die aus diesen Massnahmen zu Gunsten der Unternehmungsangestellten erwachsenden Ausgaben haben die Unternehmungen in den Betriebseinnahmen Vorsorge zu treffen.

Der Stadtsenat hat dieser Vorlage zugestimmt, so dass diese vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeinderates mit 1. März laufenden Jahres in Kraft treten kann.

Schriftliche Anfragen an die Strassenbahndirektion. Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass an sie gerichtete schriftliche Anfragen oder Anliegen, besonders wegen Fahrpreisbegünstigungen oder sonstiger Zuwendungen mit Rücksicht auf die am 1. August Inkrafttretende Erhöhung der Postgebühren nur dann beantwortet werden können, wenn den Einsendungen das Rückporto beiliegt.

Entfallende Sprechstunden. Morgen Donnerstag entfallen die Sprechstunden bei den amtsführenden Stadträten Speiser und Prof. Tandler wegen dienstlicher Verhinderung.

Der Oberschlesier Hilfstag. Der kommende Sonntag wird in ganz Wien den Oberschlesiern gewidmet sein. Um 10 Uhr vormittags findet in der Volkshalle des Rathauses eine Versammlung statt, in der ein reichsdeutscher, ein ober-schlesischer und ein österreichischer Redner der Bedeutung des Tages in Ansprachen gedenken werden. Die Musik der Reichswahrbrigade II wird unter der Leitung des Kapellmeisters Karl Josef Richter vor dem Rathause eine Platzmusik veranstalten. Nachmittags finden in sehr vielen bekannten Räumlichkeiten Veranstaltungen verschiedenster Art statt. Der Volksgarten, Lembacher, Tivoli, Tärölergarten, Türkenschanzpark, Zweites Kaffeehaus und viele andere vorzügliche Unternehmungen sind bereits gewonnen worden. Alle Unternehmer, Gastwirte, Kaffetiers u.s.w. haben sich in den Dienat der edlen Sache gestellt. Wie bereits mitgeteilt, werden Blumen in den Farben von Oberschlesien verkauft. Das letzte Sonntagkonzert der Sinfonieorchesters findet mit besonderer Vortragsfolge im Belvedere ebenfalls im Zeichen und zu Gunsten des Oberschlesierhilfswerkes statt. Näheres wird noch bekannt gegeben. Die Hauptgeschäftsstelle des Hilfswerkes, Wien 1, Johannesgasse 3, bitte fringend Herrn und Damen, sich als Verkäuferpaare melden zu wollen. Auch Ordner werden gesucht. Spendeneinzahlungen sind auf das Konto „Bund der Reichsdeutschen in Oesterreich Oberschlesierhilfswerk bei der Bank- und Wechselstuben A. E. Mercur Wien 1, Wollzeile 1 und bei der Oesterr. Industrie- und Handelsbank, Wien 1, Wildpretmarkt 1 erbeten.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michou.

27. Jahrgang, Wien Donnerstag, den 28. Juli 1921.

Die städtischen Volksbrausebäder als Erfrischungsbäder. Um in der jetzigen heissen Zeit auch den von den Strom- und Strandbädern entfernt wohnenden Bevölkerungskreisen die Möglichkeit eines Erfrischungsbades zu bieten, werden in den städtischen Volksbrausebädern, so lange die heisse Witterung anhält, Montag von 2 bis 7 Uhr, Dienstag und Mittwoch von 1 bis 7 Uhr nur kalte Brausebäder zu den normalmässigen Preisen verabfolgt werden. Ab Donnerstag vormittag werden während der bisherigen Betriebsstunden wie gewöhnlich warme Bäder gegeben. In den Strombädern im Donaukanal wird bis auf weiteres die Betriebszeit täglich um 1/2 Stunde (bis 8 Uhr abends) verlängert und daher der Kassenabschluss auf 7 Uhr verlegt.

Subventionen der Gemeinde für Sportzwecke. Im Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten erstattete Stadtrat Richter einen Bericht über die Verwendung des zur Förderung des Körpersportes bestimmten Prozentsatzes der Lustbarkeitsabgabe für das Jahr 1920/21. Bekanntlich widmet die Gemeinde Wien für diese Zwecke 4% der Abgabe. Insgesamt stand für Zwecke der Sportförderung vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921 ein Betrag von 2.629.680 K zur Verfügung. Nach einem Vorschlage des Sportbeirates war beschlossen worden, von den zur Verfügung stehenden Beträgen 40% dem Verband der Arbeiter- und Soldatensportvereinigungen und 40% dem Hauptverband für Körpersport zuzuweisen, 20% der Beträge behielt sich der Ausschuss zur freien Verfügung zum Zwecke der Förderung des Jugendsportes und solcher Sportvereinigungen, die keinem der beiden Hauptverbände angehören. Es entfielen demnach auf jeden der beiden grossen Verbände rund 1.041.000 Kronen, zur direkten Verfügung des Ausschusses blieben rund 540.000 K. Von dem Ausschuss zur Verfügung stehenden Geldern wurden 345.000 K zur Förderung des Jugendsportes und 185.000 K für den Ausbau des Sportplatzes der Wiener Berufsfeuerwehr verwendet. Ausserdem wurde ein Preis der Stadt Wien für die diesjährige Ruderregatta gestiftet. Von dem dem Verband der Arbeiter- und Soldatensportvereinigungen zur Verfügung stehenden Betrag wurden aufgewendet: Für den Ausbau der Sportplätze Simmering und Schmelz 521.753 K, für den Jedlesee Sportplatz 100.000 K, für den Ausbau des Arbeiterstrandbades 100.000, für den Arbeiter-Touristenverein „Naturfreunde“ zum Bau von Schutzhütten 130.000, für den Verband der Arbeiterrad-

fahrervereine zum Ausbau einer Radfahrban 100.000 K, für den Arbeiterturnverein zum Ausbau seines Sommerturnplatzes 30.000 K. Der restliche Betrag wurde an kleinere Vereine zur Verteilung gebracht. Von den dem Hauptverband zur Verfügung stehenden Beträgen wurde eine sehr grosse Anzahl von Vereinen mit Subventionen bedacht. Wir beschränken uns darauf, die Verwendungsart der Beträge anzuführen. Es wurden aufgewendet: für den Ausbau von Sportplätzen 621.000 K, für alpine Zwecke, Ausbau von Schutzhütten und Alpenwegen 115.000 K, für die Anschaffung von Sportgeräten 69.000 K, für die Ausbildung von Sportlehrern 92000 K und für die Aufrechterhaltung des Winterschwimmbetriebes im kommenden Winter 30000 K. Der Rest verteilt sich auf Jugendpreise und sonstige Sportzwecke, darunter auch für die Schaffung eines Sportabzeichens und eine Subvention für die Herzstation im Betrage von 10000 K für die Untersuchung zur Eignung Sportbefähigter für gewisse Arten von Sport.

Ausserordentliche Gemeinderatssitzung. Der Gemeinderat ist für Mittwoch, den 3. August um 4 Uhr nachmittags zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen worden.

Der Oberschlesier-Hilfstag. In der anlässlich des Oberschlesier-Hilftages am Sonntag in der Volkshalle des Rathauses stattfindenden Versammlung werden sprechen: Gemeinderat Johann Gross als Vertreter der Gemeinde Wien, Dr. Kolassa im Namen der Oberschlesier, Dr. Viktor Miltzschinsky, Vorstandsmitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft als österreichischer Redner, Direktor Robert Weege, Präsident des Bundes der Reichsdeutschen in Oesterreich als Redner der in Oesterreich lebenden Reichsdeutschen.

Die Aufschübe des Beerdigungstermines. Das städtische Gesundheitsamt teilt mit, dass infolge der abnormen Hitze und für die Dauer derselben Aufschübe des Beerdigungstermines nur ganz ausnahmsweise und für länger als den 3. Tag nach erfolgtem Tode überhaupt nicht bewilligt werden können.

Sonntag - Oberschlesier Hilfstag Die Übersetzungen für den Oberschlesier Hilfstag am Sonntag lassen erkennen, dass alle Deutschen Österreichs sich mit den in Oesterreich lebenden Reichsdeutschen tatkräftig zusammengesetzt haben, um ein erfolgreiches Hilfswerk zustande zu bringen. Um 10 Uhr vormittags findet in der Volkshalle des Rathauses die Festversammlung statt, in der Gemeinderat Johann Gross, Dr. Kolassa, Dr. Viktor Miltschinsky und Direktor Robert Weege sprechen werden. Daran schliesst sich eine konzertartige Blasmusik der Kapelle der Wehrmachtbrigade II Wien, Dirigent Kapellmeister Josef Karl Richter. Nachmittags und abends finden in den verschiedenen Bezirken Veranstaltungen statt, die sich entweder ganz oder teilweise dem Oberschlesier Hilfswerk zur Verfügung gestellt haben. Im Volksgarten findet das übliche Konzert statt. Das Programm wurde dem Geiste des Tages angepasst; ebenso im Stadtpark und Kurhaus. Im zweiten Kaffeehaus im Prater, bei der goldenen Weintraube, beim weissen Ochsen und beim Prochaska beginnen die Darbietungen um 4 Uhr: Ernste und heitere Vorträge, turnerische Vorführungen, auserlesene Soloquartette, so u. a. von einer bedeutenden Operettenkünstlerin, deren Heimat Breslau ist, werden einander ablösen. Bei Lembacher wird ab 5 Uhr im Garten eine Harmonie der Eisenbahnerkapelle konzertieren. Der Grillparzer-Verein des 11. Bezirkes beabsichtigt eine theatrale Aufführung, auch hier werden Solovorträge, Turnerei etc. Abwechslung bieten. Allenfalls wird auch der Sinneranger Sportplatz in das Hilfswerk miteinbezogen werden. Im Tiroler Garten findet ein Konzert statt, Schubplattlertänze des Vereines Wälberger werden vorgeführt. Im Türkenschanzpark wird von 4 Uhr an konzertiert, von 1/2 10 bis 12 Uhr getänzt. Hier werden der Gerethofer Männergesangsverein und der Bürgersängerbund ihre Chöre erschallen lassen. Beim Auge Gottes wird gesammelt. Weitere Veranstaltungen der Bezirke 9, 18 und 19 mit musikalischen Vorträgen u. s. w. finden statt in Mosers Weinhaus Schweizerhütte, in der Stadt Wien und bei Josef Märkl. Künstlerische und musikalische Vorträge finden statt in den Bosensälen, am Tivoli, in König Restaurant Meidlinger Hauptstrasse 6, bei Wopner Hietzing, im Ottakringerbräu, im Rudwighof, im 21. Bezirk und der Turnhalle Konrad Kraftgasse, in Schwechat in der Restauration Kolitsch. Das Bundesministerium für Handel und Gewerbe hat gestattet, dass Schönbrunn in die Hilfstätigkeit einbezogen wird. Musikkapellen und Gesangsvereine werden konzertieren. Alle massgebenden Kreise des Sinfonieorchesters, des Konzertvereines und der Konzertunternehmungen haben in entgegenkommenster Weise das letzte Sonntagskonzert des Sinfonieorchesters ebenfalls in den Dienst des Oberschlesierhilfstages gestellt. - An allen Orten werden Plumen in den Farben Oberschlesiens verkauft, desgleichen die Nummer der Grossen Berliner Illustrierten, in der die furchtbaren Leiden der Oberschlesier dargestellt sind. Die Hauptgeschäftsstelle für das Oberschlesier Hilfswerk befindet sich ~~xxxx~~ sich 1, Johannesgasse 3.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verant. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien Freitag, den 29. Juli 1921.

Schwestern Fröhlich Stiftung. Aus der Schwestern Fröhlich Stiftung zur Unterstützung bedürftiger, hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen. Vorschriftsmässig belegte, mit Kunstproben belegte Gesuche sind bis 15. Oktober 1921 im Präsidialbüro des Wiener Gemeinderates, Neues Rathaus, zu überreichen, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Volksbildung in Tirol und Vorarlberg. Auf Veranlassung des Volksbildungsamtes hat in den letzten Tagen ein Volksbildnerkurs an der Universität in Innsbruck stattgefunden, dem sich eine Volkshochschulwoche in Feldkirch anschloss. Zweck dieser Veranstaltungen war, Lehrer und Lehrerinnen aus beiden Ländern und Angehörige anderer Berufsstände in die wichtigsten Fragen der Volksbildungsarbeit einzuführen. Der Referent des Volksbildungsamtes Oberbaurat Witt hatte die Aufgabe zugewiesen, die gewerblichen Lehranstalten im Land und Stadt Salzburg, in Tirol und Vorarlberg zur Mitarbeit an der allgemeinen Bildungspflege zu gewinnen und haben sich alle Körperschaften bereitwilligst in den Dienst der Gemeinschaftsarbeit gestellt, was auch vom Standpunkt der Verbreitung tieferen Verständnisses für die Kulturwerte der technisch-wirtschaftlichen Arbeit zu begrüßen ist.

Wiener spart mit dem Wasser! Obwohl infolge der ganz aussergewöhnlichen Hitze der letzten Zeit der Wasserverbrauch noch nie dagewesene Ziffern erreicht hat, ist trotzdem in der Wasserversorgung Wiens im Gegensatz zu anderen Grosstädten keine nennenswerte Störung eingetreten. Die in einzelnen Bezirksteilen erhobenen Beschwerden wegen ausbleibendem Wasserzufluss sind den gepflogenen Erhebungen zufolge auf eine Wasserverschwendung einzelner Wasserabnehmer zurückzuführen, die die Brausen der Badeanlagen und die Auslaufhähne die ganze Zeit hindurch offen lassen, um eine Kühlung der Wohnräume herbeizuführen oder Lebensmittel kalt zu stellen. Gleiches gilt von der viel zu reichlichen Bespritzung mancher Privatgärten. Durch ein derartiges Vorgehen ist insbesondere in höher gelegenen Gebietsteilen der Stadt diese Störung des Wasserbezuges hervorgerufen worden. Leider liegt es nicht in der Macht der Gemeinde, solche Rücksichtslosigkeiten sofort wahrzunehmen und deren Abstellung zu erzwingen. Viel mehr müsste die Bevölkerung hier selbst den erforderlichen Einfluss nehmen. Im Übrigen konnte trotz des grossen Verbrauches die Bespritzung der öffentlichen Gartenanlagen, wenn auch mit einigen Einschränkungen und der Strassen aufrechterhalten werden und wird auch die Wasserversorgung der Stadt keine Gefährdung erleiden, wenn nicht die Bevölkerung es an der gebotenen Rücksichtnahme auf die anderen Wasserabnehmer fehlen lässt, oder ganz aussergewöhnliche Umstände, wie Rohrbrüche u.dgl. eintreten. Ein Gebot der Vorsicht ist es jedenfalls, jeden überflüssigen Wasserverbrauch zu vermeiden, Gebrechen in den Leitungen sofort zu beheben oder die in Betracht kommenden Leitungen abzusperren und überhaupt jeden überflüssigen Wasserverbrauch hienanzuhalten.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Dienstag 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt Mittwoch nachmittag 4 Uhr zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen.

Fettabgabe. Vom 31. Juli bis 6. August werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Margarine zum Preis von 16.90 K gegen Abtrennung des Abschnittes 255 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von 18.90 K.

Mehlausgabe. Vom 31. Juli bis 6. August wird als Wochenration $1/4$ kg Verschleissmehl und $1/4$ kg Meisgriess von je 21 K pro kg ausgegeben. Ausser der Ration wird für jeden Bezugberechtigten $1/2$ kg Plusmehl zum Preise von 79 K pro kg auf die Mehlbezugskarte abgegeben. Jeder Besitzer einer Mehlbezugskarte ist zum Bezuge des Plusmehl berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre. Am 14. August treten neue Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre in Kraft. Diese Karten können von den bezugsberechtigten Haushalten ab 5. August während der gewöhnlichen Dienststunden bei der zuständigen Brotkommission gegen Vorweisung der bisherigen Kindermilchkarte und eines Ausweisdokumentes des Haushaltungsvorstandes (Taufschein, Heimatschein, Trauungsschein etc.) behoben werden. Die Bezugberechtigten werden im eigenen Interesse aufgefordert, die Karten noch vor dem Beginn ihrer Giltigkeit zu beheben, da sonst eine Verzögerung in der Milchzuweisung eintreten könnte.

Option auf 500 Millionen Kronen Wiener Stadtanleihe. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 18. Jänner d.J. einstimmig beschlossen, eine Anleihe von 1 Milliarde Kronen aufzunehmen und dem Bankenkonsortium, das die Anlehengeschäfte der Gemeinde Wien besorgt, eine Option einzuräumen. Das Konsortium hat nunmehr die Gemeinde verständigt, dass es eine halbe Milliarde Kronen dieser Anleihe in Anspruch nehmen und die Absicht habe, die Stücke, soweit sie nicht im Auslande untergebracht werden, im Herbst zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen. Die Anleihe ist 5%ig und in sechzig Jahren amortisierbar. Der Übernahmskurs wurde bereits seinerzeit mit 92 vereinbart. Dem im Jänner gefassten Beschluß zufolge wäre der Anlehenserlös in erster Linie zur Einlösung der den städtischen Unternehmungen vom Bankenkonsortium damals eingeräumten Wechselkredite von 1 Milliarde Kronen zu verwenden. Die kommt indess nicht mehr in Betracht, weil schon seither die Wechsel vollständig zur Rückzahlung gelangt sind. Daher steht der Erlös für die sonstigen Gemeindezwecke zur Verfügung und die Stadt ist in der Lage, damit einen grossen Teil des im letzten Voranschlag enthaltenen Investitionsprogrammes der grossen Betriebe zu bedecken. Die Gemeinde, die sich in den letzten Jahren ausschliesslich mit kurzfristigen Anleihen in Form von Schatzscheinen und Wechseln behelfen musste, kehrt nunmehr zu der in Friedenszeiten üblich gewesenen Art der Geldbeschaffung durch langfristige Anleihen, wie dies auch der Natur der Investitionen entspricht, zurück.

3. Kleingartenausstellung. Für die dritte Kleingartenausstellung, die vom 8. bis 11. September im Arkadenhof und in der Volkshalle des Rathauses stattfindet, können noch eine beschränkte Anzahl von Plätzen an Firmenaussteller vergeben werden. Anmeldungen an die Kleingartenstelle 1, Parkring 8.